Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Februar 2016

Impressum

Herausgeber
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion
PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:
1. Februar 2016

Druck
Bonifatius GmbH, Paderborn

Bildnachweis
Kick Images – Jupiter Images (Titel), BMWi/Maurice Weiss (S. 2), Freepik (S. 6), envfx – Fotolia (S. 9), dotshock – Shutterstock (S. 13), Pressmaster – Shutterstock (S. 14), Zffoto – Shutterstock (S. 16), aerogondo – Fotolia (S. 17), Tomwang112 – iStock (S. 18), Petair – Fotolia (S. 20), WTO (S. 24), tunedin – Fotolia (S. 25), Atmosphere1 – Shutterstock (S. 26), Boonsom – Shutterstock (S. 27)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für seine familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.

FSC
www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C011558

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial 2

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen 4

Auf einen Blick 5

Überblick über die wirtschaftliche Lage 7

Der Jahreswirtschaftsbericht 2016: Zukunftsfähigkeit sichern – Die Chancen des digitalen Wandels nutzen 9

Das Klimaschutzabkommen von Paris 16

Ladestationen für Elektroautos – einfach, sicher, bedarfsgerecht 20

Einigung auf der 10. WTO-Ministerkonferenz 24

II. Wirtschaftliche Lage 29

Internationale Wirtschaftsentwicklung 30

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 32

III. Übersichten und Grafiken 43

1. Gesamtwirtschaft 44
2. Produzierendes Gewerbe 52
3. Privater Konsum 60
4. Außenwirtschaft 62
5. Arbeitsmarkt 64
6. Preise 66
7. Monetäre Entwicklung 70

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse 72

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben 74

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Der Jahreswirtschaftsbericht 2016, den wir Ihnen in dieser Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ vorstellen, zeigt ganz deutlich: Die gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hält auch im dritten Jahr dieser Legislaturperiode an. Nach einem Wirtschaftswachstum von nur 0,1 Prozent und 0,4 Prozent in den Jahren 2012 und 2013 stieg die Wirtschaftsleistung 2014 um 1,6 Prozent und 2015 um 1,7 Prozent. Für das laufende Jahr rechnen wir erneut mit einem Wachstum in der gleichen Größenordnung.

Die deutschen Unternehmen sind wettbewerbsfähig und unsere Staatsfinanzen solide. Besonders erfreulich ist zudem, dass die Zahl der Beschäftigten in diesem Jahr einen neuen Rekordwert erreichen wird. Für das Jahr 2017 wird mit einem weiteren Anstieg um knapp 300.000 Beschäftigte auf dann 43,7 Millionen Erwerbstätige gerechnet. Gleichzeitig sinkt die Arbeitslosigkeit auf das niedrigste Niveau seit der Wiedervereinigung. Die Löhne und Gehälter steigen aufgrund der guten Rahmenbedingungen und entsprechender Tarifverhandlungen spürbar um 2,9 Prozent im Jahr 2015 bzw. 2,6 Prozent im Jahr 2016. Der niedrige Ölpreis trägt einiges dazu bei, dass die Realeinkommen erstmals seit vielen Jahren um durchschnittlich 2,5 Prozent gestiegen sind. Das bedeutet, der Wohlstand und das Wachstum kommen bei den Menschen in Deutschland an. Das Wachstum gibt unserem Land die Kraft für soziale Investitionen, und zwar nicht nur für Flüchtlinge, sondern für alle, die in Deutschland beispielsweise auf der Suche nach preiswertem Wohnraum, einem Ganztagsschulplatz oder einem Platz in einer Kindertagesstätte sind.

Der Titel des Jahreswirtschaftsberichts 2016 – „Zukunftsfähigkeit sichern – Die Chancen des digitalen Wandels nutzen“ – macht deutlich, dass wir gerade in Zeiten akuter Herausforderungen wie der aktuellen Flüchtlingszuwanderung die mittel- und langfristigen Herausforderungen nicht aus den Augen verlieren. Im Hinblick auf die Digitalisierung geht es darum, den fundamentalen Wandel in der Wirtschaft und damit auch auf dem Arbeitsmarkt aktiv zu begleiten – zum einen durch zeitgemäße rechtliche Rahmenbedingungen und zum anderen durch eine Stärkung der Investitionstätigkeit. Dabei stehen wir im Rahmen der Digitalen Agenda in einem engen Dialog mit allen gesellschaftlichen Akteuren. Die Bundesregierung treibt den Breitbandausbau voran und entwickelt außerdem den ordnungspolitischen Rahmen weiter, etwa im Hinblick auf das Wettbewerbsrecht, einen effektiven Verbraucher- und Datenschutz oder den Schutz des geistigen Eigentums.

Der diesjährige Jahreswirtschaftsbericht verdeutlicht, dass die Bundesregierung auch in weiteren wichtigen Zukunftsbereichen Investitionsimpulse setzt. Wir haben deshalb in dieser Legislaturperiode weitreichende Beschlüsse gefasst, um die öffentliche Investitionstätigkeit deutlich zu stärken. Wenn man von den Zahlungen an den ESM, die uns im Jahr 2014 noch belastet haben, einmal absieht, hat sich der Anteil der Investitionsausgaben im Bundeshaushalt von 8,5 Prozent im Jahr 2014 auf 9,7 Prozent im Jahr 2015 erhöht. Neben den zusätzlichen Investitionen des Bundes wird der Bund Länder und Kommunen im Zeitraum 2013 bis 2018 um insgesamt mehr als 45 Milliarden Euro entlasten und damit Spielräume für zusätzliche Investitionen schaffen.

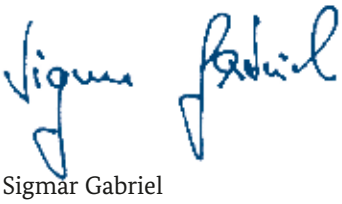
Vor allem geht es aber auch darum, die private Investitionstätigkeit dauerhaft zu beleben. Ein besonderes Augenmerk liegt hier auf Unternehmensgründungen und jungen Unternehmen, denn sie spielen für die Innovationskraft und die Erneuerungsfähigkeit unserer Wirtschaft eine zentrale Rolle. Seit Beginn der Legislaturperiode wurden Förderprogramme für junge, innovative Unternehmen aufgestockt, ausgebaut oder neu gestaltet. Um hier mehr privates Kapital für junge, innovative Unternehmen zu mobilisieren, werden wir außerdem die Rahmenbedingungen für Wagniskapital und Start-ups weiter verbessern. Durch das Bürokratieentlastungsgesetz und durch die Reform des Vergaberechts haben wir die Unternehmen entlastet und ihnen Luft für Investitionen verschafft. Insgesamt konnte durch diese beiden Maßnahmen der Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft 2015 um rund 1,4 Milliarden Euro reduziert werden.

Investitionen ergeben sich auch aus der Energiewende. Hier haben wir mit der Reform des EEG dafür gesorgt, dass weiter in den Ausbau der Erneuerbaren investiert wird. Zugleich haben wir die Kosten stabilisieren können. Jetzt sind wir dabei, die Höhe der Förderung im Wettbewerb zu ermitteln. Es wird in Zukunft keine festen Fördersätze mehr geben. Der Zubau wird vielmehr in dem für die einzelnen erneuerbaren Energiequellen geplanten Umfang ausgeschrieben. Dann erhalten diejenigen eine Förderung, die den geringsten Subventionsbedarf haben. Wir haben die Entscheidungen für den Strommarkt 2.0 getroffen und so Planungssicherheit für Investoren und Marktteilnehmer hergestellt.

In der Industriepolitik stehen wir ebenfalls vor großen Herausforderungen. Wir sind in diesem Bereich in der Diskussion, zum Beispiel über die Frage, wie wir in einer so wichtigen Leitindustrie wie der Automobilindustrie – gemeinsam mit der Wirtschaft – das Thema Elektromobilität voranbringen können. Ein Beitrag in diesem Monatsbericht zeigt, wie der Markthochlauf von Elektrofahrzeugen durch den Ausbau einer bedarfsgerechten Ladeinfrastruktur im Rahmen des Nationalen Entwicklungsplans Elektromobilität forciert wird.

Ich wünsche Ihnen wie immer viel Freude und neue Erkenntnisse bei der Lektüre!

Ihr



Sigmar Gabriel
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I.
Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Februar 2016	
02.02.	Informeller Handelsrat in Amsterdam
05.02.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Dezember)
08.02.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Dezember)
11.02.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
11./12.02.	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
18./19.02.	Tagung Europäischer Rat in Brüssel
29.02.	Wettbewerbsfähigkeitsrat
Ende Februar 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
März 2016	
07.03.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Januar)
07./08.03.	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
08.03.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Januar)
11.03.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
17./18.03.	Tagung Europäischer Rat in Brüssel
Ende März 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
April 2016	
05.04.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Februar)
06.04.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Februar)
11.04.	Informeller Energierat in Amsterdam
11.04.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
22./23.04.	Eurogruppe und informeller ECOFIN-Rat in Amsterdam
Ende April 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

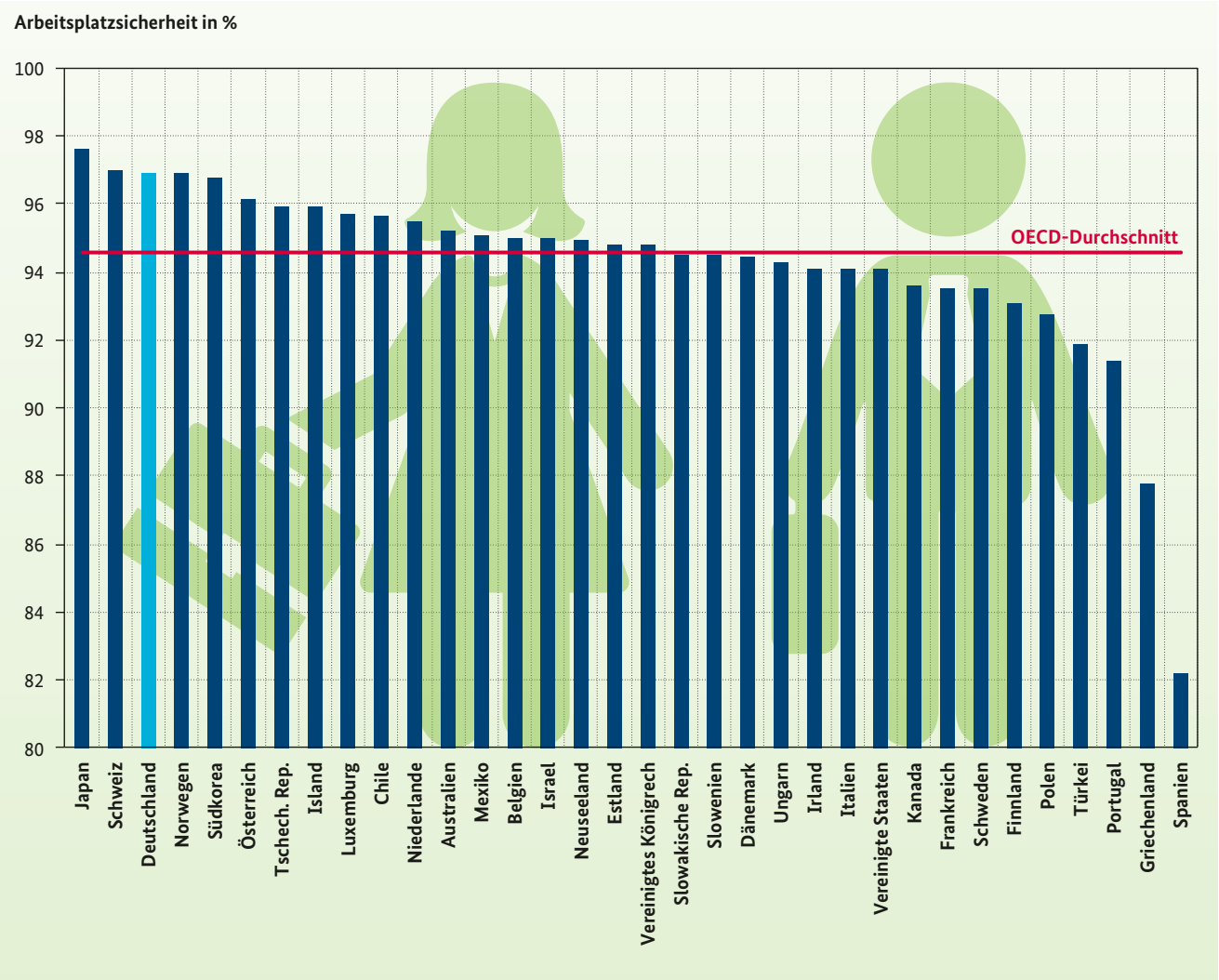
Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen: https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html

Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden: http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html

Grafik des Monats

Die Arbeitsplatzsicherheit ...

... in Deutschland ist nach dem *Better Life Index* der OECD im internationalen Vergleich sehr hoch. Die Wahrscheinlichkeit, binnen einen Jahres seinen Job zu behalten, lag im Jahr 2013 in Deutschland bei immerhin 96,9 Prozent. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Rekordmarken bei der Beschäftigung und historisch niedriger Arbeitslosigkeit weist Deutschland damit eine merklich höhere Arbeitsplatzsicherheit auf als der Durchschnitt der OECD-Länder (94,6 Prozent). Nur in Japan und der Schweiz ist die Arbeitsplatzsicherheit noch geringfügig höher.



Hinweis: Der ursprüngliche von der OECD veröffentlichte Indikator bezieht sich auf die Arbeitsplatzunsicherheit und berechnet sich aus der Zahl der Arbeitslosen des Jahres 2013, die im Jahr 2012 in Beschäftigung waren, im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigung 2012. Den dargestellten Wert erhält man durch Subtraktion von 100.

Quelle: Better Life Index 2015 der OECD auf Basis der Labour Force Statistics Datenbank, Berichtsjahr 2013, Berechnungen des BMWi

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- Die Konjunktur in Deutschland ist moderat aufwärtsgerichtet, kann sich dem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld aber nicht gänzlich entziehen.
- Die Industriekonjunktur kühlte sich auch im Jahresschlussquartal etwas ab. Die anziehenden Auftragseingänge deuten jedoch auf eine Belebung hin.
- Die stärker binnenwirtschaftlich ausgerichteten Dienstleistungsbereiche befinden sich unverändert im Aufwärtstrend.
- Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter grundsolide.

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2015 solide um real 1,7 % gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Gegenwärtig überwiegen nach wie vor die Auftriebskräfte, obwohl aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld nicht nur positive Signale kommen.[1] Die Industrieproduktion erfuhr im November 2015 einen Dämpfer, doch die zuletzt gemeldeten Auftragseingänge stimmen zuversichtlich. Auch das Geschäftsklima in der Industrie hat sich jüngst weiter stabilisiert. Die Geschäftserwartungen verbesserten sich im Januar den vierten Monat in Folge. Im Berichtsmonat November nahm die Bauproduktion wieder etwas Fahrt auf. In den kommenden Monaten dürfte sich die Belebung insbesondere im Bereich des Wohnungsbaus fortsetzen. Die Konjunktur in den stärker binnenwirtschaftlich ausgerichteten Dienstleistungsbereichen blieb aufwärtsgerichtet. Eine zentrale Rolle für die robuste Binnenkonjunktur spielt nach wie vor die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt. Eng damit verbunden ist der Anstieg der Kaufkraft der privaten Haushalte. Konjunkturell stützend wirken weiterhin der deutliche Ölpreisrückgang, die niedrigen Zinsen und der für die Exportwirtschaft günstige Wechselkurs des Euro. Die hohe Zuwanderung von Flüchtlingen löst, wenngleich in überschaubarer Größenordnung, ebenfalls Nachfrageimpulse aus. Alles zusammengenommen dürfte die Wirtschaftsleistung in Deutschland auch im Schlussquartal ausgeweitet worden sein.

Von der Weltwirtschaft kommen gemischte Signale. Sie entwickelte sich im vergangenen Jahr wenig dynamisch. Insbesondere die Nachfrage aus den Schwellenländern war schwächer als erwartet. Die chinesische Wirtschaft befindet sich weiter in einem Transformationsprozess hin zu einem nachhaltigeren Wachstumsmodell. Trotz der Turbulenzen an den Finanzmärkten deuten die aktuellen Konjunkturindikatoren darauf hin, dass es in China gelingt, eine weiche Landung der Wirtschaft zu erreichen. Die Wirtschaft der rohstoffexportierenden Schwellenländer wie Russland oder Brasilien wird nach wie vor durch das niedrige Öl- und Rohstoffpreisniveau belastet. In den Industrieländern blieb das Wirtschaftswachstum dagegen relativ robust. Bis Oktober war die weltweite Industrieproduktion im Trend leicht aufwärtsgerichtet. Geschäftsklimaindikatoren wie das vom ifo Institut ermittelte Weltwirtschaftsklima gingen allerdings seit dem zweiten Vierteljahr tendenziell zurück und signalisieren noch keine deutliche Verbesserung. Die internationalen Organisationen erwarten, dass sich die Konjunktur in den Industrie- und Schwellenländern im laufenden Jahr etwas belebt.

Vor diesem Hintergrund haben die deutschen Unternehmen ihre Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen nach der Zahlungsbilanzstatistik im November in jeweiligen Preisen leicht um 1,1 % erhöht.[2] In der Tendenz, gemessen am Dreimonatsvergleich, waren die Exporte aber weiter leicht rückläufig (-1,3 %). Hierzu trug insbesondere die nachlassende Nachfrage aus den größeren Schwellenländern bei. Die nominalen Einfuhren an Waren und Dienstleistungen sind im Berichtsmonat November um 2,3 % gestiegen. In der Tendenz entwickeln sie sich gegenwärtig eher seitwärts. Der Saldo der Handelsbilanz betrug im November +22,7 Milliarden Euro und ist nicht zuletzt wegen der billigeren Ölimporte deutlich über dem Niveau vor einem Jahr.

Das Produzierende Gewerbe hat seine Schwächephase noch nicht überwunden. Nach einer leichten Erholung im Oktober nahm die Produktion im November erneut ab. Die Ergebnisse des Bausektors und der Energieerzeugung fielen positiv aus, konnten jedoch den deutlichen Rückgang der Industrieerzeugung nicht kompensieren. Innerhalb der Industrie war das Produktionsvolumen bei den Investitionsgütern deutlich rückläufig. Positive Impulse kamen dagegen aus dem Bereich der Vorleistungs- und der Konsumgüter. Die schwache Umsatzentwicklung in der Industrie im November war ebenfalls auf den Investitionsgüterbereich zurückzuführen. Dennoch zeichnet sich insgesamt eine Erholung

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Januar 2016 vorlagen.

2 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

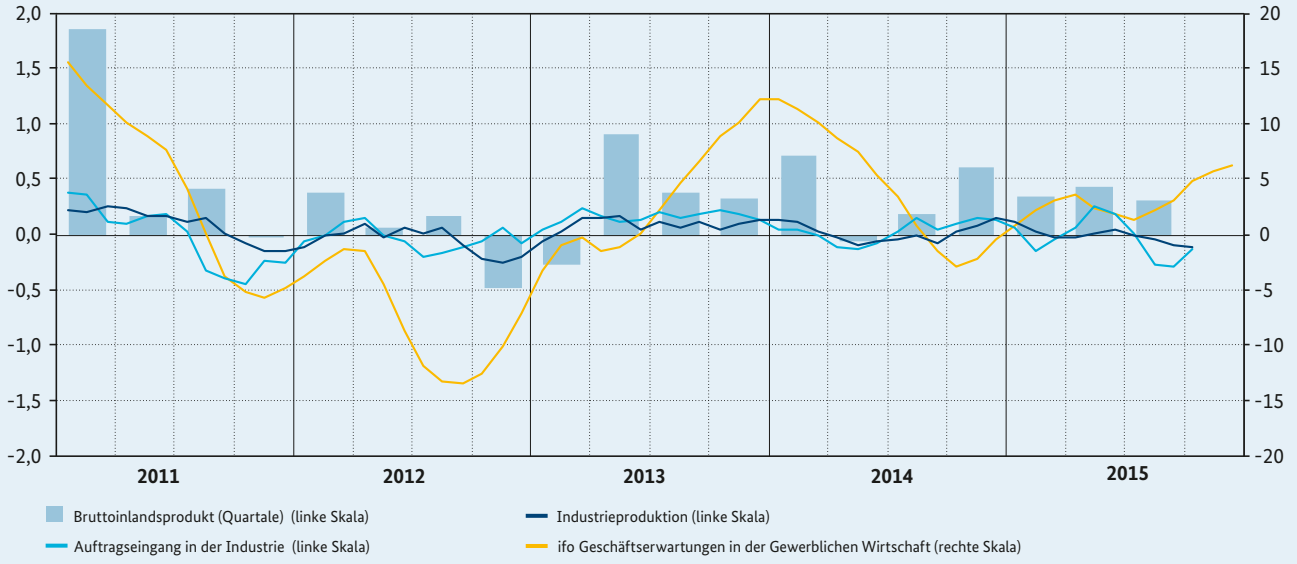
der Industriekonjunktur ab. Die Auftragseingänge in der Industrie sind nach dem schwachen dritten Quartal im November den zweiten Monat in Folge expandiert (+1,5 %). Insbesondere die Inlandsbestellungen sowie die Auftragseingänge aus dem Nicht-Euroraum nahmen zu. Es waren die Vorleistungsgüterproduzenten, die ein außerordentliches Auftragsplus verbuchen konnten (+4,8 %). Insgesamt hat die Industrie ihre Schwächephase zwar noch nicht überwunden. Das zuletzt weiter aufgehellte Geschäftsklima und die anziehenden Auftragseingänge geben jedoch Anlass zu verhaltenem Optimismus und deuten auf eine Belebung der konjunkturellen Dynamik in den nächsten Monaten hin.

Der private Konsum bleibt Tragpfeiler der Konjunktur. Zunehmende Beschäftigung und reale Einkommenserhöhungen waren auch im Schlussquartal 2015 zu beobachten. Die Umsätze im Einzelhandel ohne Kraftfahrzeuge entwickelten sich in den bisher vorliegenden Monaten jedoch nur schwach. Die Stimmung der Einzelhändler hat sich in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres merklich eingetrübt. Das Konsumklima der Verbraucher ließ in den vergangenen Monaten zwar ebenfalls etwas nach, ihre Konsumlaune befindet sich aber weiterhin auf einem hohen Niveau. Die Aussichten für den privaten Konsum bleiben angesichts moderater Preisniveausteigerungen und einer dynamischen Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung daher nach wie vor positiv.

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt hielt im Jahr 2015 angesichts des soliden wirtschaftlichen Aufschwungs an. Die Erwerbstätigkeit stieg erneut kräftig um 324.000 auf jahresdurchschnittlich 43,0 Millionen Personen. Die Arbeitslosigkeit ging um 104.000 auf 2,795 Millionen Personen zurück. Die Arbeitslosenquote sank um 0,3 Prozentpunkte auf 6,4 %. Die kräftige Zuwanderung durch Flüchtlinge wirkte sich noch nicht wesentlich auf den Arbeitsmarkt aus. Am aktuellen Rand (November 2015) nahm die Erwerbstätigkeit im Inland saisonbereinigt um 42.000 Personen deutlich zu und stieg auf 43,5 Millionen Personen (Ursprungszahl). Die registrierte Arbeitslosigkeit sank im Dezember saisonbereinigt um 14.000 Personen. Nach Ursprungszahlen waren im November 2,681 Millionen Personen als Arbeitslose registriert. Die Nachfrage nach Arbeitskräften nahm weiterhin spürbar zu. Alles spricht für eine Fortsetzung der positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

Der Jahreswirtschaftsbericht 2016: Zukunftsfähigkeit sichern – Die Chancen des digitalen Wandels nutzen

Deutschland befindet sich auf einem soliden Wachstumskurs. Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2016 im Jahresdurchschnitt einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,7 Prozent. Diese Dynamik wird vor allem durch die Binnenwirtschaft getragen, insbesondere durch die Konsumausgaben und die Wohnungsbauinvestitionen. Die Zahl der Arbeitslosen lag im Jahr 2015 auf dem niedrigsten Stand seit 1991. Der Staatshaushalt von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen war 2015 bereits im vierten Jahr in Folge annähernd ausgeglichen. Gleichzeitig stellt die hohe Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland die Finanz- und Wirtschaftspolitik vor enorme zusätzliche Herausforderungen. Die Bundesregierung setzt deshalb – ausgehend von der grundsätzlich günstigen Lage – ihre auf Investitionen und nachhaltiges Wachstum ausgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik fort. Eine Schlüsselrolle kommt der Digitalisierung zu: Die Bundesregierung greift den digitalen Wandel auf und schafft gemeinsam mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Zivilgesellschaft die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Digitalisierung. Dies sind die zentralen Botschaften des Jahreswirtschaftsberichts 2016.

Das Bundeskabinett hat am 27. Januar 2016 den Jahreswirtschaftsbericht 2016 beschlossen. Er trägt den Titel „Zukunftsfähigkeit sichern – Die Chancen des digitalen Wandels nutzen“.

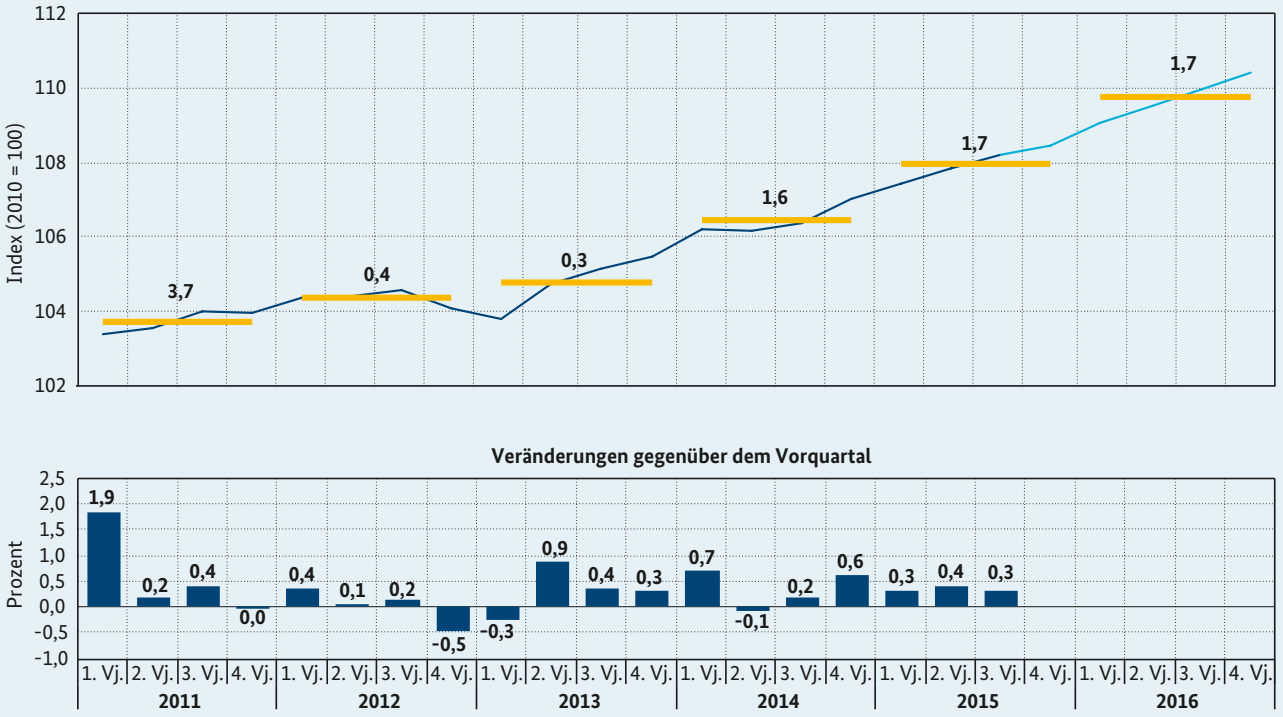
Damit betont die Bundesregierung die Bedeutung der Digitalisierung, die große volkswirtschaftliche Potenziale und zugleich vielfältige Chancen für die Bürgerinnen und Bürger bietet. Zwar sind in erster Linie die Unternehmen gefordert, offen, flexibel und innovativ ihre Geschäftsmodelle zu hinterfragen und neue zu entwickeln. Die Bundesregierung flankiert diesen digitalen Wandel jedoch durch angemessene Infrastrukturen und ein Digital-freundliches Umfeld. Sie entwickelt den ordnungspolitischen Rahmen weiter und berücksichtigt dabei die Besonderheiten digitaler Märkte.

Bruttoinlandsprodukt wächst 2016 um 1,7 Prozent

Die Aufwärtsbewegung der deutschen Konjunktur schwächte sich im zweiten Halbjahr 2015 etwas ab. Die Wachstumsverlangsamung in den Schwellenländern führte zu weniger dynamischen Exporten und Unternehmensinvestitionen. Gegen Jahresende nahm die industrielle Nachfrage jedoch wieder Fahrt auf. Am Arbeitsmarkt setzte sich die günstige Entwicklung bis zum Jahresende fort.

Für das Jahr 2016 erwartet die Bundesregierung im Jahresdurchschnitt einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von real 1,7 Prozent (vgl. Abbildung 1). Die anhaltende wirtschaftliche Dynamik wird vor allem durch die Binnenwirtschaft getragen, insbesondere von den Konsumausgaben

Abbildung 1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland (preisbereinigt)



Linie blau: Verlauf vierteljährlich, in Preisen des Vorjahres, saison- und kalenderbereinigt
Linien gelb: Jahresdurchschnitte, in Preisen des Vorjahres; Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent
Balken blau: Veränderungen in Prozent, saison- und kalenderbereinigt

Quelle: Statistisches Bundesamt für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bis 3. Quartal 2015; eigene Berechnungen

und den Wohnungsbauinvestitionen. Kurzfristige Impulse werden dabei auch durch die hohe Zuwanderung an Flüchtlingen ausgelöst. Weiterhin günstig auf die wirtschaftliche Entwicklung wirken der niedrige Ölpreis und der vergleichsweise schwache Eurokurs. Dämpfend wirkt sich hingegen der Wachstumsrückgang in vielen Schwellenländern aus.

Die Erholung im Euroraum hat sich gefestigt, allerdings ist das außenwirtschaftliche Umfeld aufgrund beachtlicher geopolitischer Spannungen und der Wachstumsverlangsamung einiger Schwellenländer weiterhin fragil. In Anlehnung an die Prognosen internationaler Institutionen unterstellt die Bundesregierung in ihrer Projektion eine leichte Beschleunigung der Weltwirtschaft und des Welthandels für das laufende Jahr. Verbunden mit einem niedrigen Außenwert des Euros gegenüber dem US-Dollar ist eine moderate Zunahme der deutschen Exporte zu erwarten. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss wird aufgrund der deutlichen Zunahme der Importe in diesem Jahr niedriger ausfallen als im vergangenen Jahr.

Grundlage für die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist der robuste Arbeitsmarkt. Seit zehn Jahren nimmt die Erwerbstätigkeit kontinuierlich zu. Auch im vergangenen Jahr wurde ein neuer Rekord mit durchschnittlich 43 Millionen Erwerbstätigen erreicht. Die Erwerbstätigkeit wurde insbesondere im Dienstleistungsbereich ausgeweitet. Die seit der zweiten Jahreshälfte 2015 stark gestiegene Zahl der ankommenden Flüchtlinge dürfte sich erst nach und nach auf den Arbeitsmarkt auswirken. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse wird kräftig steigen. Mit etwa 43,4 Millionen Erwerbstätigen wird dieses Jahr erneut ein Rekord erzielt.

Ordnungsrahmen für die Digitalisierung

Die Bundesregierung entwickelt den ordnungspolitischen Rahmen weiter und berücksichtigt dabei die Besonderheiten digitaler Märkte. Um auch in Zukunft funktionierenden Wettbewerb sicherzustellen und die Märkte offen zu halten, wird sie mit der 9. GWB-Novelle das Kartellrecht im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zeit-

Tabelle 1: Eckwerte der gesamtwvirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland[1]

	2014	2015	Jahresprojektion 2016
	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent, soweit nicht anders angegeben		
ENTSTEHUNG des Bruttoinlandsprodukts (BIP)			
BIP (preisbereinigt)	**1,6**	**1,7**	**1,7**
Erwerbstätige (im Inland)	0,9	0,8	0,9
Arbeitslosenquote in Prozent (Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit)[2]	*6,7*	*6,4*	*6,4*
VERWENDUNG des BIP preisbereinigt (real)			
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	0,9	1,9	*1,9*
Ausrüstungen	4,5	3,6	2,2
Bauten	2,9	0,2	2,3
Inlandsnachfrage	1,3	1,6	*2,3*
Exporte	4,0	5,4	3,2
Importe	3,7	5,7	4,8
Außenbeitrag (Impuls)[3]	*0,4*	*0,2*	*-0,4*
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	2,7	2,9	2,6

1 Bis 2015 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 2016.
2 Bezogen auf alle Erwerbspersonen.
3 Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP).

gemäß ausgestalten. Die Modernisierung des Vergaberechts wird darüber hinaus die Vergabe öffentlicher Aufträge einfacher und anwenderfreundlicher machen und mehr Flexibilität sicherstellen.

Kern der digitalen Ordnungspolitik ist es, die Souveränität der Bürgerinnen und Bürger über ihre Daten sicherzustellen und der Wirtschaft eine legitime Nutzung von Daten zu ermöglichen. Dazu soll u. a. die EU-Datenschutz-Grundverordnung einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen für die Verarbeitung personenbezogener Daten schaffen. Angestrebt wird eine Balance zwischen den Risiken der Digitalisierung für die Privatsphäre und dem Nutzen des freien Datenverkehrs innerhalb des Europäischen Binnenmarktes. Zudem hat die Bundesregierung die Sicherheit informationstechnischer Systeme signifikant verbessert; insbesondere durch die Vorgabe von Mindeststandards und Meldepflichten von erheblichen IT-Sicherheitsvorfällen (IT-Sicherheitsgesetz).

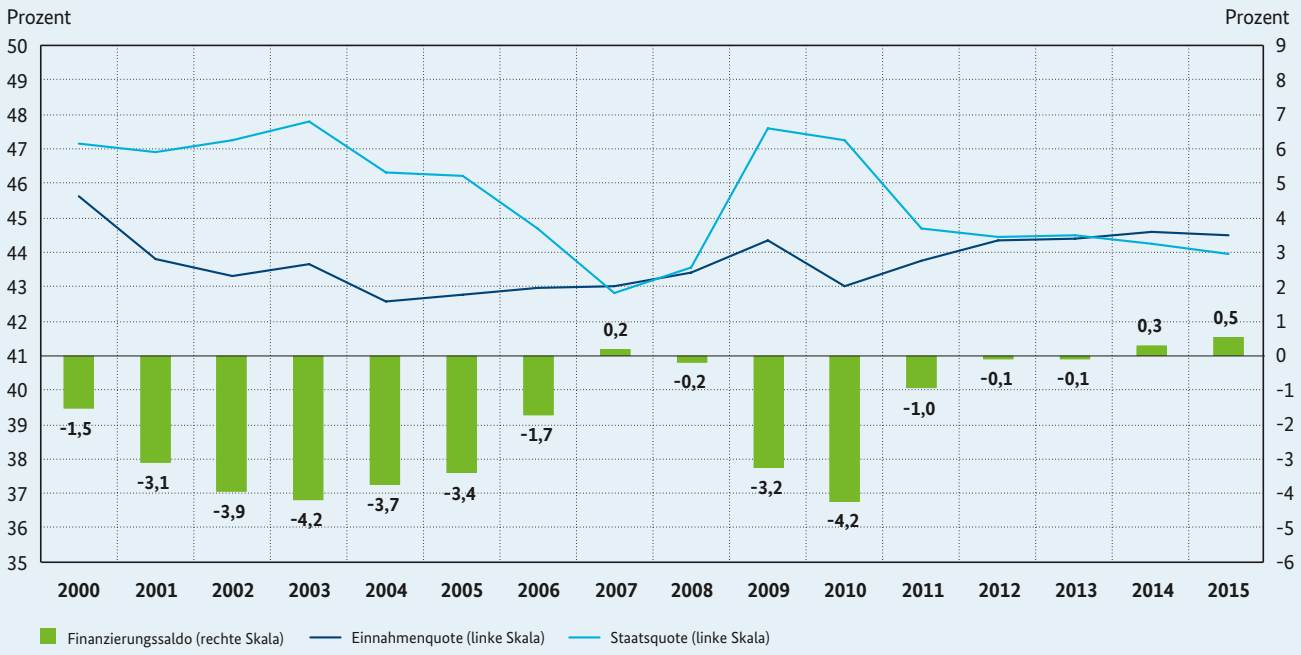
Um die Handlungsspielräume von Unternehmen zu erweitern, treibt die Bundesregierung den Bürokratieabbau weiter voran. Die größten Entlastungsimpulse gingen im vergangenen Jahr vom Bürokratieentlastungsgesetz und der Vergaberechtsmodernisierung aus. Insgesamt konnte der Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft um rund 1,4 Milliarden Euro reduziert werden.

Junge innovative Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Die Bundesregierung hat deshalb im Jahr 2015 Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wagniskapital und Start-ups in Deutschland beschlossen und wird diese Strategie – wie im „Eckpunktepapier Wagniskapital“ angekündigt – fortführen.

Solide Finanzpolitik schafft Handlungsspielräume, Steuerrecht wird weiterentwickelt

Die Bundesregierung setzt ihren Kurs einer wachstumsorientierten und nachhaltigen Finanzpolitik erfolgreich fort. Im Jahr 2015 hat der deutsche Staatshaushalt einen Finanzierungsüberschuss von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erzielt (vgl. Abbildung 2). Damit sind die staatlichen Haushalte insgesamt bereits im vierten Jahr in Folge annähernd ausgeglichen. Die Finanzlage der Länder und Kommunen hat sich in den letzten Jahren insgesamt positiv entwickelt. Daran hat die Unterstützung durch die Bundesregierung mit umfangreichen Entlastungen einen erheblichen Anteil. Um die Länder und Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge zu unterstützen, hat die Bundesregierung im Jahr 2015 bereits zahlreiche Beschlüsse gefasst. Dafür stellt sie für die Jahre 2015 und 2016 mehr als sechs Milliarden Euro zur Verfügung. Insgesamt ergibt sich für den Zeitraum von 2013 bis einschließlich 2018 eine Entlastungswirkung in einer Größenordnung von über 45 Milliarden Euro.

Abbildung 2: Ausgaben, Einnahmen und Maastricht-Finanzierungssaldo des Staates (in Relation zum nominalen BIP)



2000: Ohne UMTS-Erlöse. Inklusive dieses Effekts wies der Staatshaushalt einen Überschuss in Höhe von 1,0 % des BIP auf.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Stand: Januar 2016

Das Ziel der Bundesregierung, die Schuldenstandsquote auf weniger als 70 Prozent des BIP zu verringern, wird bereits Ende 2016 erreicht. Damit wird die Grundlage für die beabsichtigte Rückführung der Schuldenstandsquote auf weniger als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts innerhalb von zehn Jahren geschaffen. Die Finanzpolitik der Bundesregierung stärkt das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland und wirkt darauf hin, die Belastung künftiger Generationen nicht weiter anwachsen zu lassen.

Ein zentraler steuerpolitischer Schwerpunkt der Bundesregierung liegt auf mehr internationaler und europäischer Steuerfairness. Der Kampf im Rahmen der OECD gegen grenzüberschreitende Gewinnverlagerungen international operierender Unternehmen ist eine zentrale steuerpolitische Aufgabe der laufenden Legislaturperiode.

Damit das deutsche Steuerrecht den Anforderungen einer modernen Gesellschaft in einer globalisierten Welt auch künftig gerecht wird, bedarf es einer kontinuierlichen Weiterentwicklung. Damit Arbeitsplätze in unserer insbesondere durch kleine und mittelständische Betriebe geprägten Unternehmenslandschaft nicht gefährdet werden, bleibt das Ziel eine verfassungskonforme Verschonung des Erwerbs begünstigten betrieblichen Vermögens von der Erbschaft- und Schenkungsteuer. Die Bundesregierung strebt zudem eine umfassende Reform des bestehenden Investmentsteuerrechts an.

Investitionen stärken

Auf Basis der soliden Finanzpolitik verfolgt die Bundesregierung einen umfassenden Ansatz zur Stärkung der öffentlichen und privaten Investitionen und hat in dieser Legislaturperiode bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen. Teile dieser Maßnahmen spiegeln sich bereits im Bundeshaushalt 2015 wider: Der Anteil der Investitionsausgaben im Bundeshaushalt konnte von 8,5 Prozent im Jahr 2014 auf 9,7 Prozent im vergangenen Jahr erhöht werden.

Um die Investitionsdynamik weiter zu stärken, sieht die Bundesregierung im Rahmen ihrer „Investitionsstrategie“ unter anderem vor, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) weiterzuentwickeln, ein Kompetenzzentrum für die Planung und Durchführung von kommunalen Investitionsvorhaben zu schaffen sowie die Verbesserung rechtlicher und institutioneller Rahmenbedingungen für die private Infrastrukturfinanzierung zu prüfen.

Dreh- und Angelpunkt ist die weitere Verbesserung des Investitionsklimas für private Investitionen. Dazu gehören entsprechende Rahmenbedingungen auf den Faktor- und Gütermärkten ebenso wie eine moderne und effiziente (digitale) Infrastruktur. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur erhöht und wird diese weiter verstärken. Außerdem sollen bis zum Jahr 2018 flächendeckend Breitbandanschlüsse mit Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde im Download verfügbar sein (Digitale Agenda). Darüber hinaus muss das Angebot insbesondere an Glasfaser weiter spürbar zunehmen, um Internetzugänge mit konstant hohen Bandbreiten im Bereich Gigabit pro Sekunde zu ermöglichen. Die Bundesregierung flankiert den Ausbau, indem sie die rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend ausgestaltet und den Breitbandausbau technologieneutral in solchen Regionen fördert, in denen ein marktgetriebener Ausbau allein durch private Investitionen nicht wirtschaftlich realisierbar ist.

Innovationspotenziale erschließen

Die neue Hightech-Strategie bündelt Aktivitäten der Bundesregierung zur Förderung von Forschung und Innovationen. Sie setzt Prioritäten in ausgewählten Feldern, die von großer Innovationsdynamik geprägt sind. Um das Innovationspotenzial der Digitalisierung zu erschließen, hat die Bundesregierung darüber hinaus eine Reihe von Technologieförderprogrammen aufgelegt (z. B. zum automatisierten Fahren) und Dialogprozesse mit den relevanten Akteuren angestoßen (z. B. Plattform Industrie 4.0).

Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist die Digitalisierung ein Schlüssel zur Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Die Bundesregierung unterstützt sie dabei, die Herausforderungen zu meistern. Beispielsweise wurden die Förderprogramme für den innovativen Mittelstand transparenter gestaltet und gestärkt. Dabei greift die technologieoffene Innovationspolitik den Prozess von der Idee bis zum Markterfolg strukturiert auf.

Arbeitsmarkt flexibel und fair ausgestalten

In Deutschland gingen im vergangenen Jahr durchschnittlich 43 Millionen Personen einer Erwerbstätigkeit nach, mehr als jemals zuvor. Damit hält der Trend zu mehr Beschäftigung weiter an. Die gegenwärtige Beschäftigungslage darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Alterung der Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten aller Voraussicht nach zu einem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials führen wird. Eine verstärkte Zuwanderung von Fachkräften und die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen können die Folgen des demografischen Wandels abmildern, aber nicht umkehren. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zielt deshalb weiterhin auf eine Stärkung der Erwerbsbeteiligung. Dies erfolgt etwa durch den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, die einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leistet. Mit Blick auf die Erwerbstätigkeit älterer Erwerbspersonen plant die Bundesregierung Maßnahmen zur Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand.

Mit der Digitalisierung vollzieht sich auch ein tiefgreifender Wandel der Arbeitswelt, der weit über die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien hinausgeht. Die Bundesregierung begleitet diesen Prozess aktiv. Der Dialogprozess „Arbeiten 4.0“ schafft den Rahmen für einen öffentlichen und fachlichen Dialog über die Zukunft der Arbeitswelt. Die Ergebnisse des Dialogprozesses sollen Ende 2016 in einem Weißbuch präsentiert werden.

Die Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2015 hat die Einkommenssituation vieler Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich verbessert. Es kam zu deutlichen Lohnzuwächsen bei den niedrigsten Einkommen, insbesondere in den ostdeutschen Ländern. In zahlreichen Fällen dürfte der Mindestlohn auch dazu geführt haben, dass geringfügige Beschäftigungsverhältnisse in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt

wurden. Die Bundesregierung begrüßt beide Entwicklungen. Negative gesamtwirtschaftliche Beschäftigungseffekte sind bislang nicht zu beobachten. Im laufenden Jahr wird die Lohnuntergrenze erstmals durch die Mindestlohnkommission überprüft, die sich im Wesentlichen aus Vertretern der Sozialpartner zusammensetzt.

Werkverträge und Arbeitnehmerüberlassung sind wichtige Instrumente in einer arbeitsteiligen Wirtschaft und befähigen Unternehmen, flexibel zu reagieren. Die Bundesregierung hält Werkverträge und Leiharbeitsverhältnisse daher für unverzichtbar. Rechtswidrigen Vertragskonstruktionen bei Werkverträgen ist jedoch effektiv zu begegnen. Weiterhin soll die Praxis der Arbeitnehmerüberlassung stärker auf ihre Kernfunktion ausgerichtet werden.

Die Finanzmärkte stärker und stabiler machen

Die Finanzmarktreformen zielen darauf, das Vertrauen in den Finanzsektor nachhaltig zu stärken und die Steuerzahler davor zu schützen, erneut für Finanzinstitute in Schieflagen einstehen zu müssen. Um ein Ausweichen der Marktteilnehmer in weniger regulierte Bereiche zu verhindern, setzt sich die Bundesregierung für gemeinsame europäische und internationale Regeln ein. Sie wird auch weiterhin die Initiative der Europäischen Kommission zur Schaffung einer Kapitalmarktunion aktiv begleiten.

Mit Inkrafttreten des einheitlichen Abwicklungsmechanismus verfügen die Euro-Staaten seit Anfang dieses Jahres über einheitliche Instrumente zur Abwicklung von Banken, von deren Schieflage potenziell eine Gefahr für die Stabilität der Währungsunion ausgeht. Den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine europäische Einlagensicherung lehnt die Bundesregierung ausdrücklich ab, da er falsche Anreize für Mitgliedstaaten und Banken setzt: Finanzielle Risiken würden aus dem nationalen Bankensektor auf die europäische Ebene verlagert.

Mit dem Ersten und dem geplanten Zweiten Finanzmarktnovellierungsgesetz wird die Bundesregierung europäische Vorgaben zur Verbesserung der Transparenz und Integrität der Kapitalmärkte und des Anlegerschutzes umsetzen. Zudem hat sie die Transparenzvorgaben für börsengehandelte Wertpapiere verschärft.

Die Bundesregierung setzt sich weiterhin für die Einführung einer Finanztransaktionsteuer ein. Sie soll möglichst alle Finanzinstrumente umfassen. Dabei gilt es, negative Auswirkungen auf Kleinanleger, Realwirtschaft und Altersversorgung sowie unerwünschte Verlagerungen im Finanzsektor zu vermeiden.

Die Energiewende effizient vorantreiben

Ziel der Energiewende ist eine umweltverträgliche und bezahlbare Energieversorgung unter Sicherstellung von Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit. Um diese Ziele zu erreichen, liegt der Fokus der Bundesregierung derzeit auf einem effizienten Ausbau der erneuerbaren Energien sowie im Bereich der Energieeffizienz selbst. Gleichzeitig werden mit dem Strommarktgesetz die Grundlagen für die künftige Versorgungssicherheit gelegt.

Beim Ausbau erneuerbarer Energien im Stromsektor liegt Deutschland auf dem selbst gesetzten, anspruchsvollen Zielkurs. Ab 2017 sollen die Fördersätze grundsätzlich im Rahmen von Ausschreibungen festgelegt werden. Damit soll die Kosteneffizienz der Förderung erhöht und sichergestellt werden, dass der im EEG 2014 festgelegte Ausbaupfad für erneuerbare Energien eingehalten wird. Gleichzeitig soll die Akteursvielfalt gewahrt bleiben. Die spezifischen Ausschreibungsmodelle für die einzelnen Erneuerbare-Energien-Technologien sollen mit einer Novellierung des EEG in diesem Jahr festgelegt werden.

Um die Versorgungssicherheit im Strommarkt auch bei weiter ansteigenden Anteilen erneuerbaren Stroms zu garantieren, entwickelt die Bundesregierung den Strommarkt mit dem Strommarktgesetz weiter. Ziel ist es, die Marktkräfte zu stärken, Flexibilitätspotenziale zu aktivieren, die Transparenz zu erhöhen und die europäische Integration des Strommarktes zu verbessern. In Ausnahmesituationen soll eine Kapazitätsreserve die Versorgung sichern. Zur künftigen Flexibilität des Strommarkts leisten auch digitale Technologien einen wesentlichen Beitrag. Mit dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende sollen die rechtlichen Grundlagen für eine breite Anwendung digitaler Innovationen im Energiebereich ermöglicht werden.

Die Steigerung der Energieeffizienz ist wichtig für den Erfolg der Energiewende und trägt zum Klimaschutz bei. Zahlreiche der mit dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) beschlossenen Maßnahmen wurden im Jahr 2015 auf den Weg gebracht. Aufbauend auf dem NAPE hat die Bundesregierung zudem die Energieeffizienzstrategie Gebäude (ESG) beschlossen. Mit der ESG zeigt die Bundesregierung auf, wie die energie- und klimapolitischen Ziele im Gebäudebereich erreicht werden können.

Europäische Wirtschafts- und Währungsunion fortentwickeln

Die Arbeiten zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion müssen weiter fortgesetzt werden. Aus Sicht der Bundesregierung muss das Ziel der Fortentwicklung eine international wettbewerbsfähige Wirtschafts- und Währungsunion sein, die das Versprechen der Europäischen Union von Demokratie, Rechtsstaat, Sicherheit, Stabilität, Wohlstand und Arbeitsplätzen erfüllt. Hierzu gehören stabile öffentliche Finanzen, ein modernes Staatswesen, attraktive Investitionsbedingungen und ein offener Binnenmarkt. Ein wichtiger Schritt hin zu diesem Ziel ist zunächst, bereits beschlossene Maßnahmen umzusetzen und bestehende Regeln und Verfahren glaubwürdig einzuhalten und anzuwenden. Darüber hinaus ist es wichtig, auch eine langfristige Vision von der institutionellen Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion zu entwickeln. Das schließt Offenheit für Vertragsänderungen ein.

Märkte über Europa hinaus weiter öffnen

Die Bundesregierung tritt für eine Handelspolitik ein, die auf Marktöffnung auch gegenüber Staaten und Regionen außerhalb Europas setzt. Ziel der Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ist es, die Märkte auf beiden Seiten des Atlantiks stärker zu öffnen und einen transatlantischen regulatorischen Dialog zu führen. Dabei setzt die Bundesregierung sich dafür ein, dass hohe Schutzstandards, insbesondere im Bereich des Umwelt-, Arbeitnehmer-, Verbraucher- und Datenschutzes sowie der IT-Sicherheit und der Daseinsvorsorge, aufrechterhalten oder geschaffen werden können und das Vorsorgeprinzip gewahrt bleibt.

Kontakt: Dr. Astrid Klesse
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

Das Klimaschutzabkommen von Paris

Wirtschafts- und energiepolitische Konsequenzen der UN-Klimakonferenz „COP 21“

Vom 30. November bis 12. Dezember 2015 fand in Paris die UN-Klimakonferenz „21st Conference of the Parties – COP 21“ statt. Die Konferenz hatte zum Ziel, ein international gültiges Klimaschutzabkommen zu vereinbaren. Durch die getroffene Verständigung werden künftig Klimaschutz sowie die Anpassung und Unterstützung der hierfür notwendigen Maßnahmen zur völkerrechtlichen Pflicht für alle Vertragsstaaten.

Ein anspruchsvolles Klimaregime mit universeller Geltung

Bei der UN-Klimakonferenz in Paris haben am 12. Dezember 2015 alle 195 Vertragsstaaten einem neuen globalen Abkommen zugestimmt. Das „Abkommen von Paris“ und die begleitenden Entscheidungen bilden ein anspruchsvolles Klimaregime für die Zeit ab 2020 mit universeller Geltung und völkerrechtlichen Pflichten für alle Staaten. Das Abkommen wird in Kraft treten, wenn es von mindestens 55 Ländern, die mindestens 55 Prozent der globalen Treibhausgase emittieren, ratifiziert wurde. Die EU und ihre Mitgliedstaaten werden das Abkommen gemeinschaftlich erfüllen.

Das Abkommen von Paris gibt einen umfassenden Handlungsrahmen vor. Die bisher starre Zweiteilung in Industrieländer einerseits und Schwellen- und Entwicklungsländer andererseits wird erstmals in einem multilateralen Klimaabkommen aufgebrochen. Für die einzelnen Länder werden je nach Thema unterschiedliche Pflichten festgelegt.

Aus wirtschafts- und energiepolitischer Perspektive sind insbesondere folgende Elemente hervorzuheben:

- Die Vertragsparteien bekennen sich erstmals in einem völkerrechtlichen Abkommen zum globalen Ziel, die Erderwärmung gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter auf „deutlich unter zwei Grad Celsius“ zu begrenzen, mit Anstrengungen für eine Beschränkung auf 1,5 Grad Celsius. Hierzu soll unter anderem in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts eine globale Treibhausgasneutralität erreicht werden, das heißt, dass netto keine weiteren Treibhausgase emittiert werden. Um die Erfüllung dieses Langfristziels zu kontrollieren, findet alle fünf Jahre, beginnend ab 2018, ein globaler Überprüfungsprozess statt.

- Die bestehenden nationalen Klimaschutzbeiträge mit einem Zeithorizont bis 2030 (wie insbesondere der Klimaschutzbeitrag der EU) müssen 2020 erneut kommuniziert oder aktualisiert werden. Ab 2025 müssen sie dann alle fünf Jahre für die Zeit nach 2030 fortgeschrieben und ambitionierter werden. Die Staaten haben sich hierzu auf ein einheitliches, robustes Transparenz-System zur Berichterstattung von Emissionen für alle Staaten geeinigt. Für die Implementierung der nationalen Klimaschutzpläne sieht das Abkommen die Möglichkeit für staatenübergreifende Kooperationen vor.

- Entwicklungsländer werden bei Minderung und Anpassung von den Industrieländern durch Technologietransfer, durch Kapazitätsaufbau sowie durch finanzielle Hilfe unterstützt. Der bestehende „Technologiemechanismus“ wird im neuen Abkommen bestätigt und soll weiter ausgebaut werden.

- Die Industriestaaten sollen zwischen 2020 und 2025 weiterhin 100 Milliarden US-Dollar zur Klimafinanzierung aus einer weiten Vielfalt von öffentlichen und privaten Quellen pro Jahr mobilisieren. Der Vertrag formuliert die Erwartung, dass sich auch die Schwellen- und Entwicklungsländer nach ihren Möglichkeiten finanziell beteiligen. Für die Zeit danach soll ein neues gemeinsames Ziel zur Mobilisierung von Klimafinanzierung festgelegt werden. Weiteres Ziel des Abkommens ist es, die globalen Finanzströme konsistent mit einem Entwicklungspfad für kohlenstoffarme und klimaresiliente Entwicklung zu machen.

- Die Fähigkeit zur Anpassung an den Klimawandel soll gestärkt und neben der Minderung der Treibhausgasemissionen (THG-Minderungen) als gleichberechtigtes Ziel etabliert werden. Das Thema der klimabedingten „Schäden und Verluste“ wurde in einem eigenen Artikel aufgenommen und mit einem Arbeitsprogramm unterlegt. Eine wichtige Rolle sollen hier unter anderem Versicherungslösungen spielen, die es Menschen in ärmeren Staaten erlauben, sich gegen Klimarisiken abzusichern.

Einigungswille und Verhandlungsführung führten zu erfolgreichem Abschluss

Die internationale Staatengemeinschaft hat in Paris konzentriert und konstruktiv auf ein globales Abkommen hingearbeitet. Durch die Ausrichtung des Verhandlungsziels am Machbaren, der Bereitschaft zu Kompromissen und zu Zugeständnissen sowie einer stringenten und transparenten Verhandlungsführung konnte erfolgreich ein anspruchsvolles Abkommen geschlossen werden. Dies stellt einen großen kollektiven Erfolg der Staatengemeinschaft dar, für den sich auch die deutsche Delegation umfassend eingesetzt hat. Der in Paris beschlossene Rahmen muss nun umgesetzt werden. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind weltweit gefordert, sich einzubringen und an der langfristigen Orientierung des Abkommens auszurichten.

Langfristziel als Orientierung für wirtschaftliches Handeln

Das Abkommen mit seinem anspruchsvollen weltweiten Langfristziel ist eine wichtige Orientierung für wirtschaftliches Handeln, weltweit und national, auch für die deutsche Wirtschaft. Mit dem Langfristziel bekennt sich die Staatengemeinschaft zu einem ehrgeizigen Klimaschutz, wie er von Deutschland und der EU zuvor bereits als langfristige Zielsetzung (80 bis 95 Prozent THG-Minderung bis 2050 gegenüber 1990) formuliert worden war. Der von der EU eingebrachte individuelle Klimaschutzbeitrag im Rahmen des Abkommens (THG-Minderung um mind. 40 Prozent bis 2030 gegenüber 1990) war im Oktober 2014 vom Europäischen Rat beschlossen worden.

Eine langfristig verlässliche, transparente und nachvollziehbare Ausgestaltung der Klimapolitik ist Voraussetzung für künftige erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung. Dies wird von der Wirtschaft ausdrücklich bestätigt.

Die Bundesregierung sieht es als ihre Aufgabe, engagierten Klimaschutz zum Fortschrittsmotor zu entwickeln und dabei Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dies wird mit dem Abkommen von Paris, das zeitlich unbegrenzt und weltweit gültig sein wird, perspektivisch einfacher.

Einbindung des privaten Sektors

Das Abkommen von Paris enthält das Ziel, die globalen Finanzflüsse konsistent mit einem Entwicklungspfad für kohlenstoffarme und klimaresiliente Entwicklung zu machen. Das stellt ein wichtiges Signal an den Privatsektor dar, bei Investitionen die globalen klimapolitischen Erfordernisse zu berücksichtigen. Dies ist auch deshalb bedeutsam, da ohne eine Umorientierung des privaten Sektors ein effektiver globaler Klimaschutz nicht gelingen wird, denn der Staat selbst hat nicht ausreichend Know-how, Ressourcen und Kapazitäten. Viele Unternehmen stellen ihre technologischen Innovationen heraus, die Beiträge zu mehr Klimaschutz leisten, und große Akteure im Finanz- und Versicherungssektor haben bereits angekündigt, deutliche Weichenstellungen für ihr Anlagevermögen vorzunehmen und ihr Portfolio umzuschichten.

Zudem bietet das Abkommen den Vertragsparteien die Möglichkeit, über kooperative Ansätze und einen internationalen Mechanismus für nachhaltige Entwicklung durch die Bepreisung von CO_2 (CO_2-Steuern, Emissionshandelssysteme, Projektmechanismen etc.) Anreize für den privaten Sektor zu setzen, um kosteneffizient kohlenstoffarme Entwicklung zu fördern.

Nach Berechnungen der Internationalen Energie Agentur übersteigen die notwendigen Investitionen in Low-Carbon-Technologien die verfügbaren öffentlichen Mittel um ein Vielfaches. Private Akteure benötigen vor allem verlässliche und stabile Rahmenbedingungen und damit auch politische Flankierung. Ein solcher Handlungsrahmen wird mit dem Abkommen von Paris vorgegeben. Auf nationaler Ebene ist vorgesehen, dass die Bundesregierung mit dem Klimaschutzplan 2050, der im Sommer 2016 vom Kabinett verabschiedet werden soll, einen langfristigen Orientierungsrahmen gibt. Der Klimaschutzplan selbst soll in den Folgejahren regelmäßig überprüft und fortgeschrieben werden.

Fortlaufende Überprüfung und Anpassung der nationalen Klimaschutzbeiträge

Mit dem Abkommen von Paris wird ein neuer „Überprüfungs- und Ambitionsmechanismus“ etabliert. Er sieht vor, dass die nationalen Klimaschutzbeiträge mit einem Zeithorizont bis 2030 – wie etwa der Klimaschutzbeitrag der EU – 2020 erneut kommuniziert oder aktualisiert werden und die nachfolgenden Klimaschutzbeiträge ab 2025 alle fünf Jahre für die Zeit nach 2030 jeweils fortgeschrieben und ambitionierter werden. Alle Staaten sind völkerrechtlich verpflichtet, Maßnahmen zur Erreichung ihrer Klimaschutzbeiträge zu ergreifen und regelmäßig Rechenschaft über ihre Anstrengungen im Klimaschutz und ihren Beitrag zum Langfristziel abzulegen. Die Regeln zur Berichterstat-

tung stärken die Transparenz über nationale Maßnahmen, ermöglichen Vergleichbarkeit und schaffen gegenseitiges Vertrauen. Die Zusage der Industrieländer, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen und privaten Quellen zu mobilisieren, um damit ärmere Staaten zu unterstützen, wurde in Paris bestätigt und bis 2025 fortgeschrieben.

Neue Chancen für deutsche Technologien

Das Abkommen von Paris unterstreicht die Bedeutung von Technologieentwicklung und -transfer für einen effektiven Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel. Dies betrifft alle Phasen des Innovationsprozesses, einschließlich Forschung und Entwicklung. Diese Aktivitäten sollen gestärkt werden, damit andere Staaten schneller in die Lage versetzt werden, sich klimaschonend zu entwickeln bzw. mit dem Klimawandel umzugehen. Wirtschaftspolitisch problematische Referenzen zu geistigen Eigentumsrechten sowie globale „Technologieziele“ haben keinen Eingang in das Abkommen gefunden.

Der so genannte „Technologiemechanismus“ bietet nicht unerhebliches Potenzial und Chancen für die deutsche Wirtschaft. Durch das Abkommen wird die Nachfrage nach Klimatechnologien und -dienstleistungen national, aber auch international weiterhin zunehmen. Damit werden zusätzliche Impulse für wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze gesetzt.

In der deutschen Industrie ist viel Know-how für Low-Carbon-Technologien vorhanden. Deutsche Unternehmen haben deshalb gute Chancen, sich erfolgreich am Markt zu positionieren. Allerdings handelt es sich teilweise um Märkte, die nicht einfach zu erschließen sind und die angepasste Technologien erfordern. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie fungiert deshalb als nationale Kontaktstelle für eine stärkere Zusammenarbeit beim Klimatechnologietransfer („National Designated Entity – NDE“). Weltweit gibt es bereits mehr als 140 solcher Kontaktstellen.

Auch die Aktivitäten zur Stärkung des Klimatechnologietransfers werden künftig in die Berichterstattung und die fünfjährigen Überprüfungszyklen einbezogen. Hierzu müssen in den kommenden Jahren noch konkrete Beschlüsse zur Umsetzung getroffen werden. Bei allen Maßnahmen, die sich aus der Umsetzung des Abkommens von Paris ergeben, sollen der Wirtschaft möglichst keine zusätzlichen bürokratischen oder finanziellen Belastungen auferlegt werden und weiterhin ein „level playing field“ im internationalen Kontext gewahrt bleiben.

Nachhaltige Energiepolitik als Grundpfeiler für wirksamen Klimaschutz

Klima- und Energiepolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Ohne eine nachhaltige Energiepolitik ist ein wirksamer Klimaschutz nicht denkbar. Das im Abkommen verankerte Langfristziel unterstreicht die Notwendigkeit einer konsequenten Abkehr von der Verbrennung fossiler Energieträger, d.h. von Kohle, Öl und Gas. Mit der Energiewende und dem schrittweisen Umbau der Energieversorgung hin zu mehr erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz hat Deutschland auf diesem Weg bereits viel geleistet. Die u.a. in der 10-Punkte-Energie-Agenda des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie enthaltenen Vorhaben erhalten durch das Klimaabkommen von Paris nochmals Rückenwind. Im Bereich der Energieeffizienz, beim weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien, der Stromnetze, der Digitalisierung der Energiewende und der Reform des Strommarktes sind viele Vorhaben in Planung, die in Kürze umgesetzt werden sollen.

Deutschland hat gute Voraussetzungen für eine nachhaltige Energie- und Klimaschutzpolitik, u.a. weil den Beschlüssen von Bundestag und Bundesregierung zur Energiewende ein langfristiges Zielsystem zugrunde liegt und darüber ein breiter gesellschaftlicher und politischer Konsens besteht. Darüber hinaus engagiert sich die Bundesregierung sowohl durch intensive bilaterale Beziehungen zu anderen Ländern wie auch durch multilaterales Engagement in internationalen Organisationen und Netzwerken für das Fortschreiten einer globalen Energiewende. In Paris wurde deshalb auch sehr klar die Führungsrolle gewürdigt, die Deutschland mit der Energiewende einnimmt.

Kontakt: Dr. Jens Mundhenke
Referat: Klimaschutz, Internationale Umweltschutzpolitik, Energiebesteuerung

Ladestationen für Elektroautos – einfach, sicher, bedarfsgerecht

Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen zum Ausbau der Ladeinfrastruktur in Deutschland

Deutschland soll Leitanbieter und Leitmarkt für die Elektromobilität werden. Dies wird nur gelingen, wenn eine flächendeckende Ladeinfrastruktur vorhanden ist. Der Nationale Entwicklungsplan Elektromobilität sieht daher vor, dass zu Beginn des Markthochlaufs von Elektrofahrzeugen der Ausbau einer bedarfsgerechten Ladeinfrastruktur forciert wird.

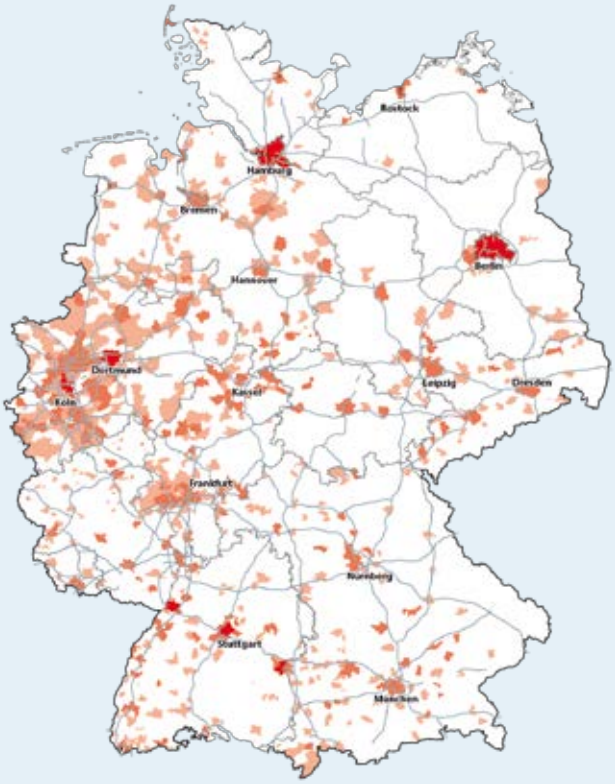
Die Weiterentwicklung der Elektromobilität birgt große wirtschaftliche, umweltpolitische und gesellschaftliche Chancen. Sie ist ein zukunftsweisendes Thema der deutschen Industrie und bietet die Perspektive einer CO_2-freien Mobilität. Als Bindeglied zwischen der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen und dem Verkehrssektor ist sie ein wichtiger Baustein der Energiewende.

Die Bundesregierung will Deutschland bis zum Jahr 2020 zum Leitanbieter und Leitmarkt für Elektromobilität entwickeln. Mit zahlreichen Forschungs- und Entwicklungsprojekten werden Innovationen entlang der gesamten Wertschöpfungskette der Elektromobilität vorangetrieben. Wichtige Schwerpunkte sind neue Antriebstechnologien, Schlüsselkomponenten sowie die Einbindung der Elektrofahrzeuge in die Strom- und Verkehrsinfrastruktur.

Bereits heute zählt Deutschland zu den führenden Anbietern für die Elektromobilität. Ende 2015 waren rund 27 verschiedene elektrische Fahrzeugmodelle deutscher Hersteller auf dem Markt verfügbar. Hinzu kommen circa 16 Modelle ausländischer Hersteller. Um Deutschlands starke Position weiter auszubauen, werden im Jahr 2016 zusätzliche Modelle deutscher Hersteller erwartet.

Die Elektromobilität wird jedoch nur dann ein Erfolg werden, wenn sie als Gesamtsystem funktioniert. Neben attraktiven Fahrzeugmodellen ist deshalb der Ausbau der Ladeinfrastruktur ein wichtiger Bestandteil der Strategie der Bundesregierung. Denn für viele potenzielle Kunden ist der Umstieg auf ein Elektrofahrzeug nur dann interessant, wenn sie sicher sein können, im Bedarfsfall stets schnell einen freien Ladepunkt zu finden. Bereits heute gibt es in Deutschland 5.600 öffentlich zugängliche Ladepunkte. Bessere gesetzliche Rahmenbedingungen und Fortschritte bei Forschung und Entwicklung werden in den kommenden Jahren zu einem signifikanten Ausbau einer nutzerfreundlichen und bedarfsgerechten Ladeinfrastruktur führen.

Abbildung 1: Aktuelle Verteilung der Ladeinfrastruktur in Deutschland



Quelle: Statusbericht und Handlungsempfehlung 2015, S. 8, Nationale Plattform Elektromobilität

Welche Lademöglichkeiten für Elektroautos gibt es?

Für Elektrofahrzeuge stehen dem Nutzer verschiedene Lademöglichkeiten zur Verfügung. So soll künftig das Elektrofahrzeug entweder privat, zum Beispiel in der eigenen Garage, beim Arbeitgeber, am Straßenrand oder während des Einkaufs, aufgeladen werden. Lästige Fahrten zur Tankstelle bleiben dem Fahrer eines Elektrofahrzeugs meist erspart, denn in rund 90 Prozent aller Fälle wird das Fahrzeug zu Hause oder am Arbeitsplatz aufgeladen.

Zum Aufladen zu Hause reicht zwar grundsätzlich eine handelsübliche Steckdose aus. Hier benötigt ein durchschnittliches Elektrofahrzeug aber rund sechs bis acht Stunden, bis der Akku aufgeladen ist. Schneller, sicherer und komfortabler geht es mit einer so genannten Wallbox. Die Ladezeit verkürzt sich hierbei je nach Batteriekapazität auf drei bis fünf Stunden. Je nach Hersteller und Leistung betragen die Kosten für eine heimische Wallbox zwischen 600 und 4.000 Euro.

Neben der Lademöglichkeit zu Hause oder beim Arbeitgeber gibt es Lademöglichkeiten im öffentlich zugänglichen Bereich. An Straßen und auf öffentlich zugänglichen Parkplätzen stehen verschiedene Systeme zum „Stromtanken“ zur Verfügung. Je nach Leistung kann hier das Fahrzeug in circa zwei bis fünf Stunden aufgeladen werden. So genannte Schnellladepunkte ermöglichen dem Kunden die Strombetankung seines Fahrzeuges sogar in nur 30 Minuten. Durch verkürzte Wartezeiten sind Schnellladepunkte insbesondere für den überregionalen Verkehr attraktiv.

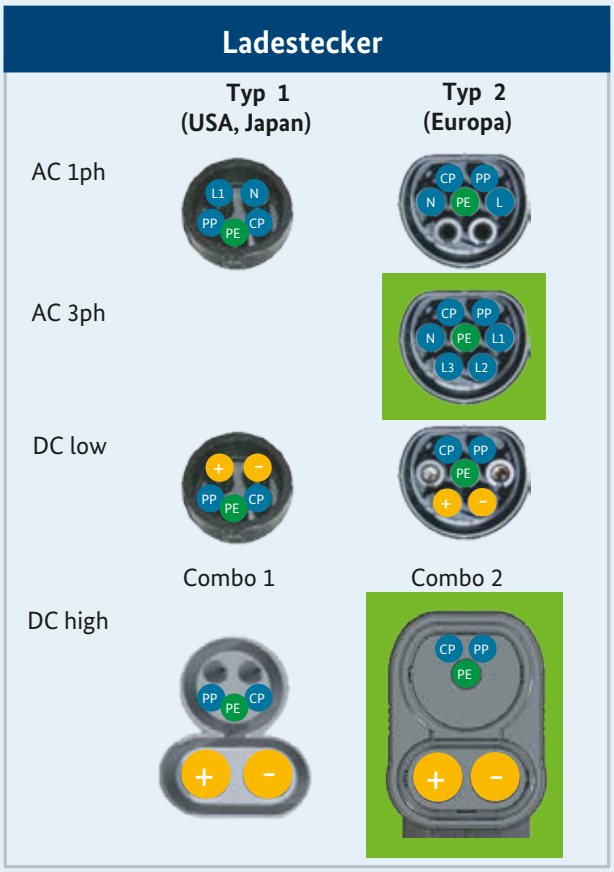
Neben den typischen stationären Ladesäulen sind in vielen Städten auch mobile Ladesysteme verfügbar. Mittels eines eigenen intelligenten Kabels kann hier an so genannten Systemsteckdosen, zum Beispiel an Straßenlaternen, Strom gezapft werden.

Lademöglichkeiten im öffentlich zugänglichen Bereich – ob stationär oder mobil – sollen künftig jedem Elektrofahrzeugnutzer zur Verfügung stehen. Grundvoraussetzung dafür sind einheitliche Ladestecker. Deshalb haben sich die europäischen Automobilhersteller schon im Jahr 2011 auf einheitliche Standards für Ladestecker verständigt – für das Laden mit Wechselstrom auf den Typ-2-Stecker, für das Laden mit Gleichstrom auf den Combo-2-Stecker. In der EU-Richtlinie (2014/94/EU) über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe hat der europäische Gesetzgeber diese Steckerstandards europaweit verbindlich vorgeschrieben. Deutschland setzt als einer der ersten Mitgliedstaaten die Vorgaben der EU-Richtlinie für verbindliche Steckerstandards in nationales Recht um.

Aufgrund der unterschiedlich schnellen Entwicklung von Elektromobilität haben sich weltweit unterschiedliche Steckertypen durchgesetzt. In Fahrzeugen nicht-europäischer Hersteller werden daher zum Teil andere Ladesteckerstandards verwendet. Das Bundeswirtschaftsministerium unterstützt Projekte, die eine Harmonisierung der unterschiedlichen Ladestecker zum Ziel haben.

Künftig können Elektrofahrzeuge auch kabellos geladen werden. Das induktive Laden erspart dem Nutzer das häufige Ein- und Ausstecken des Stromkabels und erhöht den Komfort beim Aufladen des Fahrzeugs. Da die Verbindung mit einem induktiven Ladesystem ohne aktives Zutun des Nutzers hergestellt werden kann, eignet sich dieses System besonders gut dafür, Elektrofahrzeuge als mobile Energiespeicher einzusetzen. So können insbesondere Flotten von Fahrzeugen als Anbieter von Regelenergie und zur kurzfris-

Abbildung 2: Europäisch genormter Steckertyp 2 für das Wechselstromladen sowie europäischer Combo-2-Stecker für das Schnellladen mit Gleichstrom (grün gekennzeichnet)



Standardisierte Ladestecker und Vorzugslösung gemäß EU-Richtlinien-Entwurf

Quelle: Normungsroadmap 3.0, S. 56, Nationale Plattform Elektromobilität

tigen Stabilisierung der Stromnetze verwendet werden. Bereits heute vorhandene intelligente Steuerungstechnik macht Elektrofahrzeuge zu intelligenten Stromverbrauchern. Ihre Batterie kann vorrangig dann geladen werden, wenn viel Wind weht oder die Sonne scheint und die Strompreise entsprechend niedrig sind. Elektrofahrzeuge können damit einen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten.

Wer kann öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur nutzen?

Ziel ist es, dass grundsätzlich jeder die Möglichkeit haben soll, sein Elektrofahrzeug im öffentlich zugänglichen Raum aufzuladen. Um dies zu gewährleisten, müssen alle öffentlich zugänglichen Ladepunkte Nutzerinnen und Nutzern einen diskriminierungsfreien Zugang gestatten.

Wann ein Ladepunkt öffentlich zugänglich ist, legt der Entwurf der Ladesäulenverordnung fest. Öffentlich zugängliche Ladepunkte sind demnach zum einen solche im öffentlichen Straßenraum. Darüber hinaus gelten aber auch solche Ladepunkte als öffentlich zugänglich, die von einem unbestimmten Personenkreis genutzt werden können. Dies ist zum Beispiel bei Supermarktparkplätzen, Hotelparkplätzen oder in Parkhäusern der Fall. Wird der Zugang dagegen nur einer von vorneherein bestimmten oder bestimmbaren Personengruppe (zum Beispiel Carsharing-Nutzern oder Taxis) eingeräumt, liegt kein öffentlich zugänglicher Ladepunkt vor. Gleiches gilt für private Garageneinfahrten.

Der Entwurf der Ladesäulenverordnung sieht vor, dass alle öffentlich zugänglichen Ladepunkte mit dem europäischen Ladestecker ausgestattet werden müssen. Kunden europäischer Hersteller werden dadurch die Sicherheit gewinnen, dass sie ihr Fahrzeug technisch überall aufladen können. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) setzt sich dafür ein, dass künftig auch an allen Ladesäulen sicher, transparent und kundenfreundlich bezahlt werden kann. Bereits heute besteht häufig die Möglichkeit, anbieterübergreifend Strom zu tanken. So kann der Kunde zum Bezahlen des Fahrstroms einen Fahrstromvertrag mit einem so genannten Mobilitätsanbieter oder auch seinem heimischen Energieversorger abschließen. Durch so genanntes eRoaming ist es dem Kunden möglich, nicht nur die Ladepunkte seines Anbieters, sondern auch die der Fremdanbieter zu nutzen und den Strom über seinen eigenen Vertrag abzurechnen. Das Roaming-Prinzip, welches im Mobilfunkbereich längst etabliert ist, kann sich auch bei der Elektromobilität weiter durchsetzen.

Das Laden im öffentlich zugänglichen Bereich muss aber auch dann möglich sein, wenn der Elektrofahrzeugnutzer keinen Fahrstromvertrag hat. Deshalb setzt sich das BMWi für die lückenlose Einführung von Direktbezahlsystemen ein. Verschiedene Bezahlmöglichkeiten haben sich in Deutschland etabliert – per Kartenzahlung (EC-Karte, Kreditkarte), RFID oder mobilfunkbasierte Lösungen (SMS, Apps). Um das Bezahlen an öffentlich zugänglichen Ladesäulen nutzerfreundlicher zu machen, strebt das BMWi an, dass künftig auch die Direktzahlsysteme anbieterübergreifend operieren.

Welche rechtlichen Rahmenbedingungen schafft der Gesetzgeber?

Um bei der Infrastruktur für die Elektromobilität Rechts- und Investitionssicherheit zu gewährleisten, sind eine Reihe von Rechtsvorschriften neu zu schaffen oder zu ändern. Grundlegend sind die EU-Richtlinie (2014/94/EU) und die zu deren Umsetzung erforderliche Ladesäulenverordnung des BMWi. Der vom BMWi vorgelegte Entwurf schreibt die verbindlichen Steckerstandards für neu aufgebaute Ladepunkte vor. Dem Entwurf muss der Bundesrat noch zustimmen. Für alle bereits aufgebauten Ladepunkte gilt jedoch ein Bestandsschutz. Die Bundesnetzagentur wird alle öffentlich zugänglichen Ladepunkte erfassen, deren technische Anforderungen überprüfen und ein verlässliches Register der Ladeinfrastruktur in Deutschland führen.

Für Rechtssicherheit im Hinblick auf die energiewirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Betreiber von Ladepunkten sorgen künftige Änderungen im Energiewirtschaftsrecht. Im Entwurf des neuen Strommarktgesetzes ist vorgesehen, den Strombezug von Ladepunkten dem Letztverbrauch gleichzustellen. Dadurch wird klargestellt, dass ein Ladepunkt nicht zum Stromnetz gehört und Betreiber von Ladepunkten keine Energielieferanten im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes sind.

In weiteren Schritten ist eine Anpassung von Miet- und Wohnungseigentumsrecht geplant. Dadurch sollen Erleichterungen beim Aufbau der Ladeinfrastruktur im privaten Raum geschaffen werden. Außerdem wird die Bundesregierung eindeutige Regelungen für das Laden am Arbeitsplatz schaffen.

Fördert die Bundesregierung den Aufbau der Ladeinfrastruktur?

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie unterstützt zahlreiche Projekte bei der Ladeinfrastruktur.

Durch das Forschungsprojekt „**S**chnell**l**adenetz für **A**chsen und **M**etropolen (**SLAM**)“ entsteht eine bedarfsgerechte und nutzerorientierte Positionierung von Schnellladeinfrastruktur. Partner aus Unternehmen und Wissenschaft wollen bis Ende 2017 insgesamt 600 Schnellladepunkte in Metropolen und entlang der Verkehrsachsen aufbauen. Diese Schnellladepunkte werden maßgeblich dazu beitragen, die Attraktivität der Elektromobilität zu steigern. Neben dem Ausbau von Ladepunkten beschäftigt sich das Projekt auch mit Themen wie Authentifizierung, Abrechnung, nachhaltigen Geschäftsmodellen, Konformität und Energiemanagement.

Das Projekt Ladeinfrastruktur **„LIS“** ist eine Kooperation zwischen Bund und Ländern zum Aufbau gemeinsamer Normalladeinfrastruktur. Unter dem Aspekt der Nutzerfreundlichkeit sollen in erster Linie einheitliche, standortbasierte, technische und betriebliche Anforderungen an Ladepunkte festgelegt werden. Bund und Länder unterstützen mit dem Projekt gemeinsam den Aufbau von interoperablen Ladepunkten bis 22 Kilowatt.

Außerdem wird der Aufbau von Ladepunkten im Rahmen des transeuropäischen Verkehrsnetze-Programms **TEN-T** gefördert. Durch das von der Europäischen Union mit vier Millionen Euro unterstützte Projekt sollen 155 Schnellladepunkte entlang niederländischer, deutscher, dänischer und schwedischer Autobahnen entstehen.

Im Zuge des Investitionsprogramms **Tank & Rast** des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur entsteht darüber hinaus ein flächendeckendes Ladesäulennetz an deutschen Autobahnen. Rund 400 Raststätten werden in den kommenden Jahren mit Schnellladepunkten ausgestattet. Fahrer von Elektrofahrzeugen sollen nach Beendigung des Programms etwa alle 30 Kilometer einen Ladepunkt auf deutschen Autobahnen vorfinden können.

Schließlich fördern auch die Bundesländer in zahlreichen Projekten den Aufbau der Ladeinfrastruktur.

Ausblick

Elektromobilität ist ein wichtiges und zukunftsträchtiges, aber auch ein anspruchsvolles Thema. Durch die stetig anwachsende Anzahl an Ladepunkten und die Anpassungen der rechtlichen Rahmenbedingungen wird eine bedarfsgerechte Infrastruktur geschaffen. Diese erleichtert den Kunden von Elektrofahrzeugen zunehmend den Gebrauch und macht die Elektromobilität zur echten Mobilitätsalternative.

Kontakt: Dorothea Schneider und Katharina Dubel
Referat: Umweltinnovationen, Elektromobilität

Einigung auf der 10. WTO-Ministerkonferenz

Neue Herausforderungen für die Zukunft der WTO

Vom 15. bis 19. Dezember 2015 fand in Nairobi, Kenia, die 10. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) – die erste auf dem afrikanischen Kontinent – statt. Mit Beschlüssen im Agrar- und Entwicklungsbereich (Nairobi-Paket) sowie mit der Erweiterung der Zollbefreiungen für Informationstechnologiegüter konnte sie erfolgreich abgeschlossen werden.

Das Nairobi-Paket beinhaltet insbesondere Beschlüsse zu den Bereichen Agrarwirtschaft, Baumwolle und Entwicklung, gerade in Bezug auf die am wenigsten entwickelten Länder (Least developed countries, LDC). Nach dem Ergebnis der vorherigen Weltklimakonferenz in Paris war ein derartiger Verhandlungserfolg in der WTO aufgrund des vorausgegangenen schwierigen und zeitweise schleppenden Vorbereitungsprozesses nur noch von wenigen erwartet worden. Umso bedeutsamer ist der errungene Erfolg für die Rolle der Welthandelsorganisation als Forum für multilaterale Welthandelsverhandlungen.

Im Vorfeld hatten sich die Staats- und Regierungschefs auf dem G20-Gipfel am 16. November 2015 in Antalya für den Freihandel, für ein starkes multilaterales System und für eine erfolgreiche 10. WTO-Ministerkonferenz ausgesprochen.

Mit der erfolgreichen Kompromissfindung in Nairobi hat die WTO nach dem Bali-Paket von 2013, das neue Abkommen über Handelserleichterungen enthält, nun zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren substanzielle Ergebnisse hervorgebracht. Die Beitritte neuer Mitglieder, so aktuell von Kasachstan, Liberia und Afghanistan, sprechen ebenfalls für die Attraktivität dieser internationalen Organisation. Die WTO zählt nunmehr 164 Mitglieder, welche zusammen rund 98 Prozent des Welthandels repräsentieren.

Hinzu kommt der erfolgreiche Abschluss der dreieinhalbjährigen Verhandlungen über die Ausweitung des plurilateralen Informationstechnologieabkommens (ITA) auf zahlreiche neue Produkte der Informationstechnologie sowie der Medizintechnik (ITA II) zwischen 53 Vertragsparteien. Zudem wurde im Zusammenhang mit den Anstrengungen

zur Implementierung des Bali-Pakets von der 9. WTO-Ministerkonferenz 2013 in Indonesien nun in Nairobi die Global Alliance zwischen WTO-Mitgliedern und Vertretern der Privatwirtschaft gestartet. Sie soll die Umsetzung des neuen Abkommens über Handelserleichterungen gezielt und bedarfsorientiert unterstützen und befördern.

Im Einzelnen sind folgende Ergebnisse von Nairobi hervorzuheben:

Informationstechnologie: erweitertes und modernisiertes Abkommen ITA II

Ein wesentlicher Erfolg ist die Verständigung auf ein reformiertes Abkommen zur Zollfreiheit von Gütern aus dem Bereich der Informationstechnologie und Medizintechnik (ITA II) einschließlich des Fristentableaus für den Zollabbau. 53 WTO-Mitglieder beteiligen sich an diesem plurilateralen Abkommen; sie repräsentieren 90 Prozent des internationalen Handels mit den liberalisierten Waren. Es ist im Rahmen der WTO das erste Abkommen seit 18 Jahren mit konkreten Zollsenkungsverpflichtungen für Hightech-Produkte. Seit Abschluss des ursprünglichen IT-Abkommens im Jahr 1996 hat die rasante Weiterentwicklung der Informationstechnologie zahlreiche neue Produkte wie z. B. eine neue Generation von Halbleitern sowie Ausrüstung für deren Herstellung, optische Linsen, GPS-Geräte sowie Produkte der Medizintechnologie wie etwa Magnetresonanz-Tomographen und Ultraschall-Scanner hervorgebracht. Die WTO veranschlagt das dadurch begünstigte Handelsvolumen der Warenströme unter den entsprechenden 201 Tariflinien auf rund eine Billion Euro pro Jahr. Der Leiter der deutschen Delegation bei der WTO-Ministerkonferenz in Nairobi, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Machnig, begrüßte den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen über das ITA II-Abkommen und würdigte es als das wichtigste plurilaterale Abkommen der Weltwirtschaftsgemeinschaft. Die Verständigung darauf zeige, dass die WTO substanzielle Vereinbarungen zur Marktöffnung erreichen könne.

Das Abkommen öffnet den Weg zu einem Zollabbau für rund zehn Prozent des aktuellen Welthandels und das bei klaren zeitlichen Regelungen. So greift die erste Stufe des Zollabbaus für Hochtechnologieprodukte bereits mit Inkrafttreten des Abkommens, das für den 1. Juli 2016 vorgesehen ist. Der Abbau der verbleibenden Zölle unter den restlichen Tariflinien wird für die Vertragsparteien spätestens am 1. Juli 2024 abgeschlossen sein. Dieses Paket kann die globalen Wertschöpfungsketten in der IT-Industrie

sowie deren weitere Innovation fördern. Das kommt letztlich den Endverbrauchern zugute.

Der Abschluss der ITA II-Verhandlungen ist der erste breit angelegte Zollabbau im 21. Jahrhundert. Zudem kommen nicht allein die Vertragsparteien dieses Abkommens in den Genuss von dessen Vorteilen, vielmehr werden diese im Wege der Meistbegünstigung auf sämtliche WTO-Mitglieder erstreckt. Das reformierte Abkommen könnte Signalwirkung für weitere plurilaterale Ansätze für handelspolitische Fragestellungen entfalten. Dabei wird besonders darauf zu achten sein, dass diese Abkommen in Übereinstimmung mit den Vorgaben des WTO-Rechts und letztlich offen für eine spätere Multilateralisierung bleiben.

Agrarwirtschaft: Abbau von Exportsubventionen

Im Agrarbereich mündeten sehr kontroverse Verhandlungen und große Anstrengungen letztendlich doch in eine konkrete Vereinbarung über den Abbau von Exportsubventionen. Dieser soll zunächst und sofort allein für Industrieländer erfolgen, für Entwicklungsländer erst mit zeitlicher Verzögerung bis 2018. Auch andere Formen von Exportfördermaßnahmen wie Exportkredite, Nahrungsmittelhilfe und Aktivitäten von Staatshandelsunternehmen werden diszipliniert. Aus Sicht der EU und Deutschlands wären zwar noch weitergehende Beschränkungen wünschenswert gewesen. Gleichwohl sind die erreichten Beschlüsse ein wichtiges Signal: Agrarüberschüsse sollen nicht mehr mit-

tels Subventionen auf den Weltmärkten untergebracht werden und dort zu Handelsverzerrungen führen.

Forderungen einzelner Schwellenländer, das Thema Exportwettbewerb mit anderen, sachfremden Agrarthemen zu verknüpfen – insbesondere mit einem dauerhaften Mechanismus für die Erhebung von Schutzzöllen und mit Agrarsubventionen zur öffentlichen Lagerhaltung von Lebensmitteln –, waren in Nairobi nicht konsensfähig. Die beiden Themen sollen aber beschleunigt beraten werden.

Entwicklung: verbesserte Rahmenbedingungen für LDC

Im Bereich Entwicklung verabschiedete die WTO-Ministerkonferenz eine Entscheidung über Eckdaten für die Abfassung präferenzieller Ursprungsregeln für Güter aus LDC. Im Ergebnis sollen diese Güter leichter in den Genuss von Präferenzzöllen kommen und LDC dadurch besser in die globalen Wertschöpfungsketten eingebunden werden.

Für den Dienstleistungsbereich wurde eine Ausnahmegenehmigung („Waiver“) für LDC bis zum Jahr 2030 verlängert. Damit können auch Dienstleistungen aus diesen Ländern – mindestens bis zu diesem Zeitpunkt – eine präferenzielle Behandlung erfahren.

Weitergehende Vorschläge aus den Reihen der Entwicklungsländer – insbesondere zu so genannten „abkommensspezifischen Vorschlägen“ – erwiesen sich nicht als konsensfähig, vor allem auch deshalb, weil sie die erforderliche Unterscheidung zwischen Schwellenländern wie der Volksrepublik China einerseits und LDC wie etwa Bangladesch andererseits vermissen ließen.

Verhandlungsgruppe „Regeln“ ohne Einigung

Trotz intensiver Konsultationen gab es keine Einigung über Transparenzbestimmungen bei Antidumping-Maßnahmen und Subventionen.

Formen von Handelsabkommen

- Bilaterale Abkommen: Abkommen zwischen zwei Partnern (z. B. EU – Südkorea)
- Plurilaterale Abkommen: Abkommen zwischen mehreren Partnern (z. B. ITA II)
- Multilaterale Abkommen: Abkommen unter Beteiligung aller WTO-Mitglieder (z. B. das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT 1994)

Weiteres Vorgehen „post Nairobi“

Die zentrale Frage nach dem Fortgang der Verhandlungen „post Nairobi“ war besonders heftig umstritten. Das Meinungsspektrum reichte von einer unveränderten Fortführung der Doha-Runde mit der Doha Development Agenda (DDA) bis zu ihrem vollständigen Ende. Die Ministererklärung beantwortet die Frage mit einem Formelkompromiss: Einerseits bekennen sich alle WTO-Mitglieder zu einer Fortführung der Verhandlungen über die Doha-Themen. Andererseits werden auch eine Diskussion über neue Themen – wie etwa digitaler Handel oder Wettbewerb – und neue Verhandlungsformate wie plurilaterale Verhandlungen nicht ausgeschlossen.

Aus Sicht der Bundesregierung bedeuten die Ergebnisse von Nairobi auch eine institutionelle Stabilisierung des multilateralen Handelssystems. Diese ist auch wichtig, um zu verdeutlichen, dass die EU und Deutschland weiter auf globale Regeln zur Gestaltung des internationalen Handels setzen. Das schließt komplementäre bilaterale Verhandlungen, wie über ein Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zwischen der EU und den USA oder das CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) zwischen der EU und Kanada, nicht aus.

Herausforderungen für die Zukunft der WTO

Gleichwohl sollte der Erfolg von Nairobi nicht den Blick auf die Herausforderungen verschleiern, denen sich das multilaterale Handelssystem in Zukunft wird stellen müssen. Das Erfordernis, eine für die WTO-Mitgliedschaft zufriedenstellende Struktur für das zukünftige Verhandlungsgeschehen zu entwickeln und auf Veränderungen sowie Neuerungen im Welthandel einzugehen, wurde bereits angesprochen. Daneben zeichnen sich folgende weitere Elemente ab:

Die legitimen Interessen der Entwicklungsländer bedürfen weiterhin einer besonderen Aufmerksamkeit. Dabei muss den unterschiedlichen Entwicklungsgraden einzelner Länder noch stärker Rechnung getragen werden. So erscheint es nicht als angemessen und sachgerecht, Schwellenländer wie die Volksrepublik China mit LDC wie Bangladesch oder Myanmar in einem Korb zu behandeln und zu begünstigen.

Der Nairobi-Prozess hat zudem gezeigt, dass Ministerkonferenzen einer noch intensiveren politischen Vorbereitung und Begleitung durch die Handelsminister bedürfen. Ein wesentlicher Baustein dafür sollte die rasche Nominierung

des Vorsitzes der nächsten Ministerkonferenz werden. Der Handelsminister des Gastlandes ist Vorsitzender einer WTO-Ministerkonferenz. Diese tritt das nächste Mal spätestens im Dezember 2017 zusammen. Der Auswahlprozess für die Ausrichtung der nächsten, 11., WTO-Ministerkonferenz sollte möglichst zeitnah durchgeführt und frühzeitig zu einem Ergebnis gebracht werden.

Weitere Informationen stehen auf den folgenden Websites zur Verfügung:

http://www.bmwi.de/DE/Themen/Aussenwirtschaft/Handelspolitik/wto.html

http://ec.europa.eu/trade/trade-policy-and-you/contacts

http://www.wto.org

Kontakt: Dr. Hasso Rieck
Referat: Spezielle Handelspolitik (EU/WTO), Zollpolitik, Handelspolitische Instrumente
und Martin Lutz, Referat: Allgemeine Handelspolitik (EU/WTO); Dienstleistungen, Geistiges Eigentum

II.
Wirtschaftliche Lage

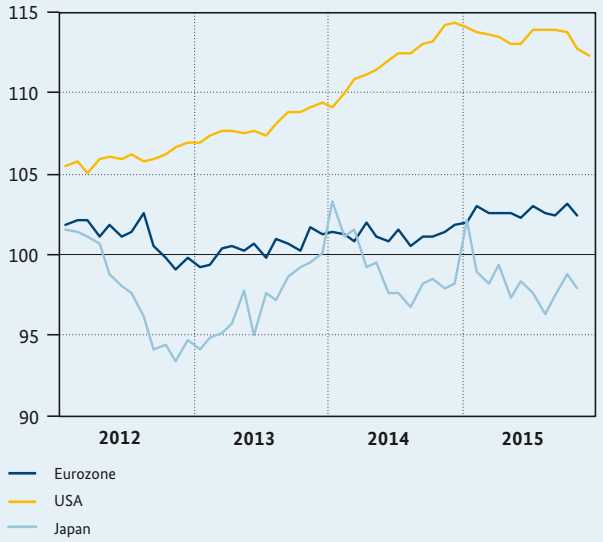
Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: heterogenes Bild.

Die Weltwirtschaft entwickelte sich im vergangenen Jahr wenig dynamisch. Die OECD geht nach ihrer letzten Einschätzung vom November von einem globalen Wachstum von 2,9 % im Jahr 2015 aus, nach einem Anstieg um 3,3 % im Jahr 2014. Dies lag vor allem an der langsameren Expansion in den Schwellenländern. In den Industrieländern war dagegen das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr relativ robust.

In China scheint sich die Verlangsamung des Wachstums fortzusetzen. Dies beeinträchtigt das Wachstum der chinesischen Handelspartner vor allem in Asien. Rohstoff exportierende Länder wie Russland oder Brasilien werden durch die niedrigen Öl- und Rohstoffpreise belastet. Die Abschwächung hat sich dort aber zuletzt verlangsamt. Für das laufende Jahr werden die Wachstumsperspektiven der Vereinigten Staaten und der japanischen Wirtschaft weiterhin positiv, aber vorsichtiger als zuvor eingeschätzt. Im Euroraum dürfte sich die konjunkturelle Erholung moderat fortsetzen.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

Im Oktober ist die weltweite Industrieproduktion etwas gestiegen. Dabei kamen die Zuwächse aus den Schwellen- und Industrieländern. Der globale Composite Einkaufsmanager Index von Markit ging, nach zwei Anstiegen, im Dezember etwas zurück. Das vom ifo Institut ermittelte Weltwirtschaftsklima schwächte sich im vierten Quartal weiter ab.

Insgesamt dürfte sich daher das globale Wirtschaftswachstum im weiteren Verlauf dieses Jahres nur wenig beschleunigen. Die OECD hat angesichts der gegenwärtig schwachen globalen Entwicklung ihre Prognose für das Wachstum der Weltwirtschaft für das Jahr 2016 im aktuellen Economic Outlook vom November um 0,5 Prozentpunkte auf 3,3 % nach unten korrigiert. Die Weltbank erwartet in ihrer Prognose von Januar für das Jahr 2016 ein Wachstum der globalen Wirtschaft mit Kaufkraftparitäten gewichtet von nur noch 3,6 %.

USA: mit verlangsamtem Wachstum.

Im dritten Quartal 2015 schwächte sich die Wachstumsdynamik der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung in den Vereinigten Staaten erwartungsgemäß etwas ab und blieb mit einem Anstieg von 0,5 % hinter der hohen Wachstumsrate des zweiten Quartals (1,0 %) zurück. Die Wachstumsverlangsamung ist auf eine weniger dynamische Entwicklung in nahezu allen Verwendungsbereichen zurückzuführen. Der wichtigste Wachstumstreiber blieb weiterhin die Nachfrage der privaten Haushalte.

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief im zweiten Halbjahr bisher verhalten. Die Industrieproduktion ging im Dezember weiter zurück. Der Ausstoß im Bereich Energie leidet unter den niedrigen Ölpreisen. Der nationale Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe ist im Dezember zum sechsten Mal in Folge gesunken. Der konsolidierte Markit Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen nahm im Dezember ebenfalls ab. Die Verschlechterung der Frühindikatoren für die Industrie wird mit den eingetrübten Geschäftsaussichten der Rohstoffproduzenten in Verbindung gebracht. Der anhaltend starke Dollar dürfte zudem die Exportwirtschaft belasten. Die Beschäftigung nahm im November dennoch weiter deutlich zu. Im Gesamtbild erscheint der Aufschwung in den USA aber etwas gebremst. Die amerikanische Zentralbank schätzt den Aufschwung jedoch als robust ein und hat im Dezember die Leitzinsen leicht erhöht. Die OECD behielt ihre Pro-

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt
Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2014 Q3	2014 Q4	2015 Q1	2015 Q2	2015 Q3
Euroraum	0,3	0,4	0,5	0,4	0,3
USA	1,1	0,5	0,2	1,0	0,5
Japan	-0,7	0,5	1,1	-0,1	0,3

Arbeitslosenquote
Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

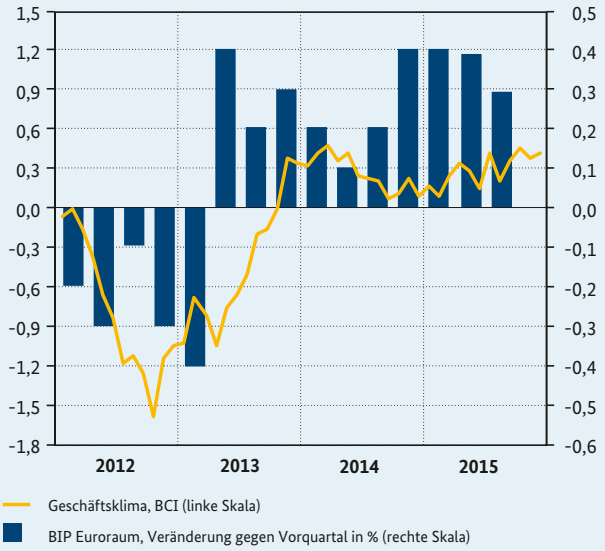
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Euroraum	10,8	10,7	10,6	10,5	-
USA	5,1	5,1	5,0	5,0	5,0
Japan	3,4	3,4	3,1	3,3	-

Verbraucherpreise
Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Euroraum	0,1	-0,1	0,1	0,2	0,2
USA	0,2	0,0	0,2	0,5	-
Japan	0,2	0,0	0,3	0,3	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

Euroraum: BIP und Geschäftsklima
(saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Europäische Kommission

gnose vom September für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2015 in Höhe von 2,4 % in ihrem aktuellen Economic Outlook vom November bei. Für das Jahr 2016 geht die OECD von einer leichten Beschleunigung auf 2,5 % aus.

Japan: schwächere Wachstumsdynamik.

Die japanische Wirtschaft expandiert weiter in moderatem Tempo. Das BIP stieg im dritten Quartal um 0,3 %. Die Industrieproduktion nahm zuletzt etwas ab, bewegt sich seit Jahresbeginn jedoch sehr volatil seitwärts.

Der Markit-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe befindet sich seit Mai oberhalb der Expansionsschwelle und blieb im Dezember stabil. Die Beschäftigung nahm im November weiter gegenüber dem Vorjahresmonat zu. Auch der Tankan-Index des vierten Quartals weist auf einen anhaltenden Beschäftigungsaufbau hin. Die Lohneinkommen haben im Oktober ihren moderaten Anstieg fortgesetzt. Die Verbraucherpreise weisen allerdings nach wie vor wenig Dynamik auf. Der Ausblick für die japanische Wirtschaft hat sich jedoch angesichts der geschwächten Exportnachfrage aus dem asiatischen Raum und insbesondere aus China eingetrübt. In seinem aktuellen Economic Outlook vom November geht die OECD von einem Wirtschaftswachstum von 0,6 % für das Jahr 2015 und 1,0 % für das Jahr 2016 aus.

Euroraum: fortschreitende Erholung.

Im Euroraum setzt sich die moderate Erholung fort. Die wirtschaftliche Aktivität ist im dritten Quartal 2015 preis- und saisonbereinigt um 0,3 % gestiegen, nach einem Anstieg um 0,4 % im zweiten und 0,5 % im ersten Quartal. Von den großen Mitgliedstaaten wuchs vor allem die spanische Wirtschaft dynamisch. Frankreich erzielte zuletzt ein Quartalswachstum von 0,3 %. In Italien war das Wirtschaftswachstum nach der Rezession mit +0,2 % im dritten Quartal das dritte Quartal in Folge positiv.

Die Industrieproduktion im Eurogebiet ging nach einem Anstieg im Vormonat im November allerdings wieder zurück und entwickelt sich derzeit ohne Schwung. Der Economic Business Climate Indicator hat sich im Dezember jedoch erhöht. Der Einkaufsmanagerindex liegt über der Wachstumsschwelle und konnte sich im Dezember ebenfalls verbessern. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote nahm im November ab und liegt bei 10,5 %. Die Konjunktur im Euroraum dürfte sich weiter festigen, was durch den niedrigen Ölpreis und den schwachen Wechselkurs unterstützt wird. Die OECD erwartet für das Jahr 2015 ein Wachstum im Euroraum in Höhe von 1,5 %. Für das Jahr 2016 geht sie von einer Beschleunigung auf 1,8 % aus.

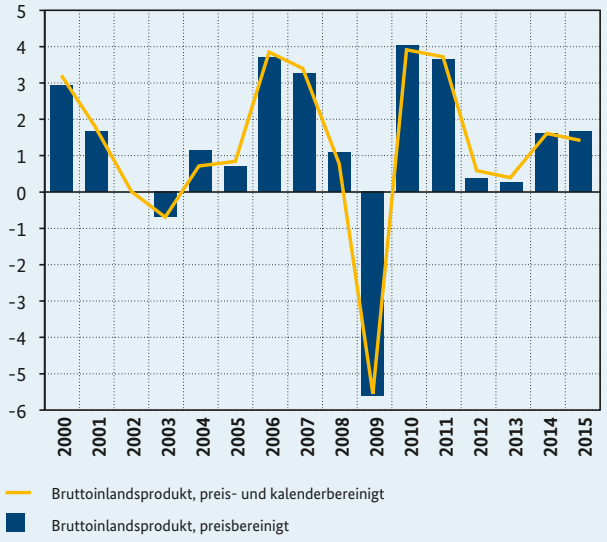
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2015 solide um 1,7 % gegenüber dem Vorjahr gewachsen.

In der deutschen Wirtschaft überwiegen nach wie vor die Auftriebskräfte, obwohl aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld gegenwärtig nicht nur positive Signale kommen.[1] Die Industrieproduktion erfuhr im November 2015 einen Dämpfer, doch die zuletzt gemeldeten Auftragseingänge stimmen zuversichtlich. Im Berichtsmonat November nahm die Bauproduktion wieder etwas Fahrt auf. In den kommenden Monaten dürfte sich die Belebung insbesondere im Bereich des Wohnungsbaus fortsetzen. Die Konjunktur in den stärker binnenwirtschaftlich ausgerichteten Dienstleistungsbereichen blieb aufwärtsgerichtet. Konjunkturell stützend wirken weiterhin der deutliche Ölpreisrückgang, die niedrigen Zinsen und der für die Exportwirtschaft günstige Wechselkurs des Euro. Die hohe Zuwanderung von Flüchtlingen löst, wenngleich in überschaubarer Größenordnung, ebenfalls Nachfrageimpulse aus. Alles zusammengenommen dürfte die Wirtschaftsleistung in Deutschland auch im Schlussquartal ausgeweitet worden sein.

Bruttoinlandsprodukt
(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Quelle: StBA

2. Produzierendes Gewerbe

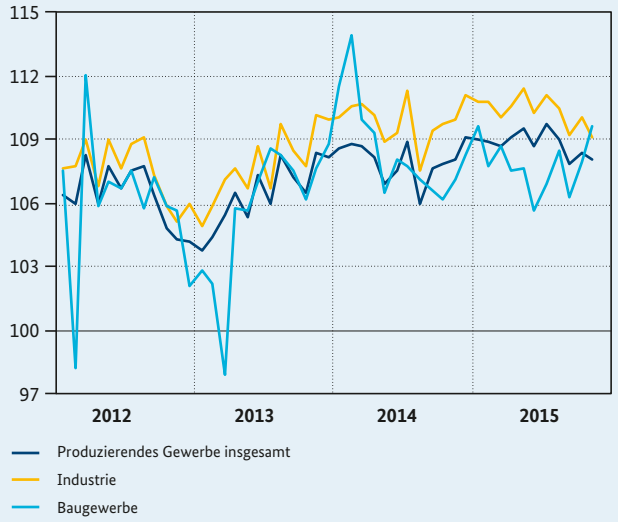
Die Schwächephase der Industrie setzt sich weiter fort.

Das Geschäftsklima im Bau steigt auf Rekordniveau.

Das Produzierende Gewerbe hat seine Schwächephase, ausgelöst durch das schwierige außenwirtschaftliche Umfeld, noch nicht überwunden. Nach einer kurzen Erholung im Oktober ging die Produktion im Produzierenden Gewerbe im November um 0,3 % gegenüber dem Vormonat zurück. Deutliche Einbußen in der Industrie waren hierfür ausschlaggebend. Diese konnten auch durch Produktionsanstiege im Bausektor und bei der Energieerzeugung nicht kompensiert werden. Das zuletzt weiter aufgehellte Geschäftsklima des ifo Konjunkturtests kündigt jedoch eine einsetzende Erholung der Industrie an.

Die Wachstumsdelle der Industrie setzt sich auch ins Jahresschlussquartal hinein fort. Im November sank die Erzeugung spürbar um 0,8 % gegenüber dem Vormonat. Für den Rückgang war das schwache Ergebnis bei den Investitionsgütern verantwortlich (-3,3 %). In den wichtigen Branchen Kfz und Maschinenbau schrumpfte das Produktionsvolu-

Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Januar 2016 vorlagen.

men nach einem positiven Oktoberergebnis erneut deutlich (-4,6 % und -3,7 %). Die Erzeugung der Konsumgüter erholte sich hingegen etwas (+1,9 %) und auch die Vorleistungsgüterproduzenten konnten ein Produktionsplus verbuchen (+1,1 %).

Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

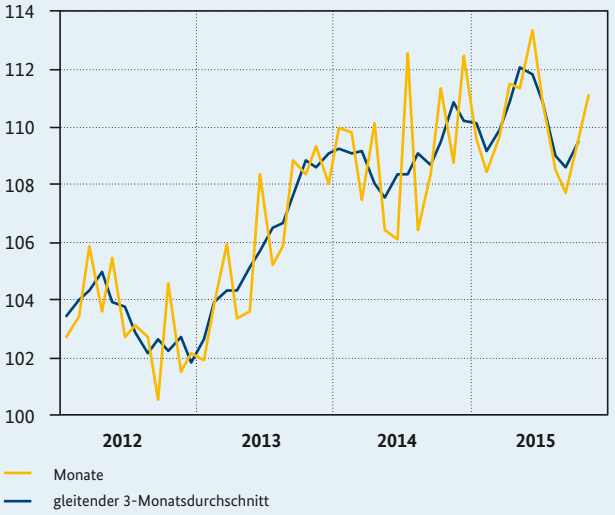
	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
Produktion					
Insgesamt	0,2	-0,5	-1,1	0,7	-0,8
Vorleistungsgüter	-0,3	-0,7	0,1	-1,0	1,1
Investitionsgüter	0,4	-0,1	-1,2	2,5	-3,3
Konsumgüter	0,9	-1,0	-3,4	0,0	1,9
Umsätze					
Insgesamt	0,8	-0,6	-1,3	1,9	-2,3
Inland	0,1	-0,6	-1,2	2,6	-2,4
Ausland	1,5	-0,6	-1,4	1,4	-2,1
Auftragseingänge					
Insgesamt	2,6	-2,7	-0,7	1,7	1,5
Inland	-0,7	0,3	-0,4	1,4	2,6
Ausland	5,1	-4,8	-1,1	1,9	0,6
Vorleistungsgüter	0,2	-1,1	0,2	-0,1	4,8
Investitionsgüter	4,1	-3,6	-1,5	2,5	-0,1
Konsumgüter	2,8	-3,3	-0,7	5,0	-2,4

Quellen: StBA, BBk

Bei den Umsätzen in der Industrie war der leichte Rückgang im November ebenfalls auf das deutlich rückläufige Ergebnis der Investitionsgüterproduzenten zurückzuführen. Die Vorleistungs- und Konsumgüterproduzenten leisteten hingegen positive Beiträge. Auch in der Tendenz stellt sich die Entwicklung der Industrieumsätze rückläufig dar.

Für die kommenden Monate kündigt sich eine Belebung der Industriekonjunktur an. Nach der rückläufigen Entwicklung im dritten Quartal setzte sich die Erholung bei den Auftragseingängen in der Industrie mit einem Auftragsplus im November den zweiten Monat in Folge fort. Insbesondere die Aufträge aus dem Inland nahmen zu, aber auch aus dem Nicht-Euroraum trafen mehr Bestellungen ein als im Vormonat. Die Nachfrage aus dem Euroraum schwächte sich hingegen ab. Getragen wird das gute Novemberergebnis von einem außerordentlichen Zuwachs der Aufträge im Bereich der Vorleistungsgüter. Diese hatten sich in den letzten Monaten schwach entwickelt. Vor allem

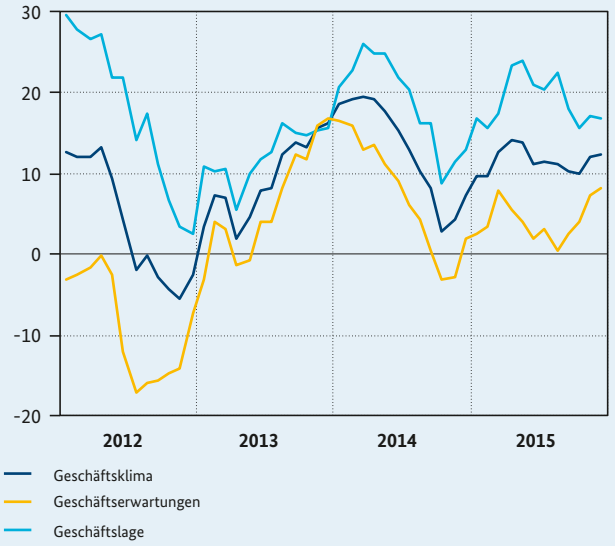
Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

in der Metallerzeugung und bei chemischen Erzeugnissen stieg das Auftragsvolumen signifikant an. Die Auftragslage im Bereich der Investitionsgüter blieb nahezu konstant. Bei Konsumgütern gingen die Auftragseingänge nach sehr guten Zahlen im Oktober zurück. Der Auftragsbestand ist – mit tendenziell abnehmender Rate – höher als vor Jahresfrist. Die Reichweite der Aufträge lag im November weiter bei 4,8 Monaten.

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe
(saisonbereinigt, Salden)



Quelle: ifo Institut

Die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe ist zuversichtlich und hellte sich zuletzt erneut auf. Insbesondere hinsichtlich der kommenden Monate hat der Optimismus in den Unternehmen zugenommen. Im Gesamtbild mit der anziehenden Nachfrageentwicklung spricht dies für eine langsame Beschleunigung der Industriekonjunktur in den nächsten Monaten.

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion					
	Q2	**Q3**	**Sept.**	**Okt.**	**Nov.**
Insgesamt	-1,6	0,3	-2,0	1,6	1,6
Bauhauptgewerbe	-0,7	-0,7	1,1	2,5	2,3
Ausbaugewerbe	-2,7	1,3	-5,5	0,6	0,9
Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe					
	Q2	**Q3**	**Aug.**	**Sep.**	**Okt.**
Insgesamt	-4,6	0,2	0,0	7,2	-5,1
Hochbau	-2,8	3,0	-3,1	12,5	-11,2
Wohnungsbau*	-4,9	11,5	-10,6	23,0	-17,9
Gewerblicher*	0,4	-3,2	1,9	8,9	-11,8
Öffentlicher*	-7,4	-0,7	5,7	-7,4	19,9
Tiefbau	-6,7	-3,1	3,8	1,3	2,8
Straßenbau*	-6,1	1,2	11,4	-3,9	-7,6
Gewerblicher*	-5,5	-4,3	-0,2	-0,8	15,7
Öffentlicher*	-9,1	-7,1	-1,7	13,0	0,5
Öffentlicher Bau insg.	-7,4	-2,0	6,0	0,6	0,0

Quellen: StBA, BBk

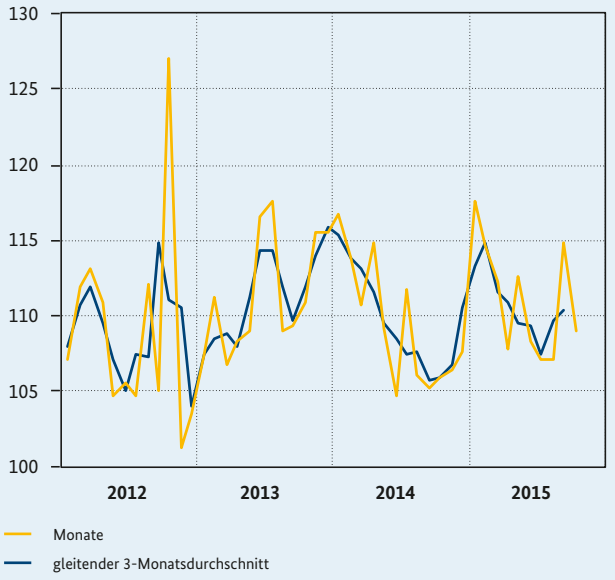
* Angaben in jeweiligen Preisen

Die Bauproduktion verzeichnete im November erneut Zuwächse. Die milde Witterung im November dürfte sich hierbei begünstigend ausgewirkt haben. Auch in der Tendenz zeigt sich die Erzeugung aufwärtsgerichtet. Dieses positive Bild zeigt sich auch bei der differenzierten Betrachtung der einzelnen Teilbereiche, die alle in den letzten zwei Monaten ansteigende Produktionszahlen verbuchen konnten.

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gingen im November zurück. Nach dem kräftigen Anstieg im Oktober dürfte es sich hierbei um einen Rückpralleffekt handeln. Insbesondere im Wohnungsbau entwickelten sich die Auftragseingänge zuletzt sehr volatil.

Die Stimmung in den Bauunternehmen trübte sich nach dreimaligem Anstieg und dem Rekordwert im November leicht ein. Ausschlaggebend waren gegenüber dem Vormonat

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

zurückgenommene Erwartungen. Ihre Lage beurteilten die Bauunternehmer hingegen positiver. Günstige Finanzierungsbedingungen durch das niedrige Zinsumfeld, positive Einkommenserwartungen und die gute Situation am Arbeitsmarkt sprechen jedoch weiterhin für eine günstige Entwicklung insbesondere des Wohnungsbaus. Der im Zuge der Flüchtlingsmigration deutlich angestiegene Wohnraumbedarf dürfte hier ebenfalls eine Rolle spielen. Insgesamt wird daher mit einer Fortsetzung der Belebung im Bausektor gerechnet.

3. Privater Konsum

Der private Konsum entwickelte sich im vergangenen Jahr ausgesprochen kräftig.

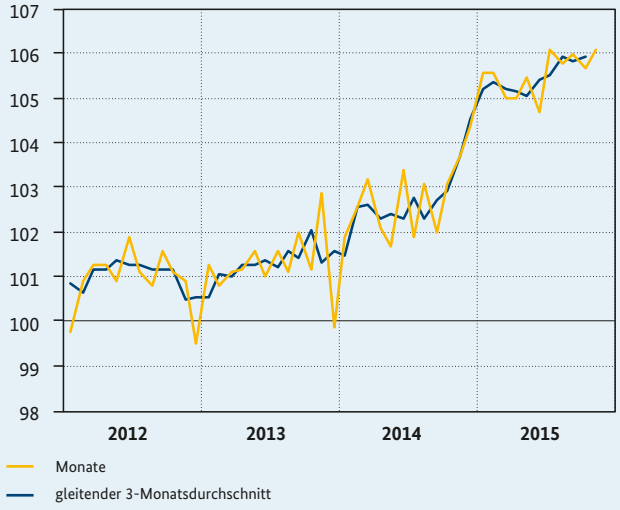
Das aktuelle Umfeld spricht für eine Fortsetzung der guten Binnenkonjunktur.

Der private Konsum bleibt die treibende Kraft hinter der konjunkturellen Entwicklung in Deutschland. Die privaten Konsumausgaben wurden im vergangenen Jahr kräftig um 1,9 % ausgeweitet – der größte Zuwachs seit 15 Jahren. Sie haben damit einen erheblichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum geleistet. Auch im laufenden Jahr dürfte sich der private Konsum angesichts der guten Situation am Arbeits-

markt und einer weiterhin moderaten Preisentwicklung dynamisch entwickeln.

Die Umsätze im Einzelhandel hatten sich zuletzt etwas weniger dynamisch gezeigt. Sie sind im November aber wieder recht deutlich um 0,4 % gestiegen. Auch die Umsätze im Kfz-Handel wurden ausgeweitet. Nach einem Plus von 0,4 % im September sind die Kfz-Umsätze im Oktober um weitere 0,6 % gestiegen. Dies spricht dafür, dass die schwache Umsatzentwicklung im dritten Quartal lediglich eine temporäre Erscheinung war.

Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)

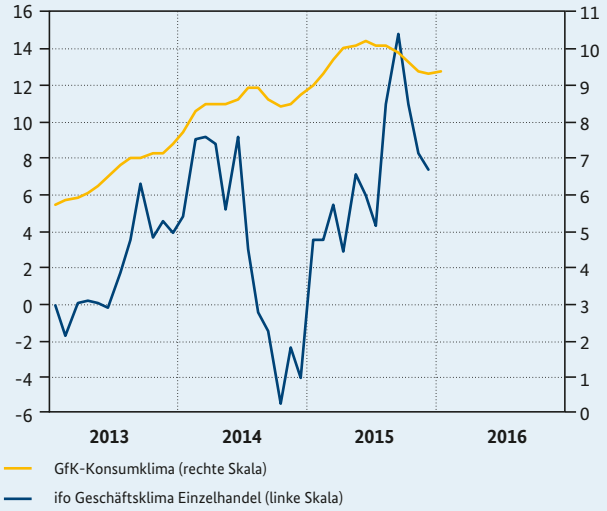


Quellen: StBA, BBk

Auch die Stimmung unter den Einzelhändlern ist weiterhin überdurchschnittlich gut. Gleichwohl hat sich das ifo Geschäftsklima in den letzten Monaten etwas eingetrübt. Vor allem die aktuelle Geschäftslage wird etwas weniger gut eingeschätzt als noch im Herbst 2015. Das GfK-Konsumklima der Verbraucher befindet sich ebenfalls weiterhin auf einem hohen Niveau.

Angesichts der anhaltend positiven Beschäftigungsentwicklung und den damit verbundenen Einkommenszuwächsen bildet der private Konsum weiterhin die wichtigste Grundlage für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland. Auch die aktuelle Flüchtlingsmigration dürfte zusätzliche Nachfrageimpulse liefern.

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK

4. Außenwirtschaft

Die Exporte erholten sich im November leicht.

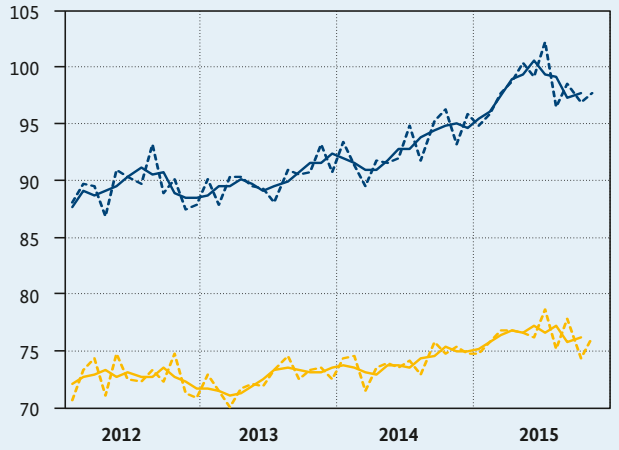
Die Exportaussichten bleiben zurückhaltend.

Angesichts der schwachen Dynamik des Welthandels und der Weltwirtschaft nahm auch die Aufwärtsdynamik des deutschen Außenhandels im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres ab.[2] Im November 2015 wurden Waren und Dienstleistungen im Wert von 119,2 Mrd. Euro ausgeführt, 8,1 % mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat. Gegenüber dem Vormonat sind die Ausfuhren insgesamt saisonbereinigt um 1,1 % gestiegen. In der Tendenz blieben sie aber mit -1,3 % im Dreimonatsvergleich leicht rückläufig. Die Ausfuhrpreise nahmen im November anders als in den Vormonaten geringfügig zu. Im bisherigen Jahresverlauf bis einschließlich Oktober entwickelten sich die Ausfuhren an Waren in Länder außerhalb der Eurozone im Jahr 2015 etwas dynamischer (+7,4 %) als die Ausfuhren in die Eurozone (+5,3 %). Deutlich rückläufig waren die Exporte nach Russland (-27,2 %). Die Ausfuhren nach China schwächten sich um 4,2 % ab.

2 Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.

Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen erhöhten sich in jeweiligen Preisen im November saisonbereinigt um 2,3 %. In der Tendenz entwickeln sich die Einfuhren bei einem Dreimonatsvergleich von -0,3 % gegenwärtig eher seitwärts. Die Einfuhrpreise gingen wie schon in den Vormonaten im November zurück (-0,2 %).

Warenhandel
(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik BBk

Außenhandel*

	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik) Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	3,2	0,3	2,2	-2,1	1,1
Einfuhr	1,5	1,3	4,0	-4,7	2,3
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik) Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	9,1	5,7	4,3	3,2	7,7
Eurozone	7,4	6,1	6,9	5,5	8,8
EU Nicht-Eurozone	11,0	8,1	8,1	7,5	10,8
Drittländer	9,6	4,2	0,3	-0,9	5,1
Einfuhr	4,8	5,1	4,0	3,0	5,3
Eurozone	4,1	5,9	6,6	2,5	5,5
EU Nicht-Eurozone	6,2	7,7	7,1	5,3	8,2
Drittländer	4,9	2,7	-1,0	2,3	3,4

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

In jeweiligen Preisen ergab sich im November beim Handel mit Waren und Dienstleistungen ein Überschuss von saisonbereinigt 18,5 Mrd. Euro und für die Leistungsbilanz von 22,1 Mrd. Euro. Für das Jahr 2015 kumulieren sich die Leistungsbilanzüberschüsse in Ursprungszahlen bis November auf 224,0 Mrd. Euro. Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr (+19,6 %) ist maßgeblich auf die geringere Ölrechnung zurückzuführen.

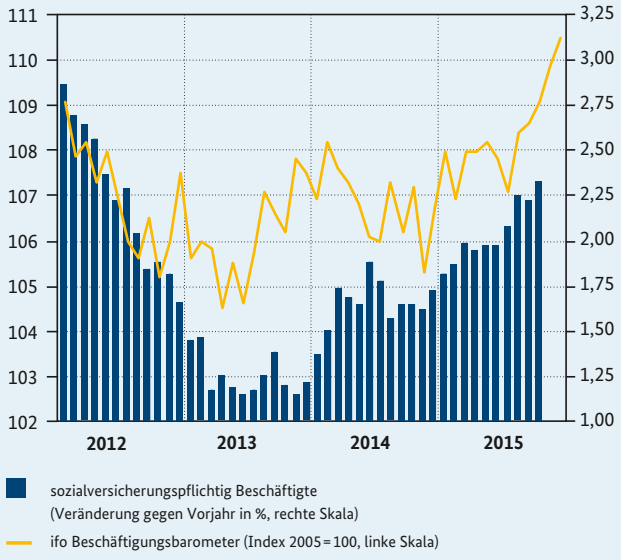
Die nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft deuten auf eine verhalten positive Exportentwicklung hin. Die Bestellungen aus dem Ausland haben sich weiter erholt, waren jedoch im dritten Quartal speziell aus dem Nicht-Euroraum rückläufig. Die Auslandsumsätze sind im November dagegen etwas gesunken. Die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sind im Dezember wieder deutlich gestiegen.

5. Arbeitsmarkt

Die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt hält an.

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt hielt angesichts des soliden konjunkturellen Aufschwungs im Jahr 2015 an. Die Erwerbstätigkeit stieg erneut kräftig um 324.000 auf jahresdurchschnittlich 43,0 Mio. Personen. Noch deutlich

ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

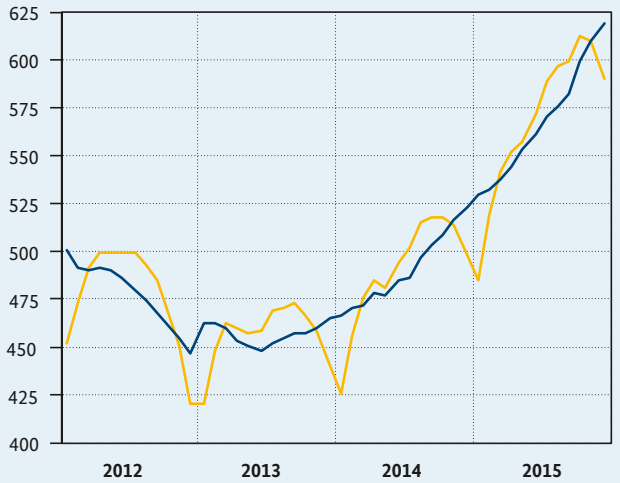


Quellen: BA, ifo Institut

stärker erhöhte sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit ging um 104.000 auf jahresdurchschnittlich 2,795 Mio. Personen zurück. Die Arbeitslosenquote sank um 0,3 Prozentpunkte auf 6,4 %. Die Nachfrage nach Arbeitskräften nahm weiterhin zu. Die jüngste kräftige Zuwanderung durch Flüchtlinge blieb in ihren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt noch begrenzt.

Die Frühindikatoren deuten eine Fortsetzung der guten Entwicklungen am Arbeitsmarkt an. Der monatliche Anstieg des ifo Beschäftigungsbarometers seit Sommer 2015 setzte sich auch im Dezember 2015 fort. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stieg im Dezember ebenfalls leicht und verblieb über dem neutralen Wert. Der BA-X Stellenindex, in dem alle der BA bekannten Informationen zum Stellenangebot gebündelt werden, stieg auf ein neues Höchstniveau.

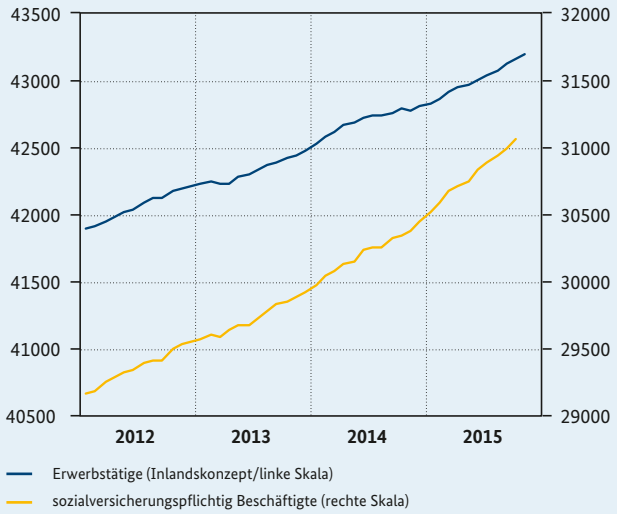
Gemeldete Arbeitsstellen
(in 1000)



Quellen: BA, BBk

Bei der Erwerbstätigkeit setzte sich im November der positive Trend fort. Saisonbereinigt nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Inland um 42.000 Personen zu. In Ursprungszahlen wurden 43,5 Mio. Erwerbstätige gezählt, 423.000 Personen mehr als vor einem Jahr.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
(in 1000, saisonbereinigt)



Quellen: BA, StBA, BBk

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm im Oktober saisonbereinigt um 60.000 Personen zu, doppelt so stark wie die Erwerbstätigkeit in diesem Monat. Gegenüber dem Stand vor einem Jahr war sie um 713.000 Personen gestiegen (Ursprungszahl).

Nahezu alle Branchen verzeichneten binnen Jahresfrist Zuwächse an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Den absolut stärksten Anstieg hatte im Oktober der Bereich Pflege und Soziales (+93.000 Personen), der Handel (+83.000 Personen), die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (+75.000) und die qualifizierten Unternehmensdienstleistungen (+69.000).

Die sonstigen Formen der Erwerbstätigkeit haben gegenüber dem Vorjahr überwiegend an Bedeutung verloren. Die Zahl der Selbständigen ist im dritten Quartal 2015 weiter deutlich um 98.000 gegenüber dem Vorjahresquartal auf 4,31 Mio. Personen gesunken. In Arbeitsgelegenheiten waren im November 83.000 ALG-II-Empfänger beschäftigt, 19 % weniger als im Vorjahr. Rund 4,82 Mio. ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte wurden im Oktober ermittelt, 201.000 weniger als vor Jahresfrist. Insgesamt 2,57 Mio. Personen bzw. 8,2 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten übten zusätzlich einen geringfügig entlohnten Nebenjob aus, 68.000 Personen mehr als vor einem Jahr.

Arbeitsmarkt

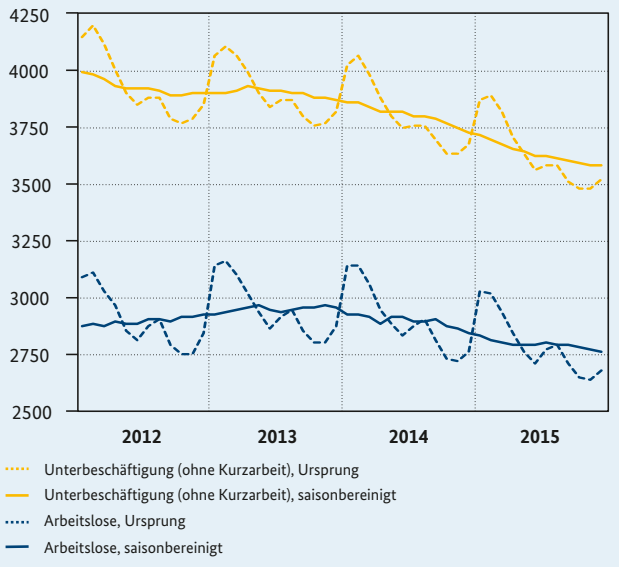
Arbeitslose (SGB III)	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,759	2,655	2,649	2,633	2,681
gg. Vorjahr in 1.000	-102	-83	-83	-84	-82
gg. Vorperiode in 1.000*	1	-23	-7	-14	-13
Arbeitslosenquote	6,3	6,0	6,0	6,0	6,1
Erwerbstätige (Inland)					
	Q2	**Q3**	**Sept.**	**Okt.**	**Nov.**
in Mio.	43,0	43,2	43,4	43,5	43,5
gg. Vorjahr in 1.000	286	335	368	376	423
gg. Vorperiode in 1.000*	110	107	49	32	42
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte					
	Q2	**Q3**	**Aug.**	**Sept.**	**Okt.**
in Mio.	30,7	31,0	31,0	31,3	31,4
gg. Vorjahr in 1.000	330	316	682	681	713
gg. Vorperiode in 1.000*	167	176	57	57	60

Quellen: BA, StBA, BBk

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Die registrierte Arbeitslosigkeit verringerte sich im Dezember saisonbereinigt weiter um 14.000 Personen. Jahreszeitlich üblich stieg die Arbeitslosigkeit nach Ursprungszahlen um 48.000 auf 2,681 Mio. Personen. Der Vorjahresstand wurde um 82.000 Personen unterschritten. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen sank im Dezember auf 1,01 Mio. Personen.

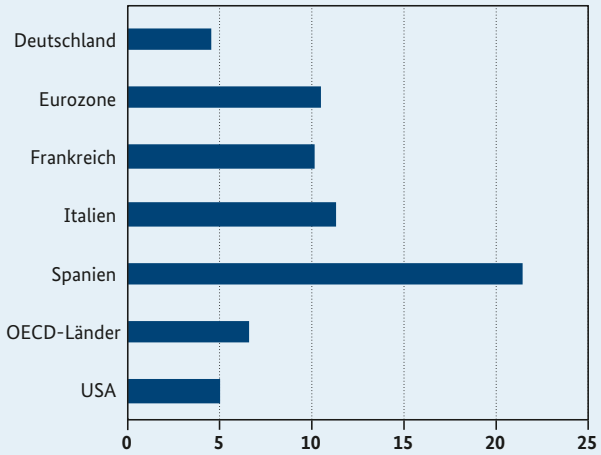
Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung
(in 1000)



Quellen: BA, IAB, BBk

Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote betrug im November weiterhin 4,5 %. Im internationalen Vergleich hat Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

Internationale Erwerbslosenquoten
(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: November 2015)



Quelle: Eurostat

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, belief sich im Dezember auf 3,52 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Im Vergleich zum Vorjahr ging die Unterbeschäftigung um 147.000 Personen zurück. Gegenüber dem Vormonat nahm sie saisonbereinigt um 4.000 Personen ab; die tendenziell günstige Entwicklung hält somit an.

6. Preise

Niedrige Energiepreise sorgen im Jahr 2015 für schwachen Preisauftrieb auf allen Wirtschaftsstufen.

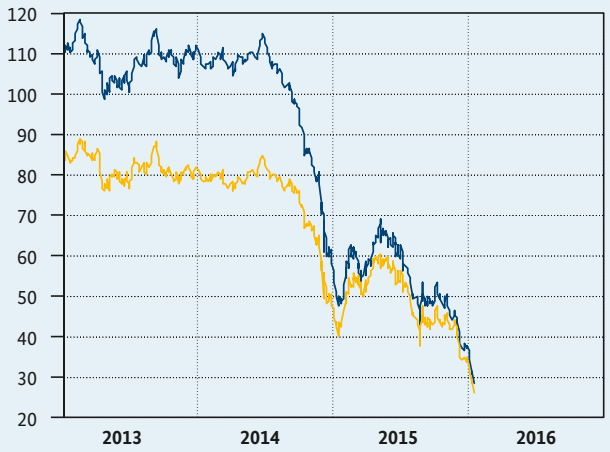
Die Verbraucherpreise steigen im Jahresdurchschnitt 2015 deutlich abgeschwächt um 0,3 %.

Rohölpreis setzt zum Jahresbeginn 2016 seinen Sinkflug fort.

Die Preisentwicklung in Deutschland verlief im zurückliegenden Jahr in sehr ruhigen Bahnen. Die Inflationsrate erreichte nach vorläufigen Angaben im Jahr 2015 mit einer Preissteigerung von 0,3 % den niedrigsten Wert seit dem

Krisenjahr 2009. Maßgeblich hierfür war der starke Preisverfall bei den Energiepreisen. Allein der Rohölpreis der Sorte Brent fiel von Juni 2014 bis Januar 2016 von knapp 116 auf 30 US-Dollar je Barrel. Damit erreichte der Ölpreis zum Jahresbeginn 2016 einen neues 12-Jahres-Tief. Ursächlich für die Talfahrt ist das weltweite Überangebot bei einer schwächelnden Nachfrage, nicht zuletzt aus China. Auch im Jahr 2016 dürfte sich die dämpfende Wirkung des Ölpreises weiter fortsetzen.

Rohölpreis der Sorte Brent
(je Barrel)

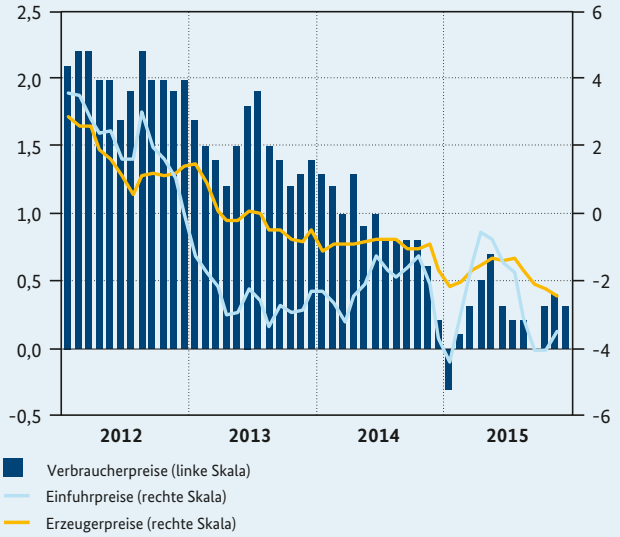


Quelle: Macrobond

Die Einfuhrpreise verringerten sich im November bereits den siebten Monat in Folge (-0,2 %). Vor allem Rohstoffe und Halbwaren konnten preiswerter importiert werden. Dazu trug in erster Linie der anhaltende Preisverfall bei Erdöl und Erdgas bei, der sich zum Jahresende 2015 wieder beschleunigte. Im Vorjahresvergleich fielen die Importpreise etwas schwächer als im Vormonat um 3,5 %. Ohne die Berücksichtigung der Energiepreise stiegen die Preise für nach Deutschland eingeführte Waren um 0,5 % im Vergleich zum Vorjahr.

Die Ausfuhrpreise erhöhten sich im November gegenüber dem Vormonat leicht (+0,1 %). Binnen Jahresfrist konnten die deutschen Exporteure ihre Preise um 0,3 % anheben. Überdurchschnittlich stiegen im Vorjahresvergleich die Exportpreise für Investitionsgüter. Vorleistungsgüter- und Energieproduzenten senkten dagegen die Preise. Die Preisrelation im Außenhandel (Terms of Trade) verbesserte sich

Preisentwicklung
(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Quelle: StBA

im November mit 3,8 % gegenüber dem Vorjahreswert weniger stark als zuvor.

Die industriellen Erzeugerpreise setzten im November ihren Abwärtstrend fort (-0,2 %). Vor allem die Energie- und Vorleistungsgüterpreise gingen weiter zurück. Auf Jahressicht verringerten sich die Kosten der Unternehmen für Vorprodukte um 2,5 %. Die Energiepreise sanken im Vorjahresvergleich deutlich, da sich hier der Rohstoffpreisrückgang unmittelbarer auswirkt als bei anderen Komponenten. Erheblich günstiger für die Produzenten waren z. B. Mineralölerzeugnisse, die sich binnen Jahresfrist um 14,7 % verbilligten. Etwas weniger stark gaben die Preise für Vorleistungs- und Verbrauchsgüter nach. Gebrauchsgüter und Investitionsgüter verteuerten sich dagegen moderat.

Die Verbraucherpreise sind im Dezember vorläufigen Angaben zufolge um 0,1 % gesunken. Während es zur Weihnachtszeit die saisontypischen Aufschläge bei Pauschalreisen gab, gingen die Preise für Energie und Nahrungsmittel zum Jahresende zurück. Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhten sich die Konsumentenpreise im Dezember um 0,3 %. Etwas weniger stark dämpfend als in den Vormonaten wirkte der Rückgang der Energiepreise. Die Kerninflationsrate, ohne die volatilen Energie- und Nahrungsmittelpreise, war mit einer Preissteigerungsrate von 1,1 % etwas geringer als zuvor. Im Verlauf des vergangenen Jahres bewegte sie sich weitgehend seitwärts.

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Nov.	Dez.	Nov.	Dez.
Insgesamt	0,1	-0,1	0,4	0,3
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,0	0,4	1,2	1,1
Nahrungsmittel	0,2	-0,4	2,3	1,4
Pauschalreisen	2,6	13,7	-1,0	0,3
Energie	0,1	-2,9	-7,5	-6,5
Dienstleistungen	0,2	0,7	1,2	1,2
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,0	-0,4	-	-

Quellen: StBA, BBk

7. Monetäre Entwicklung

Zinserhöhungen in den USA.

Niedrigere Einlagezinsen in Europa.

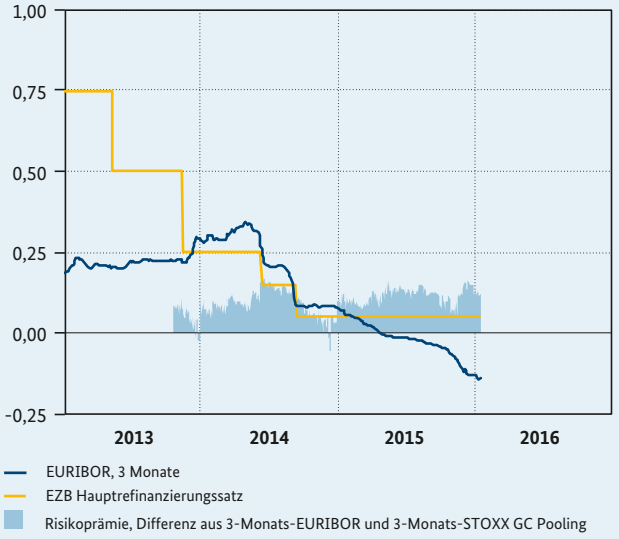
Die Europäische Zentralbank (EZB) beließ ihre Leitzinsen weiterhin unverändert und setzt ihre expansive Geldpolitik fort. Seit September 2014 liegt der Hauptrefinanzierungssatz bei 0,05 %. Die Einlagenfazilität wurde auf -0,30 % abgesenkt. Zudem führt die EZB geldpolitische Sondermaßnahmen im Rahmen des Erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (EAPP) durch, um den Markt zusätzlich mit Liquidität zu versorgen. Das Ankaufprogramm soll bis März 2017 fortgesetzt werden. Ihre Bilanz hat die EZB durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,03 auf 2,78 Billionen Euro ausgeweitet.

EZB Bilanzsumme
(in Bio. Euro)

Quellen: EZB, Macrobond

Angesichts der weiter positiven Arbeitsmarktdaten und als Vorsorge zur Gewährleistung der Preisstabilität hat die amerikanische Notenbank (FED) den Leitzins mit Entscheidung vom 16. Dezember 2015 um ein Viertel Prozentpunkt auf 0,25 bis 0,50 % angehoben. Dies war die erste Zinsanhebung seit dem Jahr 2006. Außerdem wurden weitere, allerdings nur sehr vorsichtige Zinsschritte in Aussicht gestellt. Die FED ist damit auf dem Weg der Normalisierung ihrer Geldpolitik, diese bleibt aber vorerst expansiv ausgerichtet. Im Zuge der Zinserhöhung hatten die Anleihen amerikanischer Unternehmen mit geringer Bonität Kursverluste erlitten. Im Umfeld allgemein steigender Zinsen verlieren riskantere Anleihen an Attraktivität. Internationale Institutionen und Vertreter von Schwellenländern warnen vor den weltwirtschaftlichen Konsequenzen einer Zinserhöhungsphase in den Vereinigten Staaten. Die chinesische Zentralbank hat angesichts der konjunkturellen Verlangsamung im Oktober den Leitzins für einjährige Kredite von 1,75 % auf 1,5 % gesenkt.

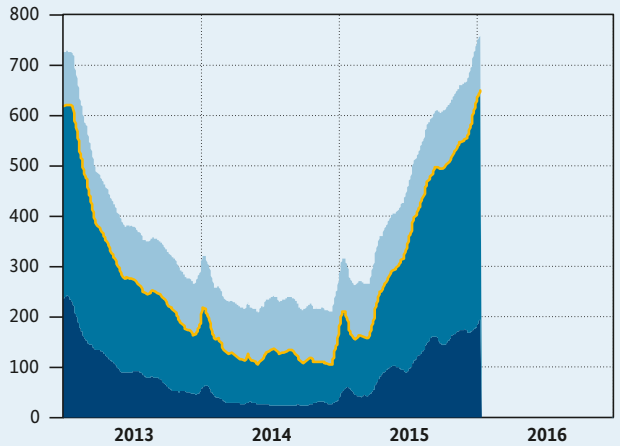
Geldmarktsätze in der Eurozone
(in %)



Quelle: Macrobond

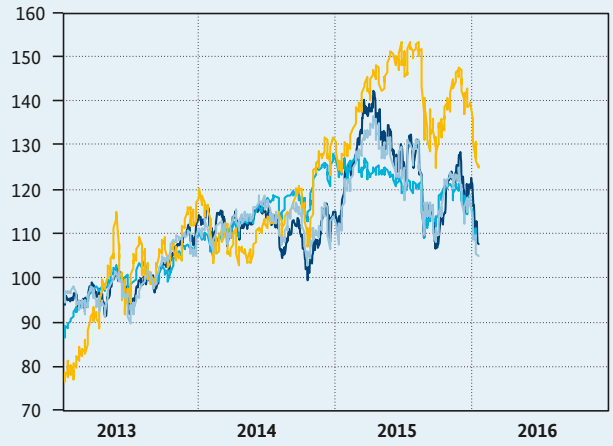
Die Absenkung des Zinssatzes für die Einlagenfazilität zeigt sich auch am Interbankenmarkt. Der besicherte Interbankenzins liegt nahe -0,3 %. Der unbesicherte Interbankenzins liegt etwas höher bei -0,12 %. Im Zuge des Ankaufprogramms der EZB steigt die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität weiter an. Sie lag im Dezember bei 616 Mrd. Euro.

Liquidität im Eurobankensystem
(in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



Quellen: EZB, Macrobond

Aktienindizes
(Preisindizes in Landeswährung, 2013 = 100)

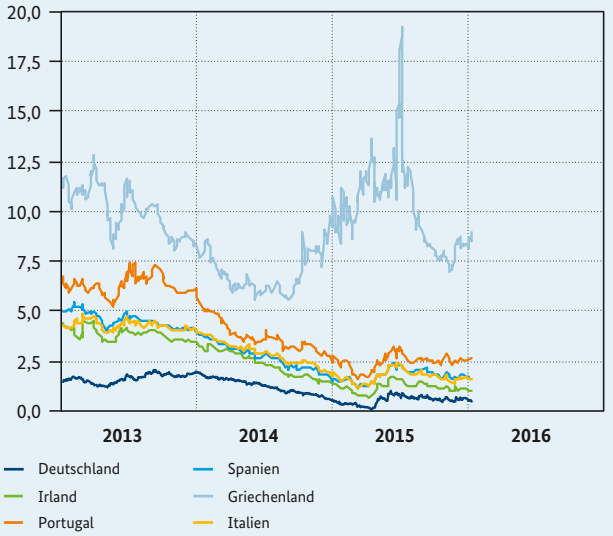


Quellen: Macrobond, eigene Berechnung

Der Euro hat in diesem Monat gegenüber dem US-Dollar etwas abgewertet und liegt Mitte Januar bei 1,09 US-Dollar, 0,6 % niedriger als vor einem Monat. Gegenüber dem japanischen Yen wertete der Euro im Berichtsmonat[3] um 3,5 % ab. Die chinesische Zentralbank lässt den Yuan in bestimmten Bandbreiten flexibel schwanken. Gegenüber dem Euro hat der Yuan um 1,2 % im Vergleich zum Vormonat abgewertet. Der reale effektive Wechselkurs der deutschen Wirtschaft gegenüber 56 Handelspartnern hat im Dezember 1,2 % gegenüber dem Vormonat aufgewertet.

Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen in Europa sind weitgehend stabil. Die Zinsen für zehnjährige Bundesanleihen in Deutschland liegen weiter nahe bei 0,5 %. Andere Staaten aus dem Euroraum mussten höhere Zinsen für die Aufnahme von Staatsschulden am Markt leisten. Die Rendite zehnjähriger Anleihen betrug für portugiesische Anleihen 2,7 %, für spanische 1,7 % und für italienische 1,6 %. Auch die Zinsen für Unternehmensanleihen im Euroraum bewegen sich auf dem Niveau des Vormonats. Für Unternehmen mit einer niedrigeren Bonität sind die Renditen hingegen etwas angestiegen.

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen
(Tageswerte in %)



Quelle: Macrobond

3 Berichtsmonat: 15. Dezember bis 15. Januar.

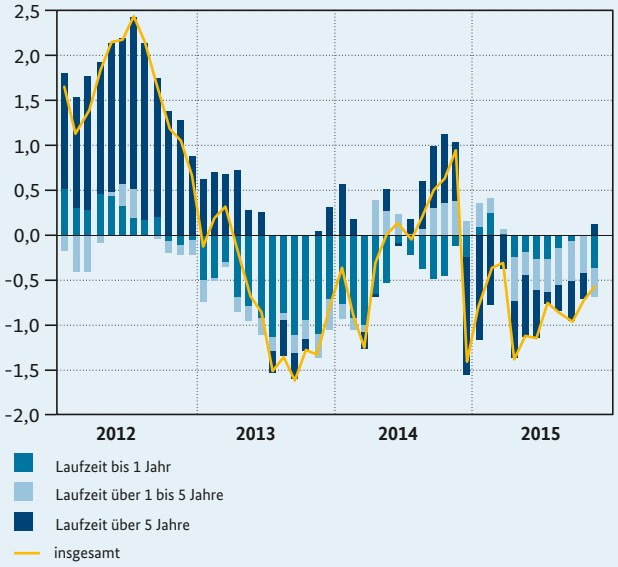
Der Umfang der in Deutschland an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften vergebenen Buchkredite lag im November 0,6 % unter dem Niveau des Vorjahres. Vor allem kurzfristige Kredite mit einer Laufzeit bis 1 Jahr haben sich auf Jahresfrist am stärksten verringert. Die Kreditvergabe an private Haushalte legte dagegen gegenüber dem Vorjahr um 2,6 % zu. Die wichtigste Triebfeder blieb die Vergabe von Wohnungsbaukrediten (+3,7 %), die durch das sehr niedrige Zinsniveau begünstigt wird.

Die Kreditvergabe im Euroraum konnte sich erholen. Im November war das Kreditvolumen für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften 0,9 % höher als im Vorjahr. Das Kreditvolumen für private Haushalte stieg um 1,4 %. Im aktuellen Bank Lending Survey der EZB gehen die befragten Banken von einer weiter steigenden Nachfrage nach Unternehmenskrediten aus.

Der Zinsabstand für Unternehmenskredite innerhalb des Euroraums verringerte sich weiter. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland haben im Mittel 1,4 Prozentpunkte höhere Kreditzinsen als deutsche Unternehmen. Anfang 2013 lag dieser Abstand noch bei 2,5 Prozentpunkten. Kleine und mittlere Unternehmen erhalten auch leichter Zugang zu Krediten. In einer Befragung der EZB teilten nur 11 % der befragten Firmen mit, dass sie Schwierigkeiten beim Kreditzugang hätten.

Seit April 2014 steigt die Geldmenge M3 des Euroraums im Dreimonatsdurchschnitt kontinuierlich an. Die Jahresrate liegt nun im Oktober bei 5,1 %. Der Anstieg geht vorrangig auf eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurück, die auf Jahresfrist Stand November angesichts des EAPP der EZB um 11,2 % gestiegen ist. Die monetäre Dynamik blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 hatte das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7 % betragen.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland
(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Quelle: BBk

III.
Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung[1]

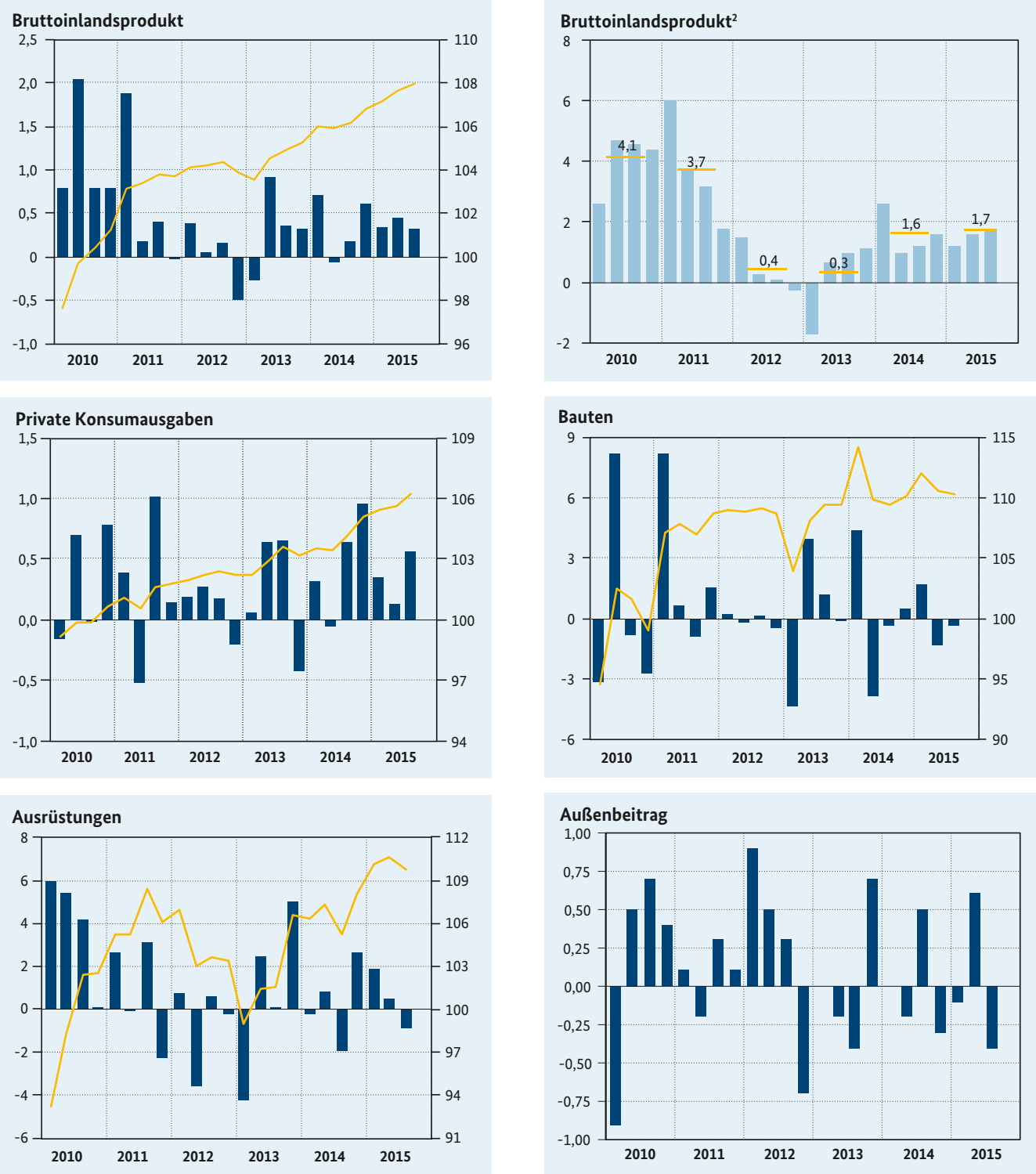
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %[2]										
	2013				2014				2015		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 0,3	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3
Inländische Verwendung	- 0,3	+ 1,2	+ 0,9	- 0,4	+ 0,8	+ 0,1	- 0,4	+ 1,0	+ 0,5	- 0,2	+ 0,7
Private Konsumausgaben[3]	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,7	- 0,4	+ 0,3	- 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,6
Konsumausgaben des Staates	- 0,2	- 0,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,3
Bruttoanlageinvestitionen	- 3,4	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,4	- 1,5	- 0,7	+ 1,3	+ 1,7	- 0,4	- 0,3
Ausrüstungen	- 4,2	+ 2,5	0,0	+ 5,0	- 0,2	+ 0,9	- 1,9	+ 2,6	+ 1,9	+ 0,5	- 0,8
Bauten	- 4,4	+ 4,1	+ 1,2	- 0,1	+ 4,4	- 3,8	- 0,4	+ 0,6	+ 1,8	- 1,3	- 0,3
Sonstige Anlagen	+ 0,9	- 0,8	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6
Exporte	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,2
Importe	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 0,5	+ 1,1
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten[4]											
Inländische Verwendung	- 0,3	+ 1,1	+ 0,8	- 0,4	+ 0,7	+ 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 0,5	- 0,2	+ 0,7
Private Konsumausgaben[3]	0,0	+ 0,4	+ 0,4	- 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3
Konsumausgaben des Staates	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,1	- 0,1
Ausrüstungen	- 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,3	0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1	0,0	- 0,1
Bauten	- 0,4	+ 0,4	+ 0,1	0,0	+ 0,4	- 0,4	0,0	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	0,0
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung[5]	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	- 0,5	0,0	+ 0,4	- 0,7	0,0	- 0,2	- 0,3	+ 0,2
Außenbeitrag	0,0	- 0,2	- 0,4	+ 0,7	0,0	- 0,2	+ 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 0,6	- 0,4

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %[6]										
							2014		2015		
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 4,1	+ 3,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,8
Inländische Verwendung	+ 3,0	+ 2,9	- 1,0	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	0,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,8	+ 2,0
Private Konsumausgaben[3]	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,8	+ 2,1
Konsumausgaben des Staates	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,9
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5,4	+ 7,2	- 0,4	- 1,3	+ 3,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,9	+ 2,2
Ausrüstungen	+10,9	+ 6,8	- 2,6	- 2,3	+ 4,5	+ 3,6	+ 3,8	+ 2,3	+ 3,9	+ 3,4	+ 4,2
Bauten	+ 3,2	+ 8,1	+ 0,5	- 1,1	+ 2,9	+ 0,2	0,0	+ 1,1	- 1,8	+ 0,7	+ 0,8
Sonstige Anlagen	+ 1,1	+ 5,3	+ 1,3	- 0,3	+ 3,1	+ 2,7	+ 3,7	+ 3,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8
Exporte	+14,5	+ 8,3	+ 2,8	+ 1,6	+ 4,0	+ 5,4	+ 4,7	+ 4,4	+ 4,8	+ 6,5	+ 5,1
Importe	+12,9	+ 7,0	- 0,3	+ 3,1	+ 3,7	+ 5,7	+ 2,4	+ 4,6	+ 5,8	+ 5,4	+ 6,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010 = 100;
2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten[1]



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010 = 100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

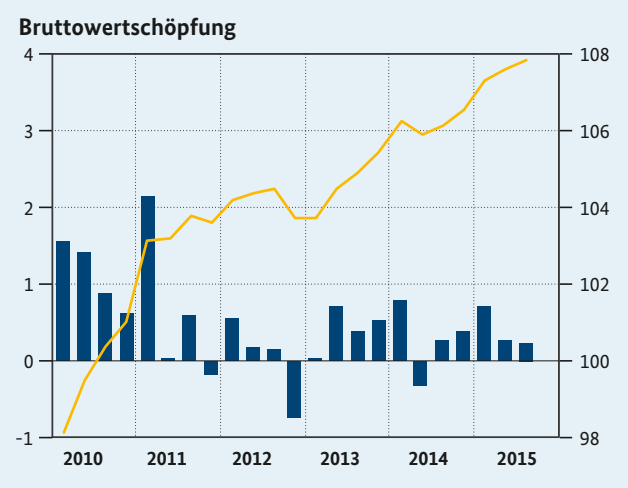
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %[1]										
	2013				2014				2015		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[2]											
Bruttowertschöpfung	0,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,8	- 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,2
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,6	- 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	- 0,1
Baugewerbe	- 2,4	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,8	+ 3,3	- 2,8	- 0,9	- 0,3	+ 2,3	- 1,0	- 0,7
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 2,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,0	- 0,6	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,9	- 0,4	+ 0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,0	- 1,5	+ 2,2	- 0,4	+ 0,3	+ 0,1	0,0	- 0,2	+ 0,3	- 1,5	- 0,6
Unternehmensdienstleister	0,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,5
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	- 0,6	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,4	- 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,7	- 0,4	+ 0,2

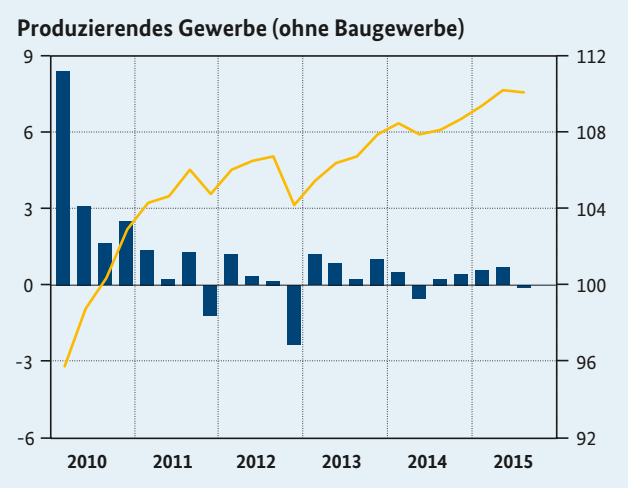
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %[9]										
							2014		2015		
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0
Inländische Verwendung	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1
Private Konsumausgaben	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,6
Kennzahlen											
Erwerbstätige[3]	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,8
Arbeitsvolumen[4]	+ 1,6	+ 1,6	- 0,1	- 0,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,0
Arbeitsproduktivität[5]	+ 3,8	+ 2,3	- 0,8	- 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,0
Lohnkosten je Arbeitnehmer[6]	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,6	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,7
Lohnstückkosten[7]	- 1,1	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7
verfügbares Einkommen[8]	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,8	+ 1,7	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,9
Terms of Trade	- 2,3	- 2,7	- 0,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,3	+ 1,7	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,3

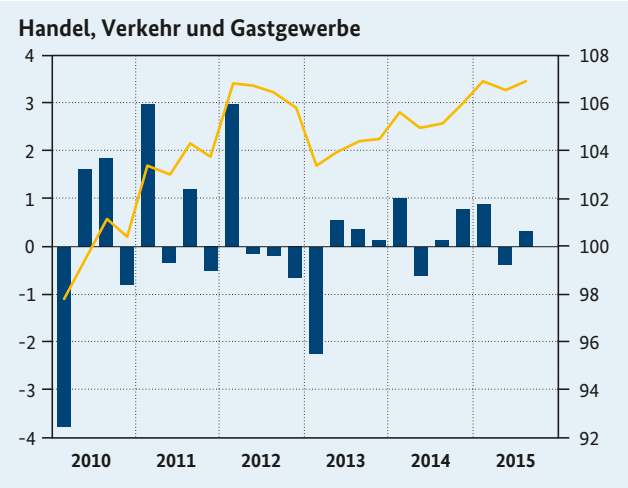
Prognose Bruttoinlandsprodukt[9]		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		**Stand**	**2016**	**2017**
Bundesregierung	Jahresprojektion	01/2016	+ 1,7	+ 1,5
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2015	+ 1,7	+ 1,5
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut	12/2015	+ 1,7	-
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	12/2015	+ 1,9	+ 1,7
IfW	Institut für Weltwirtschaft	12/2015	+ 2,2	+ 2,3
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	12/2015	+ 1,6	+ 1,5
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2015	+ 1,8	+ 1,7
EU	Europäische Kommission	11/2015	+ 1,9	+ 1,9
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	11/2015	+ 1,9	+ 1,8
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	10/2015	+ 1,8	+ 1,6
IWF	Internationaler Währungsfonds	10/2015	(+ 1,6)[a]	-

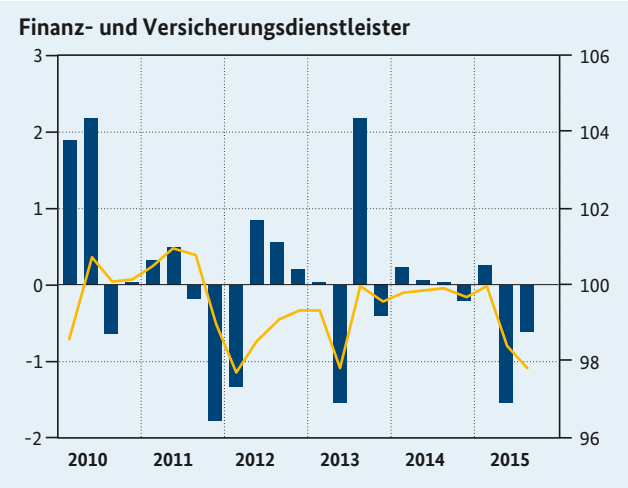
Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.
1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen;
a Kalenderbereinigte Werte.

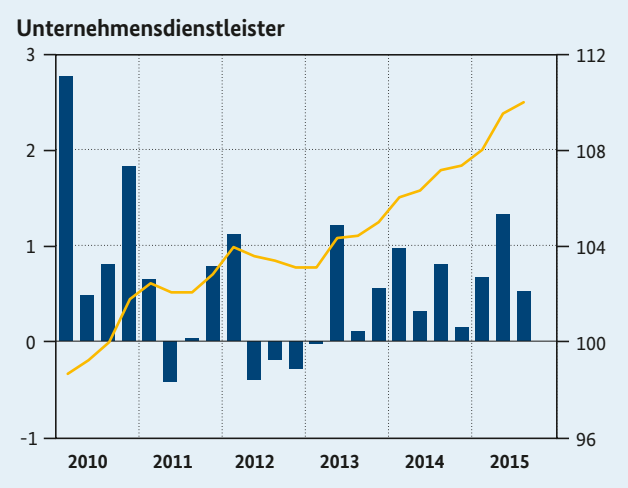
1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[1]

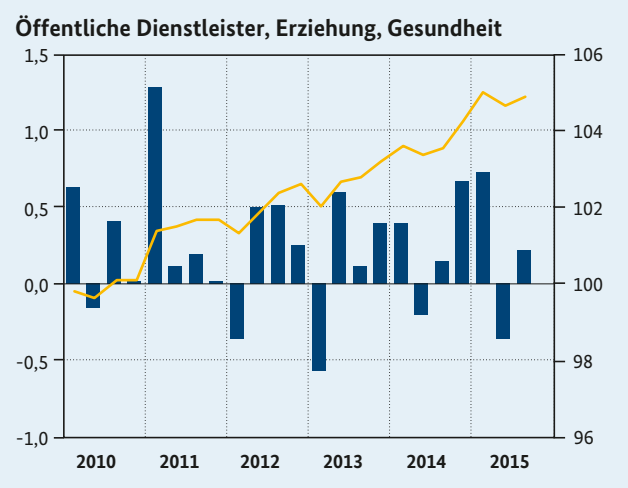










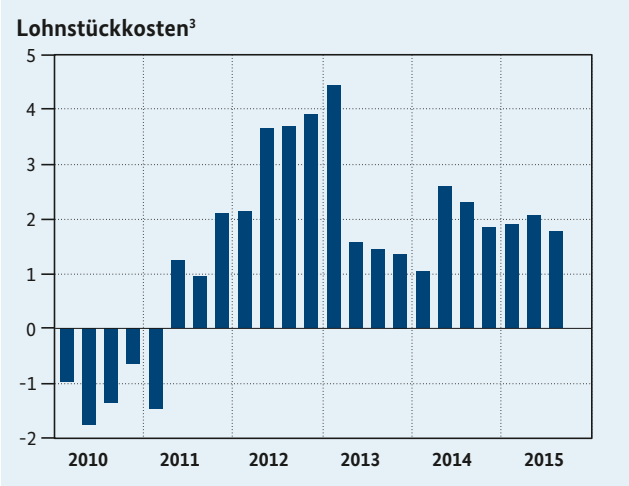


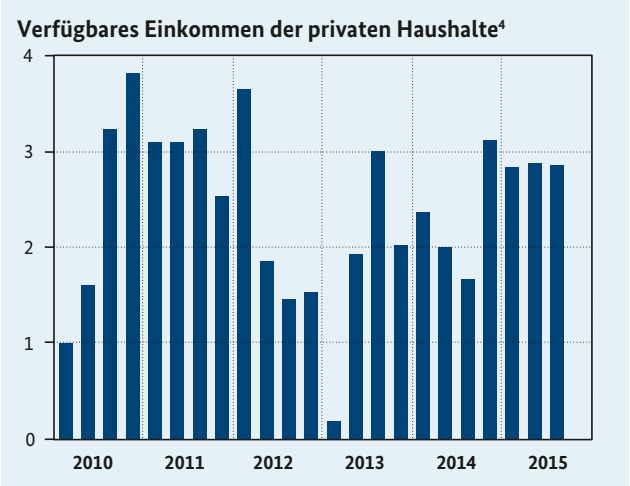
Kettenindex (rechte Skala)
Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

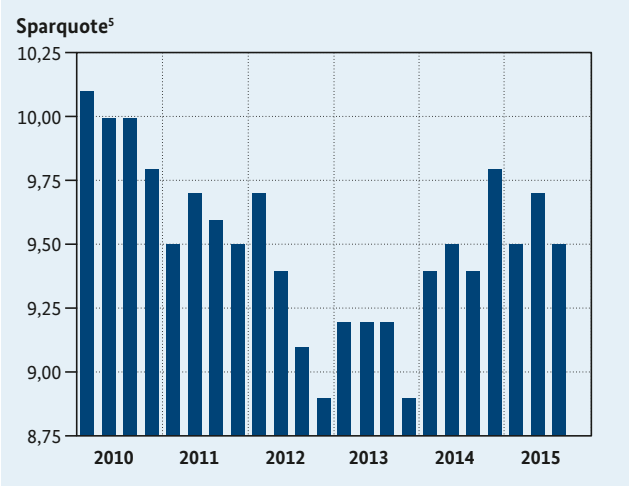
Quelle: Statistisches Bundesamt.

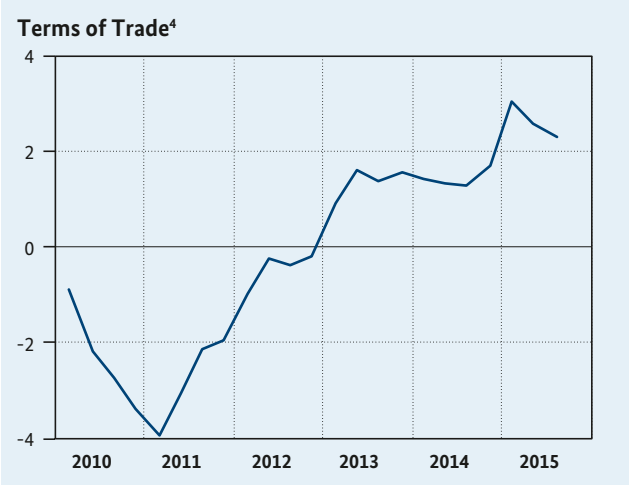
1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

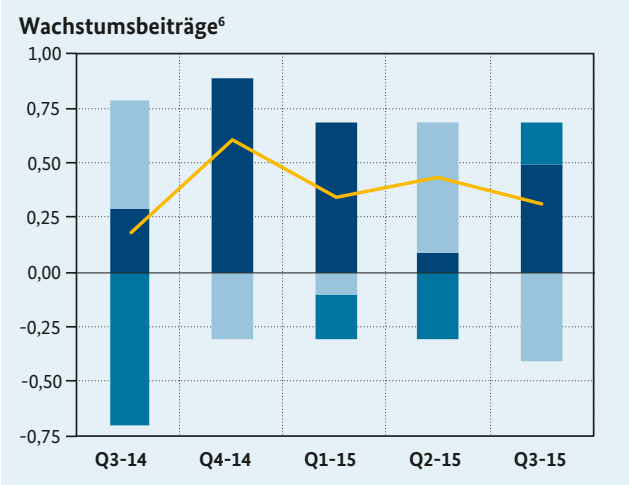
1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen[1]











Veränderung gegen Vorjahr in %

Außenbeitrag
Vorratsveränderungen
Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.
1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;
3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2013				2014				2015			
	2012	2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttoinlandsprodukt [1]	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,7	- 0,3	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	-
Eurozone (EZ 19)[2]	- 0,9	- 0,3	+ 0,9	-	- 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	-
Europäische Union (EU 28)[3]	- 0,5	+ 0,2	+ 1,4	-	0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	-
Japan	+ 1,7	+ 1,4	0,0	-	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,5	- 0,2	+ 1,2	- 1,9	- 0,7	+ 0,5	+ 1,1	- 0,1	+ 0,3	-
USA	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,4	-	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,9	- 0,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,5	-
China	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,3	+ 6,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP[4]															
Deutschland	+ 5,9	+ 6,8	+ 6,3	-	+ 6,4	+ 6,5	+ 5,9	+ 7,4	+ 7,1	+ 6,9	+ 7,9	+ 7,7	+ 8,1	+ 8,3	+ 8,8	-
Eurozone (EZ 19)[2]	- 0,1	+ 1,5	+ 2,1	-	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,9	-
Europäische Union (EU 28)[3]	- 0,6	+ 0,6	+ 1,0	-	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,0	-
Japan	+ 2,2	+ 1,0	+ 0,8	-	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	-
USA	- 2,8	- 2,7	- 2,1	-	- 2,5	- 2,4	- 2,3	- 1,9	- 2,3	- 2,1	- 2,2	- 2,3	- 2,7	- 2,5	- 2,7	-
China	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,4	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	-

				2014	2015											
	2013	2014	2015	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Arbeitslosenquoten[5]	in %															
Deutschland	5,2	5,0	-	4,8	4,8	4,8	4,8	4,7	4,7	4,7	4,6	4,6	4,5	4,5	4,4	-
Eurozone (EZ 19)[2]	12,0	11,6	-	11,4	11,2	11,2	11,2	11,1	11,0	11,0	10,8	10,8	10,7	10,6	10,5	-
Europäische Union (EU 28)[3]	10,9	10,2	-	9,9	9,8	9,7	9,7	9,6	9,6	9,5	9,4	9,3	9,2	9,2	9,1	-
Japan	4,0	3,6	-	3,4	3,6	3,5	3,4	3,3	3,3	3,4	3,3	3,4	3,4	3,1	3,3	-
USA	7,4	6,2	5,3	5,6	5,7	5,5	5,5	5,4	5,5	5,3	5,3	5,1	5,1	5,0	5,0	5,0
China	4,1	4,1	-	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	4,1	4,1	4,1	-	-	-
Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
Deutschland	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	- 0,5	0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2
Eurozone (EZ 19)[2]	+ 1,4	+ 0,4	0,0	- 0,2	- 0,6	- 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Europäische Union (EU 28)[3]	+ 1,5	+ 0,5	0,0	- 0,1	- 0,5	- 0,1	0,0	0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	0,0	- 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,2
Japan	+ 0,4	+ 2,7	-	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,3	+ 0,3	-
USA	+ 1,5	+ 1,6	-	+ 0,8	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,2	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,5	-
China	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;
2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);
3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);
4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;
5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

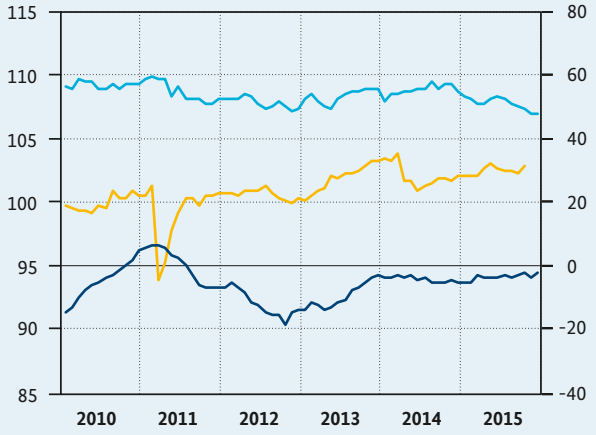
				2015				2015					2016
	2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3.Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Welt													
OECD & major six CLI[1]	100,1	100,1	-	99,8	99,7	99,5	-	99,5	99,5	99,5	99,5	-	-
CPB Welt Industrieproduktion[2]	121,8	125,8	-	127,6	127,8	128,6	-	128,4	128,8	129,0	-	-	-
CPB Welthandel[2]	128,4	132,5	-	134,7	133,6	136,2	-	135,8	136,9	136,2	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4837	4642	2852	3047	3203	2742	2429	2779	2604	2610	2376	2171	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie[3]	- 9,1	- 3,9	- 3,1	- 4,0	- 3,2	- 3,0	- 2,4	- 3,7	- 2,3	- 2,0	- 3,2	- 2,0	-
Industrieproduktion[4]	101,3	103,1	-	104,3	104,7	104,9	-	105,0	104,6	105,2	104,8	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,0	2,0	1,2	1,0	1,3	1,4	1,2	1,4	1,4	1,2	1,2	1,2	-
Konsumentenvertrauen[5]	-18,5	-10,0	- 6,1	- 6,2	- 5,1	- 6,9	- 6,4	- 6,7	- 7,0	- 7,5	- 5,9	- 5,7	-
USA													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe[6]	53,8	55,7	51,4	52,6	52,6	51,3	49,0	51,1	50,2	50,1	48,6	48,2	-
Industrieproduktion[7]	101,9	105,7	107,1	107,4	106,8	107,5	106,6	107,6	107,6	107,4	106,4	106,0	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,3	2,5	2,1	2,0	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,1	2,3	2,2	-
Konsumentenvertrauen[8]	73,2	86,9	98,0	101,3	96,2	98,3	96,1	101,3	102,6	99,1	92,6	96,5	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index[9]	102,0	102,2	-	102,2	102,9	102,4	-	102,5	102,3	103,0	-	-	-
Industrieproduktion[10]	97,0	99,1	-	99,8	98,3	97,0	-	96,2	97,3	98,7	97,9	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,7	0,5	0,3	0,3	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,2
Konsumentenvertrauen[11]	43,6	39,3	41,3	40,7	41,5	40,9	42,3	41,7	40,6	41,5	42,6	42,7	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie[12]	50,8	50,7	49,9	49,9	50,2	49,8	49,7	49,7	49,8	49,8	49,6	49,7	-
Industrieproduktion[13]	+ 9,7	+ 8,3	+ 6,1	+ 6,2	+ 6,3	+ 5,9	+ 5,9	+ 6,1	+ 5,7	+ 5,6	+ 6,2	+ 5,9	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,9	4,2	3,4	3,5	3,5	3,4	3,0	3,3	3,2	3,1	3,0	2,8	-
Konsumentenvertrauen[14]	101,2	104,4	105,9	107,5	107,7	104,7	103,9	104,0	105,6	103,8	104,1	103,7	-

Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

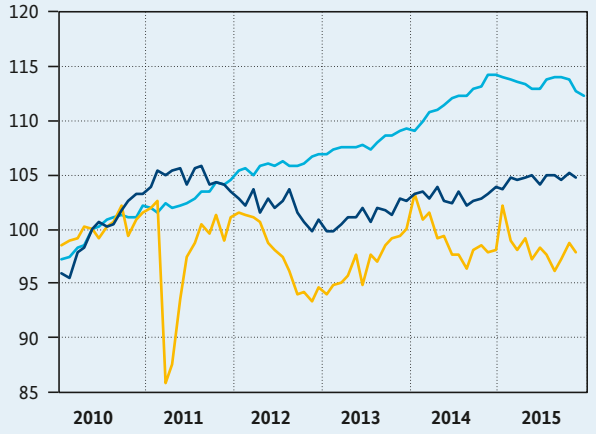
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren

Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe



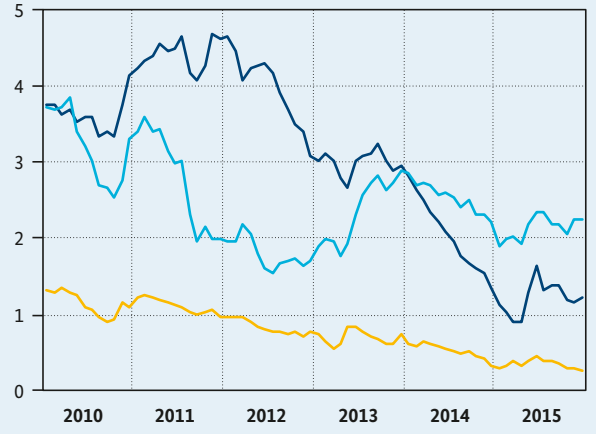
- USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)[1]
- Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)[2]
- Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)[3]

Industrieproduktion



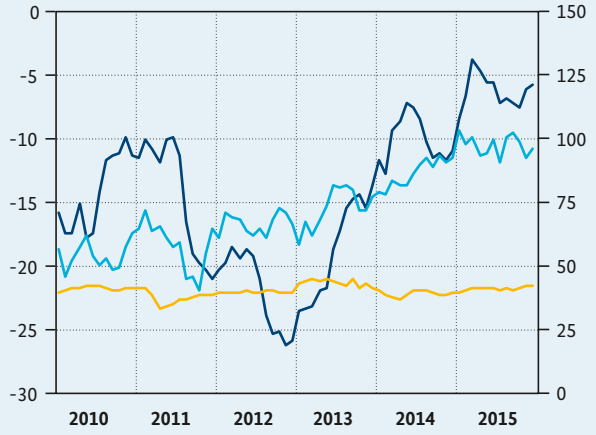
- Eurozone[6]
- USA[4]
- Japan[5]

Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen (in %)



- Eurozone
- USA
- Japan

Konsumklima



- Eurozone (linke Skala)[9]
- USA (rechte Skala)[7]
- Japan (rechte Skala)[8]

Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

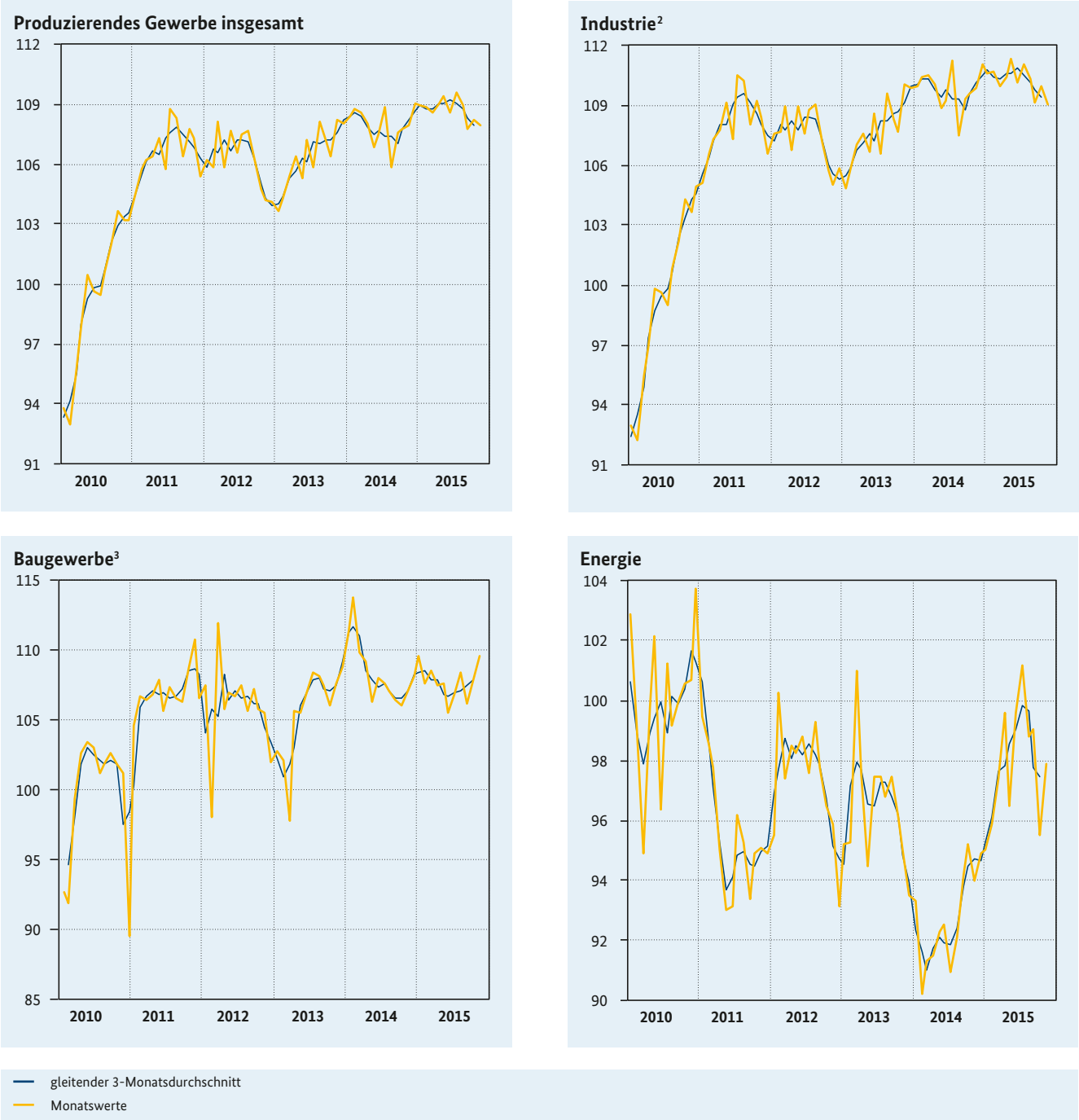
Bundesrepublik Deutschland

					2014	2015			2015					
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Produktion [1]														
Produzierendes Gewerbe	Index	106,3	106,4	108,0	108,3	108,8	109,1	108,8	108,6	109,7	109,0	107,8	108,3	108,0
	gg. Vp. in %	-0,4	0,1	1,5	0,7	0,5	0,3	-0,3	-0,8	1,0	-0,6	-1,1	0,5	-0,3
	gg. Vj. in %	-0,5	0,2	1,4	0,5	0,2	1,4	1,3	1,0	0,8	2,7	0,4	0,4	0,1
Industrie [2]	Index	107,5	107,8	109,9	110,2	110,5	110,7	110,2	110,2	111,1	110,4	109,2	110,0	109,1
	gg. Vp. in %	-0,6	0,3	1,9	0,7	0,3	0,2	-0,5	-1,1	0,8	-0,6	-1,1	0,7	-0,8
	gg. Vj. in %	-0,6	0,3	1,9	0,8	0,1	1,2	0,7	0,8	0,0	2,5	-0,1	0,1	-0,8
Vorleistungsgüter	Index	104,6	104,4	106,3	106,3	106,6	106,3	105,6	106,1	105,3	105,7	105,8	104,7	105,9
	gg. Vp. in %	-2,2	-0,2	1,8	0,7	0,3	-0,3	-0,7	-0,2	-0,8	0,4	0,1	-1,0	1,1
	gg. Vj. in %	-2,2	-0,2	1,8	0,0	-0,6	0,2	0,0	0,5	-0,9	0,6	0,4	-1,0	0,0
Investitionsgüter	Index	113,4	113,9	116,6	117,3	117,7	118,2	118,1	116,7	120,0	117,9	116,5	119,4	115,5
	gg. Vp. in %	1,4	0,4	2,4	0,9	0,3	0,4	-0,1	-2,4	2,8	-1,8	-1,2	2,5	-3,3
	gg. Vj. in %	1,3	0,6	2,3	1,5	0,9	1,9	1,6	0,7	0,4	4,9	-0,1	2,1	-1,5
Konsumgüter	Index	99,9	100,6	101,9	102,2	102,0	102,9	101,9	103,8	103,2	103,0	99,5	99,5	101,4
	gg. Vp. in %	-1,9	0,7	1,3	0,7	-0,2	0,9	-1,0	0,2	-0,6	-0,2	-3,4	0,0	1,9
	gg. Vj. in %	-1,9	0,7	1,3	0,5	-0,3	1,0	0,3	1,8	1,2	1,1	-1,1	-2,6	-0,4
Baugewerbe	Index	105,9	105,6	108,5	107,1	108,6	106,9	107,2	105,6	106,9	108,4	106,2	107,9	109,6
	gg. Vp. in %	-1,1	-0,3	2,7	0,0	1,4	-1,6	0,3	-1,9	1,2	1,4	-2,0	1,6	1,6
	gg. Vj. in %	-1,0	-0,3	2,7	-0,3	-3,4	-1,0	0,1	-2,3	-0,6	1,1	-0,3	1,4	2,2
Bauhauptgewerbe [3]	Index	111,5	113,8	119,8	119,7	121,1	120,3	119,5	119,1	119,2	119,0	120,3	123,3	126,1
	gg. Vp. in %	-1,2	2,1	5,3	1,2	1,2	-0,7	-0,7	-1,7	0,1	-0,2	1,1	2,5	2,3
	gg. Vj. in %	-1,2	2,1	5,3	1,8	-2,4	2,0	1,0	-0,2	0,4	1,4	1,0	3,7	4,8
Ausbaugewerbe	Index	100,9	98,2	98,2	95,7	97,3	94,7	95,9	93,3	95,7	98,7	93,3	93,9	94,7
	gg. Vp. in %	-1,0	-2,7	0,0	-1,3	1,7	-2,7	1,3	-2,2	2,6	3,1	-5,5	0,6	0,9
	gg. Vj. in %	-1,0	-2,6	0,0	-2,3	-4,5	-4,6	-1,1	-4,8	-1,7	0,6	-2,0	-1,1	-0,7
Energie [4]	Index	97,4	96,5	92,7	94,7	96,1	98,6	99,7	99,6	101,2	98,8	99,1	95,5	97,9
	gg. Vp. in %	1,9	-0,9	-3,9	2,5	1,5	2,6	1,1	3,2	1,6	-2,4	0,3	-3,6	2,5
	gg. Vj. in %	1,8	-0,9	-3,8	-0,1	4,7	7,1	7,9	7,8	11,2	7,1	5,3	0,5	4,2
Umsätze in der Industrie [1]														
Industrie insgesamt	Index	105,9	105,8	108,6	109,4	110,1	111,0	110,3	109,8	111,4	110,4	109,0	111,1	108,6
	gg. Vp. in %	-0,6	-0,1	2,6	1,2	0,6	0,8	-0,6	-2,0	1,5	-0,9	-1,3	1,9	-2,3
	gg. Vj. in %	-0,7	0,0	2,6	1,7	1,0	2,8	1,9	1,4	1,8	3,4	0,6	1,7	-0,4
Inland	Index	104,8	103,2	104,5	104,3	105,1	105,2	104,6	105,1	105,4	104,8	103,5	106,2	103,6
	gg. Vp. in %	-1,6	-1,5	1,3	0,5	0,8	0,1	-0,6	-0,7	0,3	-0,6	-1,2	2,6	-2,4
	gg. Vj. in %	-1,6	-1,5	1,3	0,1	-0,4	0,8	0,8	0,6	-0,1	2,6	-0,1	2,0	-0,5
darunter:	Index	109,5	107,6	111,0	112,2	113,0	113,5	112,4	113,8	114,0	112,5	110,8	119,4	110,3
Investitionsgüter	gg. Vp. in %	0,6	-1,7	3,2	1,5	0,7	0,4	-1,0	-0,4	0,2	-1,3	-1,5	7,8	-7,6
	gg. Vj. in %	0,6	-1,6	3,2	2,9	1,7	3,0	1,6	3,1	0,7	4,1	0,5	7,1	-2,2
Ausland	Index	107,0	108,5	113,0	114,9	115,4	117,1	116,4	114,8	117,9	116,4	114,8	116,4	113,9
	gg. Vp. in %	0,4	1,4	4,1	2,0	0,4	1,5	-0,6	-3,2	2,7	-1,3	-1,4	1,4	-2,1
	gg. Vj. in %	0,4	1,4	4,1	3,5	2,5	4,7	3,0	2,2	3,8	4,1	1,2	1,4	-0,4
darunter: Eurozone	Index	98,9	97,1	102,0	103,8	105,4	107,2	107,5	107,8	108,9	106,2	107,3	105,5	108,5
	gg. Vp. in %	-5,4	-1,8	5,0	1,7	1,5	1,7	0,3	0,9	1,0	-2,5	1,0	-1,7	2,8
	gg. Vj. in %	-5,5	-1,7	5,0	4,2	4,4	5,8	5,2	6,8	6,5	3,6	5,1	1,6	6,7

		2012	2013				2014				2015			
Kapazitäts- und Geräteauslastung [5]		4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	81,9	82,4	81,7	83,0	83,7	84,0	83,9	83,9	84,1	84,5	84,3	84,2	84,4

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.
1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion[1]



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

					2014	2015			2015					
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Auftragseingang [1]														
Industrie insgesamt	Index	103,2	106,0	109,1	110,8	109,2	112,0	109,0	113,3	110,8	108,5	107,7	109,5	111,1
	gg. Vp. in %	-3,8	2,7	2,9	1,6	-1,4	2,6	-2,7	1,8	-2,2	-2,1	-0,7	1,7	1,5
	gg. Vj. in %	-3,7	2,8	2,8	2,1	0,2	4,3	-0,2	7,0	-1,3	1,7	-0,7	-1,6	2,1
Inland	Index	100,8	101,8	103,5	104,0	105,0	104,3	104,6	102,7	106,5	103,9	103,5	104,9	107,6
	gg. Vp. in %	-5,7	1,0	1,7	2,1	1,0	-0,7	0,3	-1,9	3,7	-2,4	-0,4	1,4	2,6
	gg. Vj. in %	-5,6	1,0	1,6	1,0	0,7	1,1	2,7	1,1	2,7	2,1	3,3	-0,8	6,0
Ausland	Index	105,1	109,4	113,7	116,3	112,6	118,3	112,6	122,0	114,3	112,3	111,1	113,2	113,9
	gg. Vp. in %	-2,3	4,1	3,9	1,2	-3,2	5,1	-4,8	4,6	-6,3	-1,7	-1,1	1,9	0,6
	gg. Vj. in %	-2,3	4,3	3,7	2,8	-0,1	6,7	-2,3	11,4	-4,3	1,4	-3,6	-2,1	-0,8
Eurozone	Index	95,5	98,9	101,6	105,2	101,3	108,0	109,2	109,4	109,6	111,6	106,4	109,2	108,6
	gg. Vp. in %	-10,4	3,6	2,7	2,8	-3,7	6,6	1,1	2,1	0,2	1,8	-4,7	2,6	-0,5
	gg. Vj. in %	-10,4	3,7	2,7	1,8	1,2	9,0	6,2	11,8	3,5	12,9	3,6	6,2	3,2
Nicht-Eurozone	Index	111,8	116,8	122,1	124,0	120,4	125,5	114,9	130,8	117,6	112,8	114,3	116,0	117,6
	gg. Vp. in %	3,2	4,5	4,5	0,2	-2,9	4,2	-8,4	6,1	-10,1	-4,1	1,3	1,5	1,4
	gg. Vj. in %	3,2	4,6	4,4	3,5	-0,8	5,4	-7,2	11,0	-8,8	-4,8	-7,6	-7,0	-3,1
Vorleistungsgüter	Index	99,7	100,1	102,0	103,0	101,3	101,5	100,4	101,7	100,5	100,2	100,4	100,3	105,1
	gg. Vp. in %	-4,7	0,4	1,9	1,8	-1,7	0,2	-1,1	-0,4	-1,2	-0,3	0,2	-0,1	4,8
	gg. Vj. in %	-4,7	0,3	2,0	0,6	-1,1	0,2	-0,9	0,4	-1,5	-0,1	-1,0	-3,1	3,9
Inland	Index	99,0	99,3	99,8	99,2	98,6	99,0	98,4	98,3	97,8	98,9	98,5	97,6	103,5
	gg. Vp. in %	-5,5	0,3	0,5	0,8	-0,6	0,4	-0,6	-1,8	-0,5	1,1	-0,4	-0,9	6,0
	gg. Vj. in %	-5,5	0,3	0,5	-1,5	-2,5	-1,3	-0,1	-1,2	-2,1	1,1	1,0	-1,2	6,7
Ausland	Index	100,6	101,0	104,7	107,4	104,4	104,5	102,7	105,8	103,6	101,7	102,7	103,4	107,0
	gg. Vp. in %	-3,6	0,4	3,7	2,9	-2,8	0,1	-1,7	1,3	-2,1	-1,8	1,0	0,7	3,5
	gg. Vj. in %	-3,6	0,3	3,7	2,9	0,4	1,7	-1,9	2,0	-0,9	-1,6	-3,2	-5,1	0,9
Investitionsgüter	Index	105,8	110,5	114,3	116,8	114,9	119,6	115,3	122,0	118,6	114,5	112,8	115,6	115,5
	gg. Vp. in %	-3,6	4,4	3,4	1,7	-1,6	4,1	-3,6	3,7	-2,8	-3,5	-1,5	2,5	-0,1
	gg. Vj. in %	-3,6	4,6	3,3	3,2	1,0	7,0	0,1	11,8	-1,7	3,2	-0,8	-1,5	1,0
Inland	Index	103,3	104,9	107,8	109,5	112,1	110,1	111,6	107,3	116,2	109,4	109,1	113,0	112,3
	gg. Vp. in %	-5,8	1,5	2,8	3,5	2,4	-1,8	1,4	-2,0	8,3	-5,9	-0,3	3,6	-0,6
	gg. Vj. in %	-5,7	1,5	2,8	3,5	3,2	3,0	5,5	3,2	7,7	3,0	5,6	-0,8	5,6
Ausland	Index	107,3	114,0	118,4	121,3	116,6	125,4	117,6	131,0	120,0	117,7	115,1	117,2	117,4
	gg. Vp. in %	-2,3	6,2	3,9	0,7	-3,9	7,5	-6,2	6,7	-8,4	-1,9	-2,2	1,8	0,2
	gg. Vj. in %	-2,2	6,4	3,6	3,1	-0,3	9,4	-2,9	16,3	-6,7	3,5	-4,1	-1,8	-1,4
Konsumgüter	Index	101,8	103,5	107,3	107,2	108,3	111,3	107,6	110,6	108,0	107,8	107,0	112,4	109,7
	gg. Vp. in %	-0,9	1,7	3,7	0,2	1,0	2,8	-3,3	-0,8	-2,4	-0,2	-0,7	5,0	-2,4
	gg. Vj. in %	-1,0	1,7	3,6	0,7	0,5	3,9	0,6	3,9	2,4	-0,8	-0,1	5,3	1,1
Inland	Index	97,0	97,8	99,4	99,5	100,6	101,7	100,4	101,2	100,7	101,2	99,3	100,0	103,7
	gg. Vp. in %	-5,1	0,8	1,6	0,6	1,1	1,1	-1,3	-1,7	-0,5	0,5	-1,9	0,7	3,7
	gg. Vj. in %	-5,2	0,9	1,5	0,9	1,3	2,3	1,5	0,8	0,6	2,6	1,1	1,1	5,0
Ausland	Index	106,0	108,3	114,1	113,7	114,8	119,6	113,8	118,6	114,2	113,5	113,6	123,0	114,8
	gg. Vp. in %	2,7	2,2	5,4	-0,2	1,0	4,2	-4,8	-0,2	-3,7	-0,6	0,1	8,3	-6,7
	gg. Vj. in %	2,6	2,2	5,3	0,7	0,0	5,0	-0,1	6,1	4,0	-3,3	-1,0	8,6	-1,6
Industrie ohne Großaufträge [2]	Index	103,5	105,0	108,4	110,5	109,2	111,5	108,5	111,7	110,0	107,8	107,6	109,6	110,4
	gg. Vp. in %	-2,7	1,4	3,2	2,6	-1,2	2,1	-2,7	0,4	-1,5	-2,0	-0,2	1,9	0,7
	gg. Vj. in %	-2,6	1,4	3,2	3,5	0,6	4,3	0,5	4,3	0,8	1,0	-0,2	-0,8	1,1

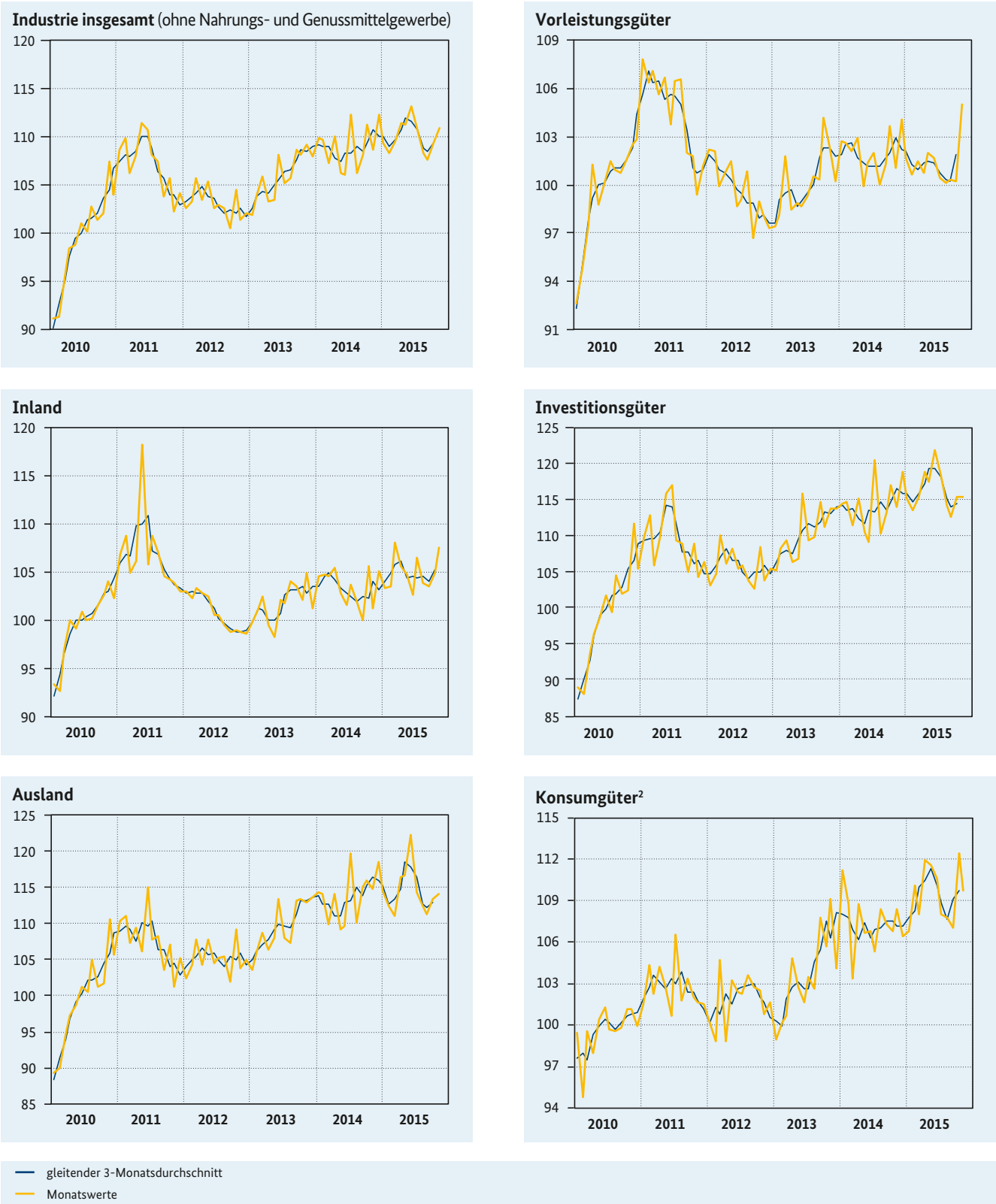
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie[1]

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X–12–ARIMA;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

					2014	2015			2015					
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Auftragseingang [1]														
Bauhauptgewerbe	Index	108,9	111,4	109,4	106,6	114,8	109,5	109,7	112,5	108,2	107,1	107,1	114,8	109,0
	gg. Vp. in %	4,7	2,3	-1,8	-0,9	7,7	-4,6	0,2	4,5	-3,8	-1,0	0,0	7,2	-5,1
	gg. Vj. in %	4,5	2,2	-2,0	-6,2	1,6	-0,1	1,6	3,1	3,1	-4,4	0,9	9,1	2,6
Hochbau	Index	115,3	118,1	117,5	118,0	120,7	117,3	120,8	119,8	115,7	118,5	114,8	129,1	114,7
	gg. Vp. in %	5,7	2,4	-0,5	3,8	2,3	-2,8	3,0	2,8	-3,4	2,4	-3,1	12,5	-11,2
	gg. Vj. in %	5,9	2,4	-0,9	-2,5	-1,2	1,9	5,9	4,3	2,7	-1,6	4,9	14,9	-2,1
Wohnungsbau	Index	126,0	131,0	135,0	141,2	148,5	141,2	157,4	143,3	139,2	157,7	141,0	173,4	142,4
	gg. Vp. in %	7,4	4,0	3,1	15,0	5,2	-4,9	11,5	1,5	-2,9	13,3	-10,6	23,0	-17,9
	gg. Vj. in %	7,2	4,3	2,5	7,3	7,8	3,6	27,8	5,4	5,9	26,3	22,5	34,0	2,8
Hochbau ohne Wohnungsbau	Index	110,0	111,7	108,8	106,5	106,9	105,5	102,7	108,2	104,1	99,1	101,8	107,1	100,9
	gg. Vp. in %	4,8	1,5	-2,6	-2,4	0,4	-1,3	-2,7	3,8	-3,8	-4,8	2,7	5,2	-5,8
	gg. Vj. in %	5,1	1,4	-3,0	-8,0	-6,5	0,9	-6,0	3,7	0,7	-15,9	-4,2	3,4	-5,3
Tiefbau	Index	102,5	104,7	101,3	95,3	108,9	101,6	98,5	105,1	100,7	95,7	99,3	100,6	103,4
	gg. Vp. in %	3,5	2,1	-3,2	-6,1	14,3	-6,7	-3,1	6,2	-4,2	-5,0	3,8	1,3	2,8
	gg. Vj. in %	3,0	1,9	-3,0	-10,9	4,9	-2,3	-3,0	1,6	3,7	-7,3	-3,2	2,4	8,8
Straßenbau	Index	98,6	103,7	99,3	92,8	105,4	99,0	100,2	101,8	98,9	94,4	105,2	101,1	93,4
	gg. Vp. in %	2,6	5,2	-4,2	-4,3	13,6	-6,1	1,2	5,7	-2,8	-4,6	11,4	-3,9	-7,6
	gg. Vj. in %	2,7	3,6	-3,4	-13,0	-1,0	-1,4	2,5	-1,7	5,0	-9,8	13,0	7,2	2,0
Tiefbau ohne Straßenbau	Index	104,8	105,3	102,5	96,8	111,0	103,2	97,5	107,1	101,8	96,5	95,8	100,3	109,4
	gg. Vp. in %	4,0	0,5	-2,7	-7,1	14,7	-7,0	-5,5	6,5	-4,9	-5,2	-0,7	4,7	9,1
	gg. Vj. in %	3,3	0,9	-2,7	-9,7	8,1	-2,8	-6,3	3,8	2,9	-5,7	-12,6	-0,4	12,6
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)	Index	112,8	114,2	112,9	109,5	112,9	110,6	106,5	116,7	107,8	104,0	105,1	110,4	108,9
	gg. Vp. in %	2,8	1,2	-1,1	-3,2	3,1	-2,0	-3,7	8,9	-7,6	-3,5	1,1	5,0	-1,4
	gg. Vj. in %	3,1	1,2	-1,4	-8,1	-4,7	0,5	-6,0	7,6	0,8	-14,3	-5,3	3,0	0,3
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)	Index	98,1	100,6	95,5	89,9	103,2	95,6	93,7	95,9	96,2	89,9	95,3	95,9	95,9
	gg. Vp. in %	5,5	2,5	-5,1	-6,2	14,8	-7,4	-2,0	1,4	0,3	-6,5	6,0	0,6	0,0
	gg. Vj. in %	4,8	2,2	-4,7	-11,5	6,2	-2,6	-2,3	-3,0	4,4	-7,1	-1,6	2,6	5,7
Baugenehmigungen (Neubau) [2]														
Hochbau (veranschlagte Kosten)	Mio. €	70395	76490	78378	19330	17937	20491	22345	6528	7294	7567	7370	7408	7778
	gg. Vj. in %	3,2	8,7	2,5	3,4	0,6	1,4	6,4	-5,7	14,0	-2,8	7,4	16,4	10,2
Wohngebäude	Mio. €	39266	43680	46466	11443	10703	12681	13829	4092	4502	4813	4518	4498	4923
	gg. Vj. in %	5,3	11,2	6,4	7,4	2,8	4,8	10,6	-2,3	13,8	7,2	10,3	14,7	19,7
Nichtwohngebäude	Mio. €	31129	32809	31913	7887	7234	7810	8516	2436	2791	2755	2852	2910	2855
	gg. Vj. in %	0,6	5,4	-2,7	-1,9	-2,5	-3,7	0,2	-10,9	14,3	-16,4	3,2	19,1	-3,0
gewerbliche Auftraggeber	Mio. €	23531	23624	24145	5868	5088	6050	6505	1931	2107	2165	2071	2269	2151
	gg. Vj. in %	2,5	0,4	2,2	-1,6	-10,6	-0,2	-0,3	-9,3	14,3	-15,9	1,3	18,9	-6,5
öffentliche Auftraggeber	Mio. €	7598	9185	7768	2019	2146	1760	2011	506	684	590	781	640	704
	gg. Vj. in %	-4,7	20,9	-15,4	-2,8	24,0	-13,9	1,8	-16,7	14,4	-18,2	8,5	19,7	9,6
Wohngebäude (Rauminhalt) [3]	Mio. m³	126	137	141	34,1	31,8	37,6	40,6	12,1	13,3	14,3	13,2	13,0	13,1
	gg. Vj. in %	2,0	8,5	2,8	4,5	-1,4	2,6	7,8	-4,6	14,0	4,8	7,5	11,5	6,2
	gg. Vp. in %	2,4	8,9	3,1	0,1	1,4	1,4	4,4	-1,0	5,0	-0,4	2,4	0,6	-1,0

					2015				2015					
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
ifo Konjunkturtest [4]														
Kapazitäts- und Geräteauslastung	Salden	71,8	73,8	73,3	62,5	73,4	79,3	78,0	78,8	79,6	79,5	78,9	78,6	76,5
witterungsbedingte Baubehinderungen	Salden	28,4	8,6	13,8	38,3	12,3	1,3	3,3	1,0	1,0	2,0	2,0	2,0	6,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

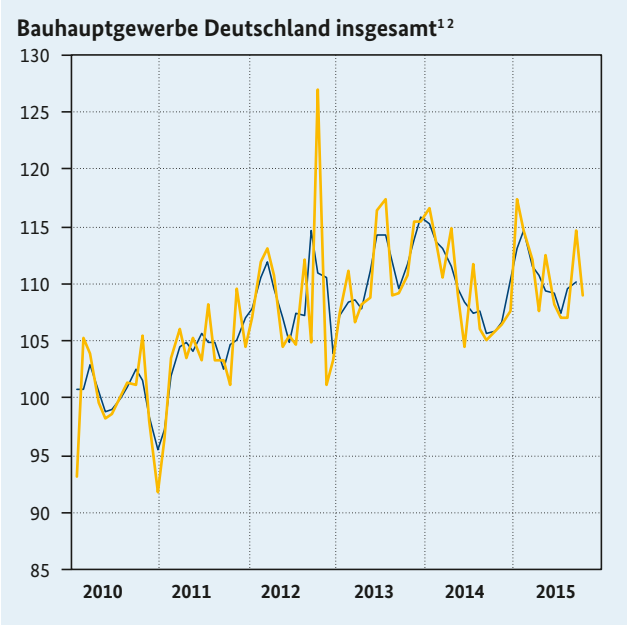
2 Ursprungszahlen;

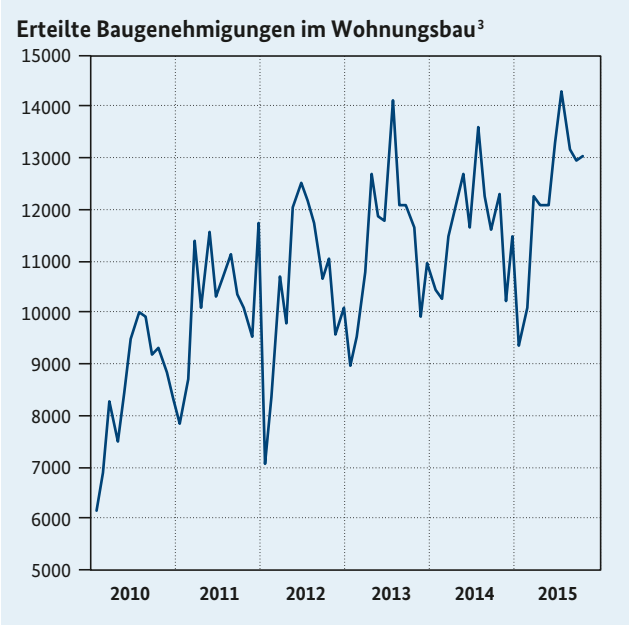
3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;

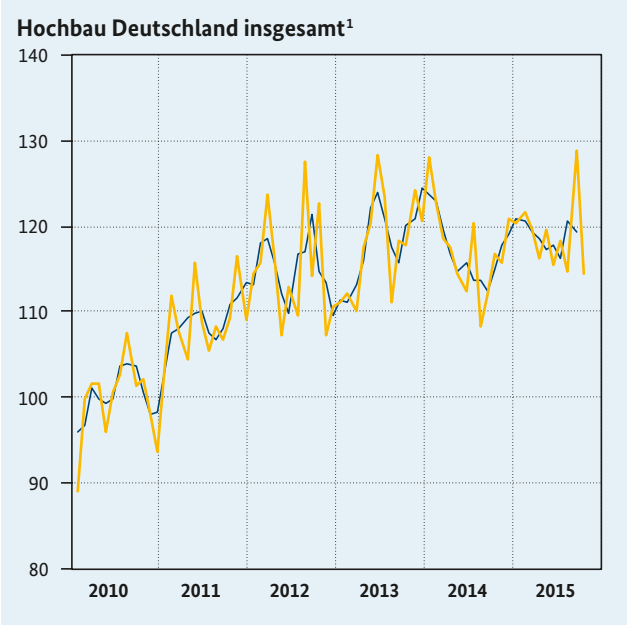
4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

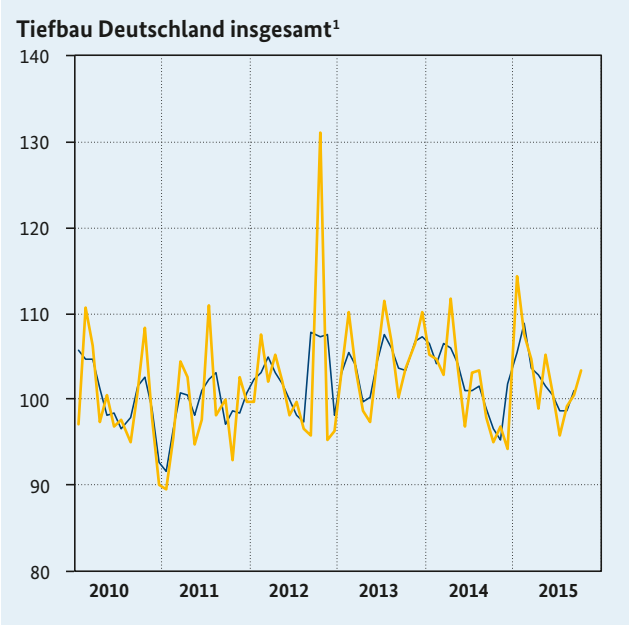
2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland









gleitender 3-Monatsdurchschnitt
Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2015				2015					
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
ifo Konjunkturtest [1]														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	6,2	9,1	9,2	7,5	9,5	9,6	10,2	9,1	9,7	10,1	9,4	10,9	10,4
Geschäftslage	Salden	9,4	13,9	15,5	12,9	16,9	17,4	14,8	16,8	18,4	16,9	14,3	15,6	14,4
Geschäftserwartungen	Salden	3,2	4,4	3,2	2,3	2,5	2,2	5,8	1,7	1,4	3,5	4,6	6,3	6,4
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	9,2	12,9	11,4	10,5	13,0	10,8	11,4	11,4	11,0	10,1	9,8	12,1	12,3
Geschäftslage	Salden	12,3	18,9	19,0	16,6	22,7	20,1	16,6	20,2	22,3	17,9	15,7	17,2	16,8
Geschäftserwartungen	Salden	6,2	7,1	4,2	4,6	3,8	2,0	6,4	3,0	0,3	2,6	4,0	7,1	8,0
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,0	13,5	12,4	12,1	13,7	13,3	10,6	14,2	13,4	12,2	8,1	11,9	11,8
Geschäftslage	Salden	7,8	20,2	18,1	16,8	19,2	19,9	16,5	20,5	20,1	19,0	15,5	16,6	17,5
Geschäftserwartungen	Salden	8,1	7,0	6,8	7,4	8,2	6,8	4,9	8,1	6,9	5,5	0,9	7,4	6,3
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	10,4	15,1	10,6	10,9	11,4	8,6	11,5	8,2	9,1	8,5	9,7	11,9	12,8
Geschäftslage	Salden	14,8	20,5	18,6	15,4	24,2	19,6	15,2	17,1	25,0	16,6	14,2	15,7	15,7
Geschäftserwartungen	Salden	6,1	9,9	2,9	6,4	-0,8	-1,8	7,8	-0,3	-5,8	0,8	5,4	8,2	9,9
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,7	7,6	9,7	7,1	10,9	9,7	11,1	9,2	9,0	11,0	12,0	9,9	11,3
Geschäftslage	Salden	16,3	14,4	19,4	18,0	22,3	19,1	18,4	21,5	19,1	16,8	18,4	18,0	18,7
Geschäftserwartungen	Salden	1,4	1,1	0,4	-3,2	0,1	0,8	4,0	-2,5	-0,5	5,3	5,7	2,1	4,2
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-1,1	-3,0	-2,8	-6,4	-4,4	-2,2	1,6	-4,2	-2,6	0,3	0,6	2,4	1,8
Geschäftslage	Salden	0,1	-3,3	-4,4	-7,3	-4,7	-4,6	-0,9	-7,0	-4,2	-2,6	-3,5	0,3	0,6
Geschäftserwartungen	Salden	-2,3	-2,8	-1,3	-5,5	-4,2	0,3	4,1	-1,3	-1,0	3,2	4,7	4,6	2,9
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	16,8	22,6	28,6	24,9	26,9	29,4	33,3	26,3	31,0	30,9	32,6	33,6	33,7
Geschäftslage	Salden	23,0	32,5	38,9	33,4	39,3	41,5	41,5	38,4	42,4	43,7	41,2	40,4	42,8
Geschäftserwartungen	Salden	10,8	13,3	18,8	16,7	15,0	17,9	25,4	14,8	20,1	18,7	24,3	26,9	24,9
ZEW-Konjunkturerwartungen [2]														
konjunkturelle Lage	Salden	16,9	40,0	57,0	41,0	66,3	65,7	54,9	63,9	65,7	67,5	55,2	54,4	55,0
Konjunkturerwartungen	Salden	44,7	29,6	31,5	52,1	42,2	22,3	9,5	29,7	25,0	12,1	1,9	10,4	16,1

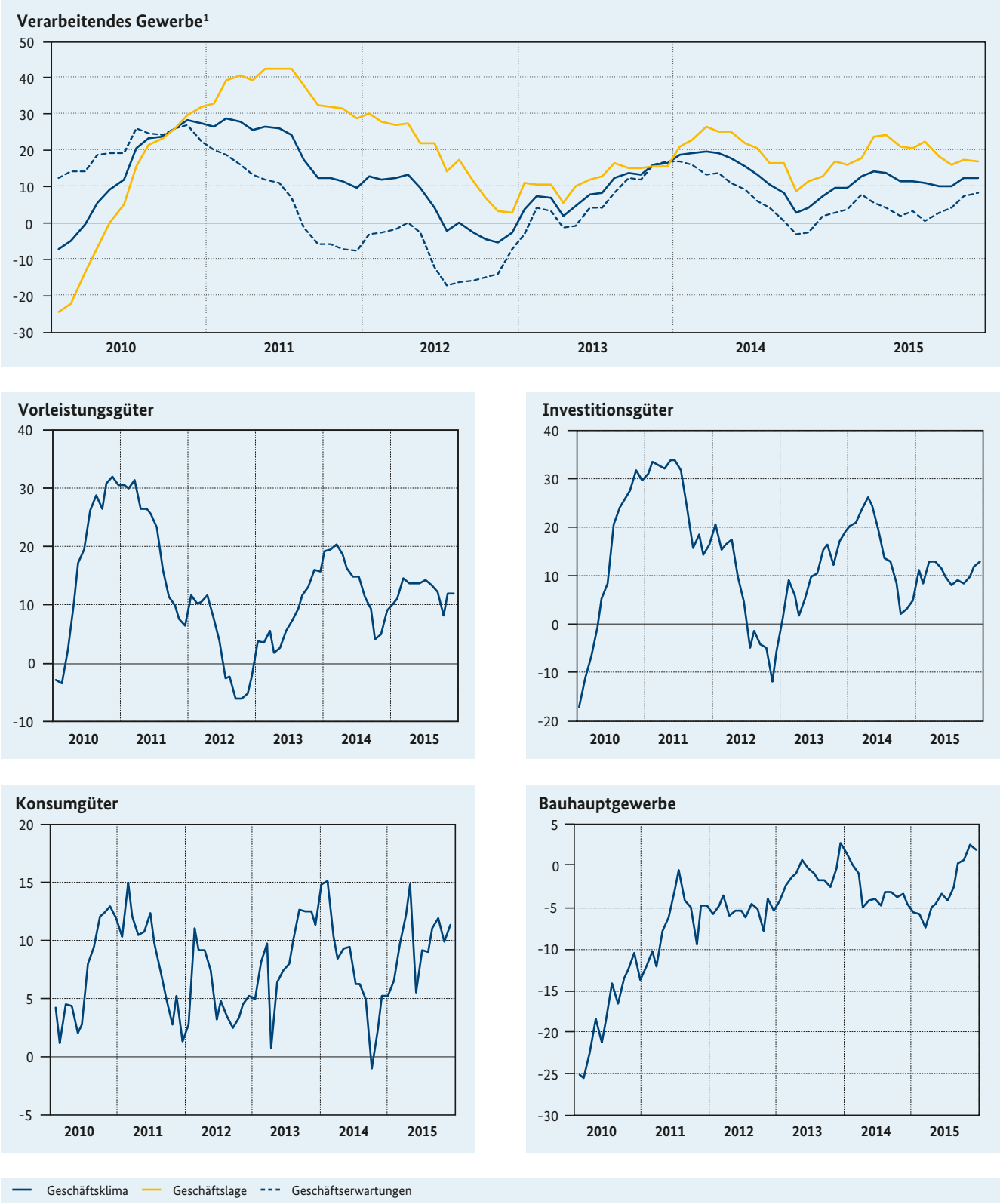
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas[1]

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

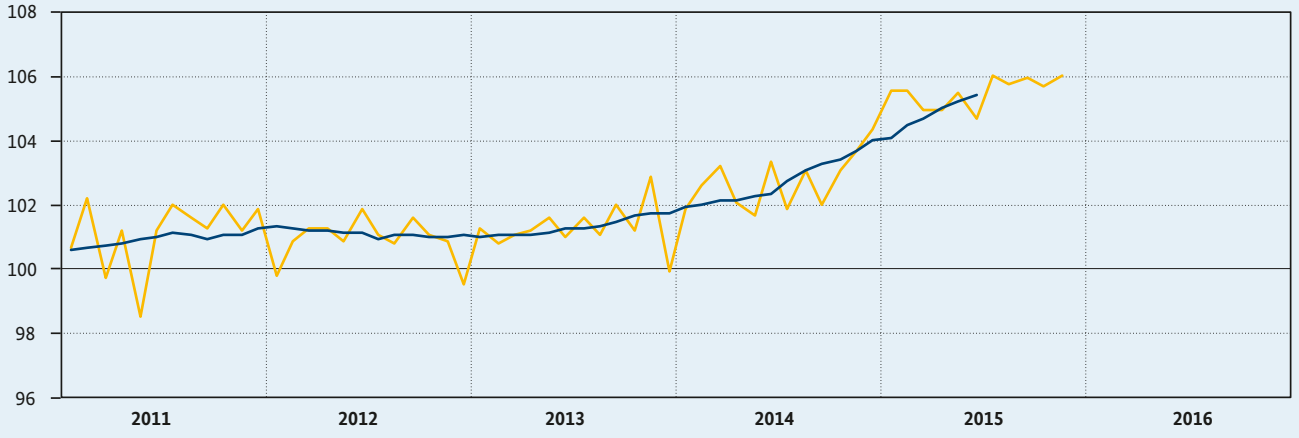
					2013			2014				2015		
		2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung [1]														
Private Konsumausgaben [1]	Index	103,0	103,9	105,9	103,0	103,6	103,2	103,5	103,5	104,1	105,1	105,5	105,6	106,3
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	0,6	0,9	1,9	0,6	0,7	-0,4	0,3	-0,1	0,6	1,0	0,4	0,1	0,6
	gg. Vj. in %	0,6	0,9	1,9	0,7	1,6	0,9	1,0	0,6	0,5	1,6	2,3	1,8	2,1
Verfügbare Einkommen	in Mrd. €	1672	1710	-	417	421	420	424	425	428	435	434	438	441
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	1,8	2,3	-	0,7	1,0	-0,4	1,0	0,1	0,9	1,5	-0,1	0,9	0,6
	gg. Vj. in %	1,8	2,3	-	1,9	3,0	2,0	2,4	2,0	1,7	3,1	2,8	2,9	2,9

					2015				2015					2016
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Einzelhandelsumsätze [1]														
Einzelhandel	Index	101,3	102,8	-	105,4	105,1	106,0	-	105,8	106,0	105,7	106,1	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	0,4	1,5	-	1,6	-0,3	0,9	-	-0,3	0,2	-0,3	0,4	-	-
	gg. Vj. in %	0,5	1,5	-	2,9	2,8	3,5	-	2,6	3,7	2,5	2,4	-	-
Lebensmittel, Getränke,	Index	101,3	102,6	-	104,1	104,6	106,1	-	107,6	105,8	104,2	105,7	-	-
Tabakwaren	gg. Vp. In %	1,0	1,3	-	0,8	0,5	1,4	-	2,6	-1,7	-1,5	1,4	-	-
	gg. Vj. in %	1,0	1,4	-	1,8	1,9	3,9	-	5,8	3,3	1,1	2,1	-	-
Textilien, Bekleidung,	Index	98,8	99,9	-	100,4	101,2	99,3	-	97,3	98,2	100,3	95,3	-	-
Schuhe, Lederwaren	gg. Vp. In %	-0,3	1,1	-	3,2	0,8	-1,9	-	-5,1	0,9	2,1	-5,0	-	-
	gg. Vj. in %	-0,3	1,0	-	-2,2	2,7	-1,0	-	-11,1	3,7	4,3	-3,3	-	-
Geräte der Informations-	Index	117,5	121,7	-	127,8	125,7	127,8	-	127,1	128,1	125,8	127,9	-	-
und Kommunikationstechnik	gg. Vp. In %	1,6	3,6	-	1,5	-1,6	1,7	-	-0,9	0,8	-1,8	1,7	-	-
	gg. Vj. in %	1,6	3,9	-	9,5	3,3	4,2	-	5,3	2,9	-0,2	1,9	-	-
Möbel, Raumausstattung,	Index	99,7	98,9	-	101,6	101,2	99,9	-	98,6	100,4	100,2	101,8	-	-
Haushaltsgeräte, Baubedarf	gg. Vp. In %	-3,0	-0,8	-	1,6	-0,4	-1,3	-	-2,0	1,8	-0,2	1,6	-	-
	gg. Vj. in %	-3,0	-0,7	-	1,7	3,3	2,1	-	-0,2	2,8	0,8	2,0	-	-
Handel mit Kfz einschl.	Index	102,1	104,5	-	110,2	111,8	111,5	-	110,9	111,3	112,0	-	-	-
Instandhaltung und Reparatur	gg. Vp. In %	-1,2	2,4	-	3,9	1,5	-0,3	-	-1,2	0,4	0,6	-	-	-
	gg. Vj. in %	-1,2	2,3	-	5,7	8,6	6,7	-	5,7	6,4	6,1	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe [1]														
Insgesamt	Index	100,8	101,8	-	102,0	103,3	104,1	-	104,5	103,3	103,0	-	-	-
	gg. Vp. In %	-1,4	1,0	-	-0,8	1,3	0,8	-	-0,1	-1,1	-0,3	-	-	-
	gg. Vj. in %	-1,6	1,0	-	0,7	2,7	1,9	-	2,0	-0,1	1,5	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen [2]														
Insgesamt	in Tsd.	2952	3037	3206	758	861	789	798	226	272	278	272	247	-
	gg. Vj. in %	-4,2	2,9	5,6	6,4	4,2	6,1	5,7	6,2	4,8	1,1	8,9	7,7	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1120	1099	1096	255	311	266	264	79	84	95	91	78	-
	gg. Vj. in %	-4,8	-1,9	-0,2	-1,3	-0,6	-2,5	3,7	-2,5	-5,2	-1,0	11,7	1,2	-
Verbraucherpreise [3]														
Insgesamt	Index	105,7	106,6	106,9	106,4	107,0	107,1	107,0	107,2	107,0	107,0	107,1	107,0	-
	gg. Vj. in %	1,5	0,9	0,2	0,0	0,5	0,1	0,3	0,2	0,0	0,3	0,4	0,3	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	4,4	1,0	0,8	-0,6	1,2	0,8	1,8	0,8	1,1	1,6	2,3	1,4	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,3	1,5	1,2	1,3	1,3	1,2	1,1	1,1	1,2	1,1	1,1	1,0	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	4,1	-0,9	-	-4,8	-4,6	-6,4	-	-6,7	-7,0	-6,5	-6,3	-	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-0,5	-0,8	-	-3,4	-1,8	-2,7	-	-2,5	-3,9	-3,5	-2,5	-	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel [4]	Salden	1,8	2,9	7,0	4,1	5,3	10,0	8,8	10,9	14,8	10,9	8,2	7,3	-
Geschäftslage	Salden	5,9	8,9	15,7	11,9	13,1	20,3	17,3	19,9	25,0	18,6	18,5	14,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,2	-2,9	-1,2	-3,3	-2,2	0,0	0,6	2,2	5,0	3,5	-1,6	0,0	-
GfK – Konsumklima [5]	Punkte	6,5	8,5	9,7	9,3	10,1	10,0	9,4	10,1	9,9	9,6	9,4	9,3	9,4
Anschaffungsneigung	Punkte	39,9	48,7	54,7	57,4	59,3	53,4	48,7	53,3	50,8	48,9	48,5	48,7	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.
1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;
2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

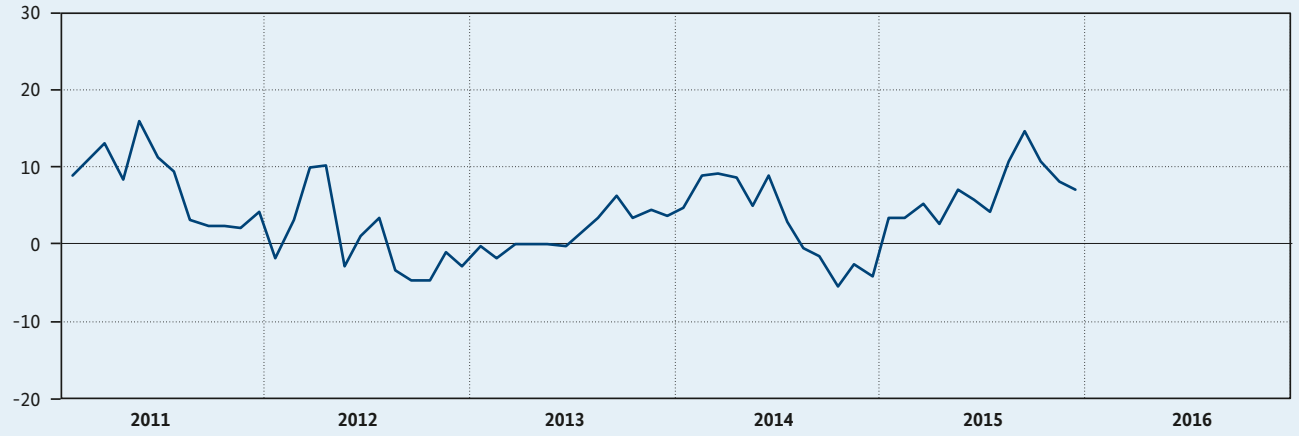
3.2 Entwicklung des privaten Konsums

Einzelhandelsumsätze insgesamt (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)[1]

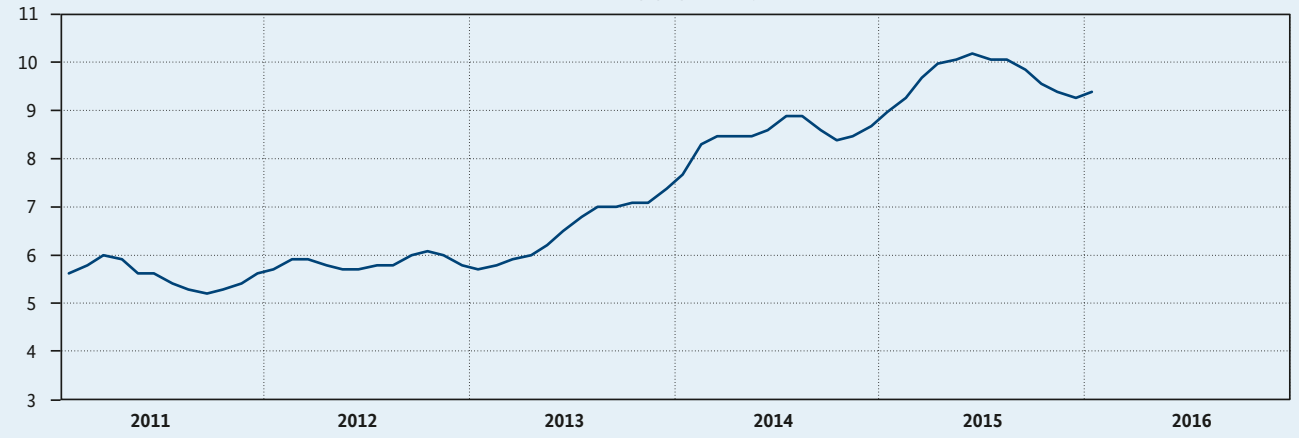


gleitender 12-Monatswert — Monatswerte

Geschäftsklima Einzelhandel – Salden (ifo Institut)[2]



GfK – Indikator Konsumklima (Indikatorpunkte, reale Änderung gegen Vorjahresmonat in %)[3]



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

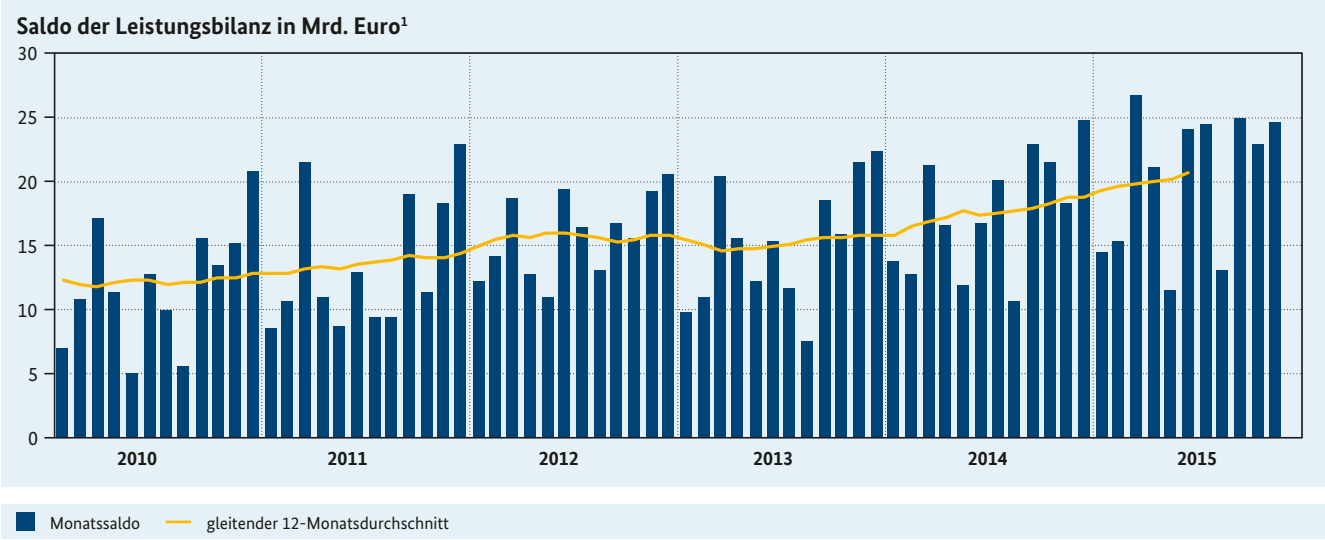
					2014	2015			2015					
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)[1]														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	192	185	216	57	60	63	67	21,7	24,6	21,4	20,8	22,0	22,1
	gg. Vp. in %	18,0	-3,9	16,9	-1,8	6,3	3,8	6,5	8,0	13,2	-12,9	-2,9	5,7	0,5
Warenhandel	in Mrd. €	201	212	228	61	61	69	66	22,9	23,6	21,4	20,7	22,6	21,6
	gg. Vp. in %	25,3	5,5	7,2	2,7	1,0	12,4	-4,4	-4,0	2,8	-9,5	-2,9	8,7	-4,3
Ausfuhr	in Mrd. €	1074	1083	1118	286	289	298	297	99,2	102,2	96,6	98,7	97,0	97,8
	gg. Vp. in %	4,7	0,9	3,2	1,3	1,1	3,4	-0,3	-1,3	3,0	-5,5	2,1	-1,7	0,8
Einfuhr	in Mrd. €	872	870	890	225	228	230	232	76,3	78,6	75,3	77,9	74,5	76,2
	gg. Vp. in %	0,8	-0,2	2,2	1,0	1,1	1,0	0,9	-0,5	3,1	-4,2	3,5	-4,4	2,3
Dienstleistungen	in Mrd. €	-35	-45	-40	-12	-9	-9	-9	-3,2	-3,0	-2,9	-3,5	-3,1	-3,1
	gg. Vp. in %	9,9	26,8	-9,6	11,2	-25,7	10,1	-1,2	10,2	-7,7	-4,0	23,4	-13,6	0,0
Einnahmen	in Mrd. €	192	201	210	53	55	56	58	19,1	19,5	19,1	19,7	18,8	19,3
	gg. Vp. in %	7,2	4,5	4,2	1,3	4,1	2,0	3,7	1,7	2,3	-2,1	2,9	-4,4	2,8
Ausgaben	in Mrd. €	228	246	250	64	64	66	68	22,3	22,5	22,0	23,2	21,8	22,4
	gg. Vp. in %	7,6	7,9	1,7	3,0	-1,2	3,1	3,0	2,9	0,8	-2,3	5,6	-5,8	2,4
Primäreinkommen	in Mrd. €	67	58	67	17	18	16	18	5,4	6,7	5,5	5,5	5,7	5,7
	gg. Vp. in %	-5,0	-13,2	16,4	-3,8	3,9	-11,1	12,3	27,6	24,3	-16,8	-0,9	4,0	0,2
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-41	-41	-39	-9	-10	-12	-7	-3,4	-2,7	-2,7	-1,9	-3,3	-2,2
	gg. Vp. in %	13,5	0,7	-5,3	9,6	6,9	24,7	-40,9	-33,4	-20,1	-2,2	-27,2	68,4	-32,9
Außenhandel nach Ländern[2]														
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1093	1088	1124	287	293	302	301	105,6	107,1	87,9	105,8	106,2	102,2
	gg. Vj. in %	3,0	-0,4	3,3	4,7	6,3	9,1	5,7	14,0	7,1	5,7	4,3	3,2	7,7
EU-Länder	in Mrd. €	620	619	649	164	172	175	172	61,3	60,5	49,4	62,2	62,7	60,7
	gg. Vj. in %	-	-0,2	4,8	5,6	6,1	8,7	6,9	13,1	7,8	5,2	7,4	6,3	9,5
Eurozone[1]	in Mrd. €	406	403	411	103	109	111	106	38,9	37,8	30,0	38,7	39,2	37,8
	gg. Vj. in %	-	-0,8	2,0	1,4	3,5	7,4	6,1	12,5	7,3	3,7	6,9	5,5	8,8
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	214	216	238	62	64	64	66	22,4	22,7	19,4	23,5	23,5	22,9
	gg. Vj. in %	-	1,2	10,1	13,3	10,9	11,0	8,1	14,0	8,6	7,4	8,1	7,5	10,8
Drittländer	in Mrd. €	473	469	475	122	121	127	129	44,3	46,6	38,5	43,7	43,5	41,5
	gg. Vj. in %	-	-0,8	1,2	3,6	6,4	9,6	4,2	15,3	6,1	6,5	0,3	-0,9	5,1
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	899	890	910	229	235	237	238	81,7	82,2	72,7	83,1	83,8	81,7
	gg. Vj. in %	-0,3	-1,0	2,2	2,4	2,7	4,8	5,1	6,7	6,9	4,4	4,0	3,0	5,3
EU-Länder	in Mrd. €	571	575	595	150	152	156	155	53,4	53,7	46,1	55,4	55,3	54,2
	gg. Vj. in %	-	0,7	3,4	2,4	2,0	4,8	6,5	5,3	7,4	5,1	6,7	3,4	6,3
Eurozone	in Mrd. €	401	401	411	103	105	108	106	36,8	37,0	31,3	37,9	37,4	36,8
	gg. Vj. in %	-	0,0	2,3	1,1	1,0	4,1	5,9	3,9	7,5	3,3	6,6	2,5	5,5
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	170	174	184	47	47	49	49	16,6	16,7	14,9	17,5	17,9	17,4
	gg. Vj. in %	-	2,3	6,0	5,2	4,3	6,2	7,7	8,4	7,3	8,9	7,1	5,3	8,2
Drittländer	in Mrd. €	328	315	315	79	82	80	83	28,3	28,5	26,5	27,7	28,5	27,4
	gg. Vj. in %	-	-3,9	0,0	2,4	4,0	4,9	2,7	9,6	6,0	3,4	-1,0	2,3	3,5

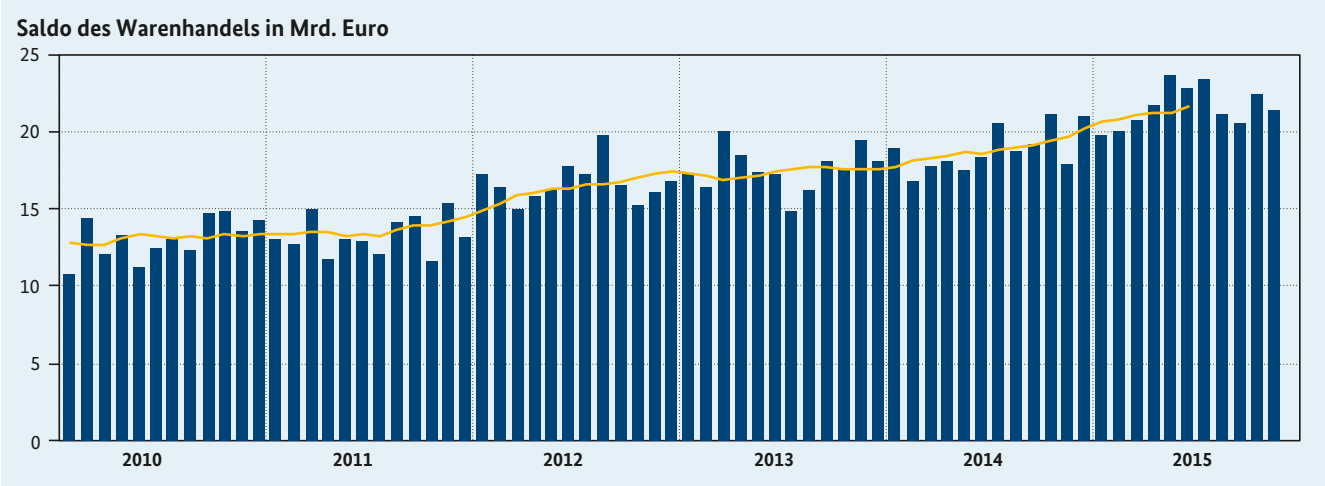
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

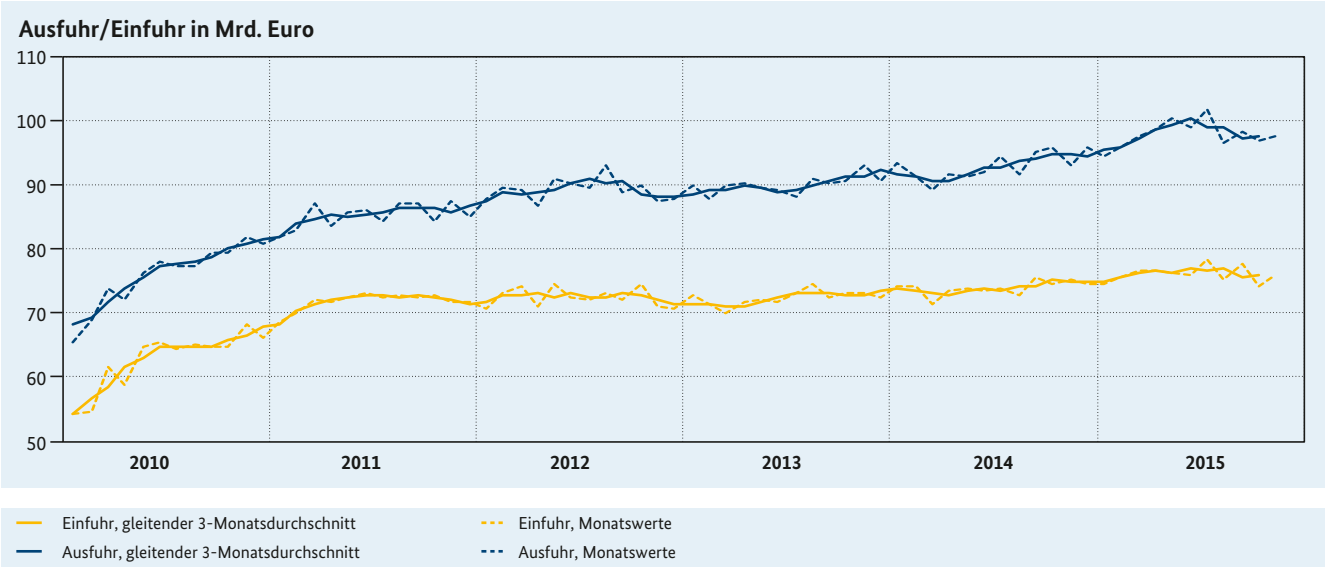
1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft







Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

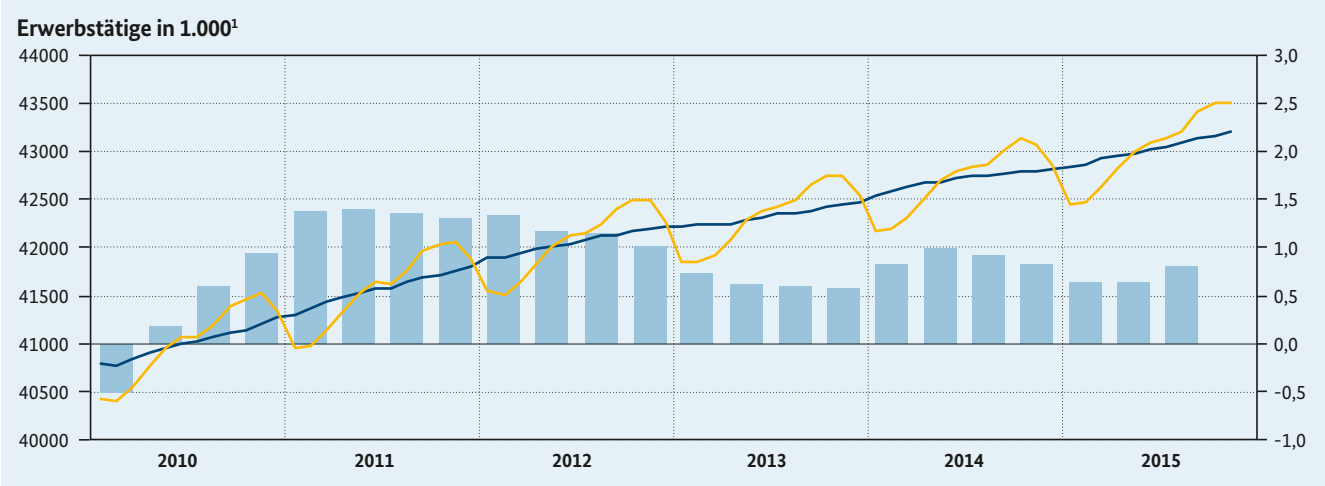
					2015				2015					
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige [1]	in Tsd.	42328	42703	-	42506	42953	43239	-	43133	43195	43388	43494	43490	-
	gg. Vj. in Tsd.	+268	+375	-	+281	+286	+335	-	+300	+338	+368	+376	+423	-
Sozialversicherungspflichtig	in Tsd.	29728	30218	-	30382	30712	31028	-	30747	30994	31343	31389	-	-
Beschäftigte	gg. Vj. in Tsd.	+367	+490	-	+564	+592	+663	-	+626	+682	+681	+713	-	-
Erwerbslose [2]	in Tsd.	2182	2090	-	2101	1953	1847	-	1914	1818	1808	1851	1939	-
	gg. Vj. in Tsd.	-43	-92	-	-165	-95	-187	-	-31	-292	-237	-166	-167	-
Erwerbslosenquote	in %	5,2	5,0	-	5,0	4,7	4,4	-	4,6	4,3	4,3	4,4	4,6	-
Arbeitslose insgesamt [3]	in Tsd.	2950	2898	2795	2993	2772	2759	2655	2773	2796	2708	2649	2633	2681
	gg. Vj. in Tsd.	+53	-52	-104	-116	-114	-102	-83	-99	-106	-100	-83	-84	-82
SGB II	in Tsd.	1981	1965	1936	1983	1950	1932	1879	1943	1945	1909	1885	1869	1883
	gg. Vj. in Tsd.	-14	-16	-29	-49	-36	-19	-13	-20	-23	-14	-11	-13	-14
SGB III	in Tsd.	970	933	859	1011	822	827	775	830	851	799	764	764	798
	gg. Vj. in Tsd.	+67	-36	-75	-67	-78	-83	-70	-79	-83	-86	-73	-70	-68
Westdeutschland	in Tsd.	2080	2075	2021	2137	2003	2013	1929	2019	2042	1979	1930	1916	1943
	gg. Vj. in Tsd.	+80	-6	-54	-55	-60	-59	-41	-57	-63	-59	-45	-41	-37
Ostdeutschland	in Tsd.	870	824	774	856	769	746	725	754	754	729	719	717	739
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-46	-50	-61	-54	-42	-42	-42	-43	-41	-39	-43	-45
Arbeitslosenquote	in %	6,9	6,7	6,4	6,9	6,3	6,3	6,0	6,3	6,4	6,2	6,0	6,0	6,1
Westdeutschland	in %	6,1	5,9	5,7	6,1	5,7	5,7	5,5	5,7	5,8	5,6	5,5	5,4	5,5
Ostdeutschland	in %	10,3	9,8	9,2	10,1	9,1	8,9	8,6	9,0	9,0	8,7	8,6	8,5	8,8
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	637	626	679	597	629	600	600	645	643	596	613	591
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	645	647	633	623	670	630	609	538	622	731	655	629	543
Kurzarbeit [4]	in Tsd.	77	49	-	51	47	33	-	35	26	37	54	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	+10	-27	-	-8	-9	-4	-	-6	-6	-1	+6	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3901	3803	3633	3854	3630	3556	3492	3583	3577	3509	3474	3478	3524
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-99	-169	-167	-177	-178	-156	-172	-180	-183	-163	-159	-147
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	457	490	569	515	560	595	604	589	597	600	612	610	591
	gg. Vj. in Tsd.	-21	+33	+78	+63	+73	+83	+95	+87	+81	+81	+95	+96	+93
saisonbereinigte Angaben [5]														
Erwerbstätige [1]	gg. Vp. in Tsd.	+267	+375	-	+71	+110	+107	-	+39	+33	+49	+32	+42	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+366	+490	-	+208	+167	+176	-	+56	+57	+57	+60	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-42	-86	-	-56	-39	-55	-	-23	-15	-7	-3	-1	-
Erwerbslosenquote	in %	5,2	5,0	-	4,8	4,7	4,6	-	4,6	4,6	4,5	4,5	4,5	-
Arbeitslose insgesamt [3]	gg. Vp. in Tsd.	+53	-53	-103	-41	-26	+1	-23	+8	-8	+1	-7	-14	-13
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-12	-16	-28	-16	+1	+10	-7	+7	-6	+7	-2	-7	-9
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	+65	-37	-75	-25	-27	-8	-16	+1	-1	-7	-5	-7	-5
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	+80	-6	-54	-24	-13	+1	-8	+3	-4	+3	-3	-6	-6
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-27	-46	-50	-18	-13	0	-14	+5	-4	-2	-4	-8	-7
Arbeitslosenquote	in %	6,9	6,7	6,4	6,5	6,4	6,4	6,3	6,4	6,4	6,4	6,4	6,3	6,3
Westdeutschland	in %	6,0	6,0	5,7	5,8	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7
Ostdeutschland	in %	10,3	9,7	9,2	9,3	9,2	9,2	9,0	9,2	9,2	9,2	9,1	9,0	8,9
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-26	-99	-170	-53	-50	-32	-25	-6	-11	-10	-4	-12	-4
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	-21	+33	+78	+18	+20	+23	+33	+9	+5	+7	+16	+11	+10
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	106,1	106,8	108,4	107,6	108,0	108,0	109,8	107,1	108,4	108,6	109,1	109,9	110,5
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	99,8	100,5	100,6	101,0	100,2	100,7	100,6	100,7	100,9	100,5	100,6	100,5	100,6
BA-X Stellenindex	Index	159,1	169,0	192,4	182,7	188,0	194,7	204,3	192,0	195,0	197,0	202,0	205,0	206,0

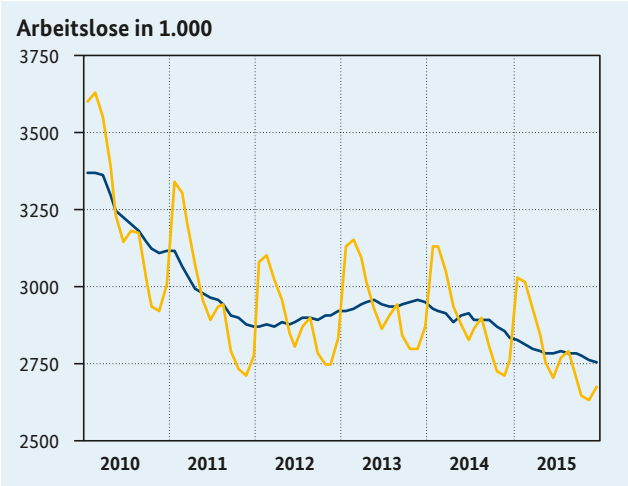
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

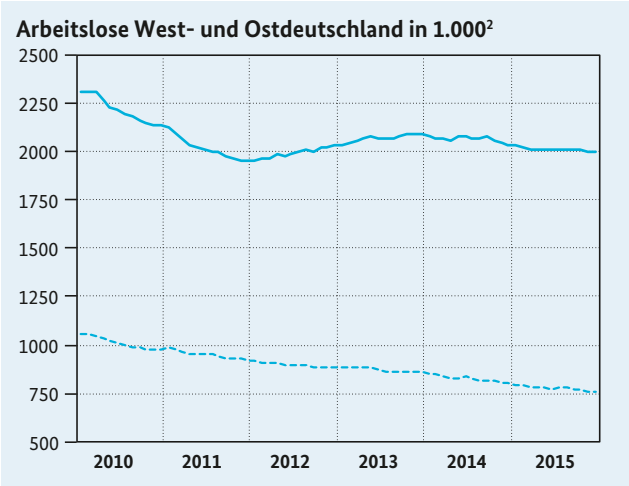
1 Inlandskonzept;
2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

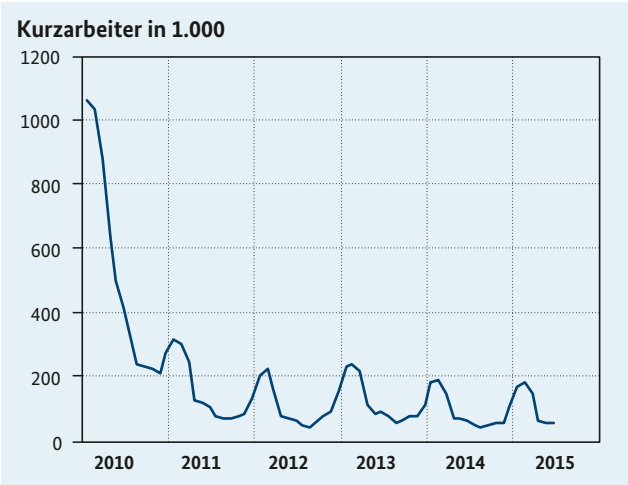
5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

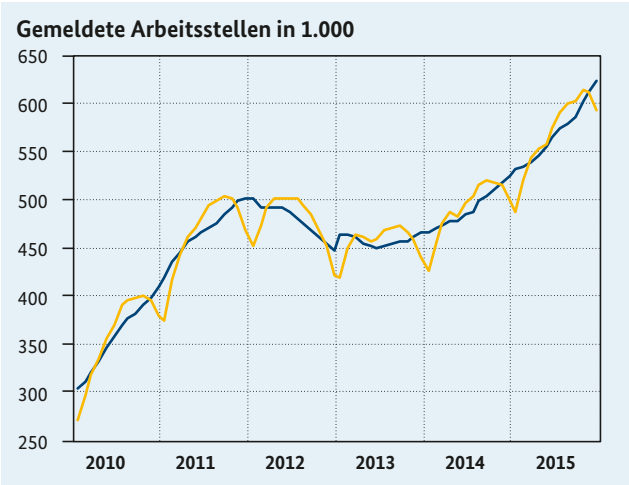
Bundesrepublik Deutschland











Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala) — Ursprungswerte — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
Arbeitslose Westdeutschland — Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.
1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

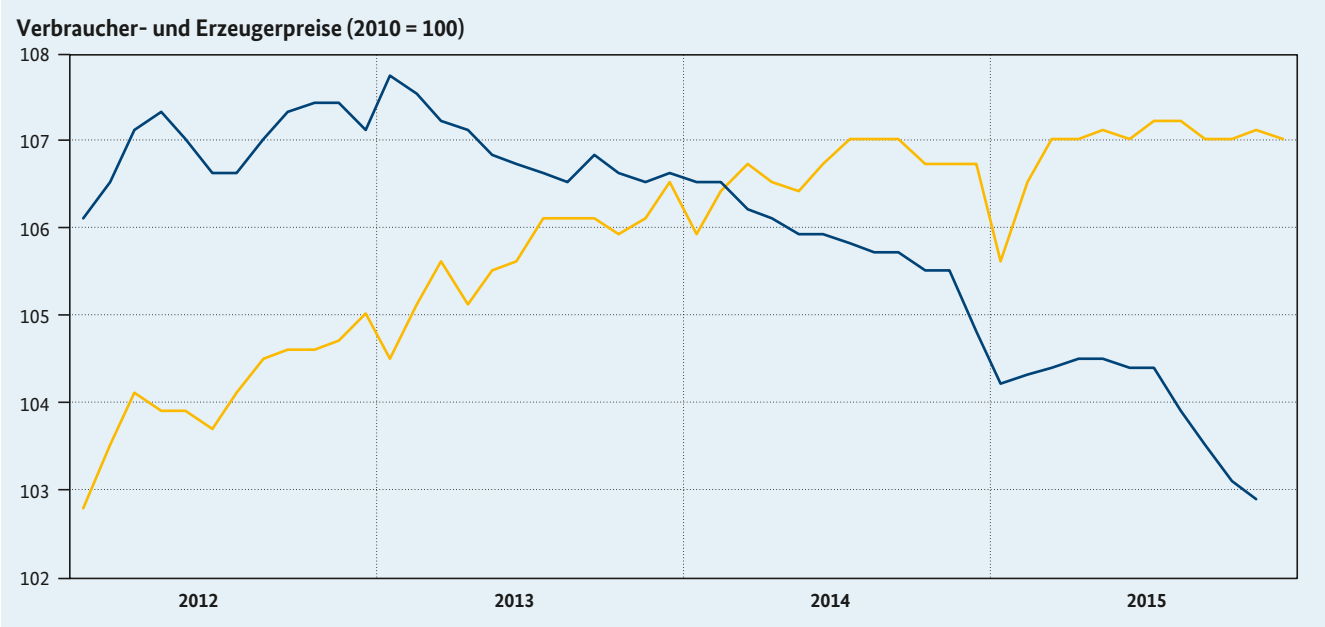
Bundesrepublik Deutschland

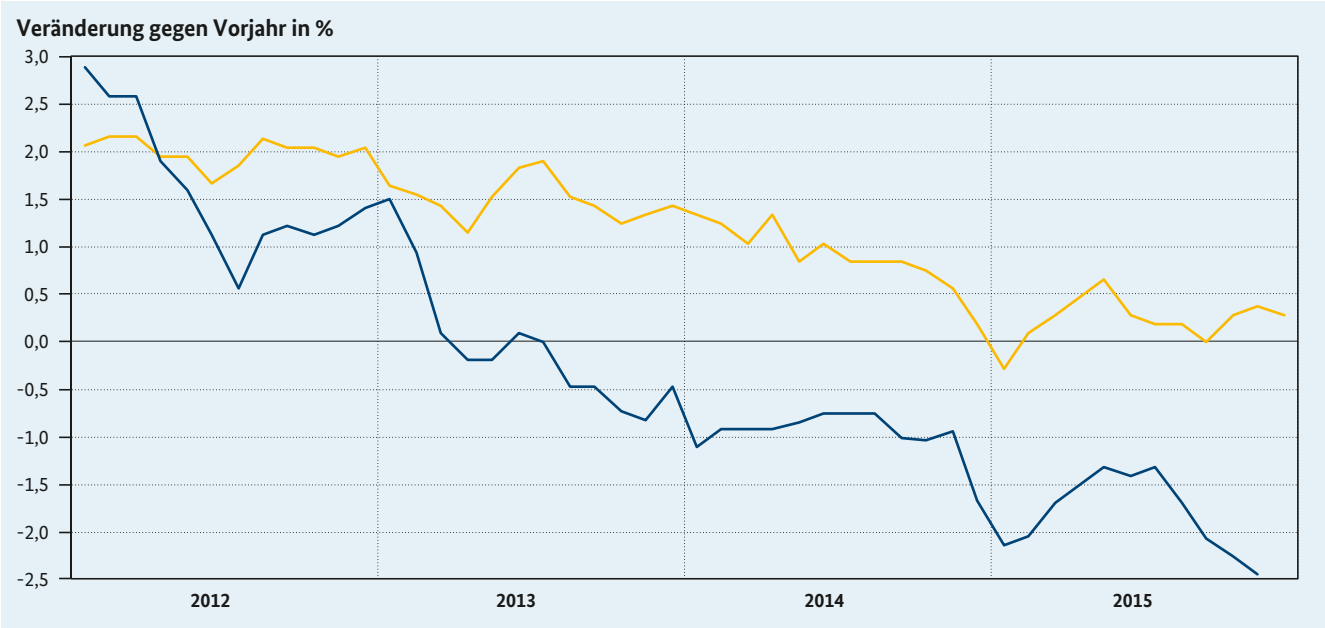
					2015				2015					
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Verbraucherpreise [1]														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	105,7	106,6	106,9	106,4	107,0	107,1	107,0	107,2	107,2	107,0	107,0	107,1	107,0
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	+0,1	+0,5	+0,1	+0,3	+0,2	+0,2	0,0	+0,3	+0,4	+0,3
Waren	Index	107,7	107,9	107,0	106,4	107,8	106,9	106,8	107,0	106,7	107,0	107,1	107,1	106,1
	gg. Vj. in %	+1,7	+0,2	-0,8	-1,4	-0,4	-1,0	-0,7	-0,7	-0,9	-1,3	-0,8	-0,6	-0,6
Verbrauchsgüter	Index	111,5	111,7	-	109,7	111,1	110,0	-	110,8	109,9	109,4	109,3	109,4	-
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,2	-	-2,1	-0,9	-1,9	-	-1,2	-1,8	-2,4	-2,1	-1,5	-
darunter:	Index	110,4	111,5	112,4	112,0	113,0	111,8	112,7	111,8	111,5	112,1	112,7	112,9	112,4
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+4,4	+1,0	+0,8	-0,5	+1,2	+0,8	+1,8	+0,4	+0,8	+1,1	+1,6	+2,3	+1,4
darunter:	Index	120,6	119,5	-	114,4	114,5	112,2	-	113,1	112,0	111,6	111,1	111,0	-
Haushaltsenergie [2]	gg. Vj. in %	+4,1	-0,9	-	-4,8	-4,7	-6,5	-	-5,7	-6,7	-7,0	-6,5	-6,3	-
Gebrauchsgüter,	Index	104,1	104,8	-	104,2	105,8	104,8	-	103,0	104,3	107,2	108,1	107,4	-
mittlere Lebensdauer	gg. Vj. in %	+1,4	+0,7	-	+0,2	+0,5	+0,9	-	+0,7	+1,2	+0,9	+1,9	+0,9	-
Gebrauchsgüter,	Index	97,4	96,9	-	96,8	97,2	97,3	-	97,1	97,4	97,4	97,7	97,8	-
langlebig	gg. Vj. in %	-0,6	-0,5	-	-0,2	+0,3	+0,4	-	0,0	+0,4	+0,7	+1,1	+1,2	-
Dienstleistungen	Index	103,8	105,5	106,8	106,3	106,3	107,3	107,3	107,4	107,6	107,0	106,9	107,1	107,9
	gg. Vj. in %	+1,4	+1,6	+1,2	+1,4	+1,2	+1,1	+1,2	+1,1	+1,2	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2
darunter:	Index	103,8	105,4	106,7	106,2	106,5	106,8	107,1	106,7	106,8	106,9	107,0	107,1	107,1
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,3	+1,5	+1,2	+1,3	+1,2	+1,2	+1,1	+1,2	+1,1	+1,2	+1,1	+1,1	+1,0
Insgesamt ohne Energie	Index	104,2	105,6	106,8	106,2	106,6	107,0	107,4	106,9	107,1	107,1	107,3	107,3	107,6
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,3	+1,1	+1,0	+1,2	+1,0	+1,3	+1,0	+1,1	+1,1	+1,4	+1,3	+1,1
Energie	Index	118,0	115,5	107,4	107,6	110,4	107,7	104,0	109,8	107,5	105,7	104,9	105,0	102,0
	gg. Vj. in %	+1,4	-2,1	-7,0	-7,3	-5,6	-7,6	-7,6	-6,2	-7,6	-9,3	-8,6	-7,5	-6,5
Insgesamt (saisonbereinigt [3])	Index	105,7	106,6	106,9	106,4	107,1	107,0	107,0	107,1	107,0	107,0	107,1	107,1	106,8
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	0,0	+0,5	+0,1	+0,4	+0,3	+0,1	0,0	+0,3	+0,3	+0,5
HVPI [4]	Index	115,3	116,2	116,3	115,8	116,5	116,6	116,5	116,7	116,7	116,4	116,4	116,5	116,5
	gg. Vj. in %	+1,6	+0,8	+0,1	-0,1	+0,3	0,0	+0,3	+0,1	+0,1	-0,2	+0,2	+0,3	+0,2
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte [5]														
Insgesamt	Index	106,9	105,8	-	104,3	104,5	103,9	-	104,4	103,9	103,5	103,1	102,9	-
	gg. Vj. in %	-0,1	-1,0	-	-2,0	-1,4	-1,7	-	-1,3	-1,7	-2,1	-2,3	-2,5	-
Vorleistungsgüter	Index	104,6	103,5	-	102,5	102,9	102,6	-	103,0	102,6	102,2	101,6	101,1	-
	gg. Vj. in %	-1,1	-1,1	-	-1,2	-0,6	-1,0	-	-0,6	-1,0	-1,4	-1,9	-2,2	-
Investitionsgüter	Index	103,0	103,5	-	103,9	104,1	104,3	-	104,3	104,3	104,3	104,3	104,4	-
	gg. Vj. in %	+0,8	+0,5	-	+0,6	+0,7	+0,8	-	+0,8	+0,8	+0,7	+0,6	+0,7	-
Konsumgüter	Index	108,4	109,0	-	107,9	108,2	108,2	-	108,2	108,1	108,3	108,3	108,2	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+0,6	-	-1,2	-1,1	-1,0	-	-1,2	-1,2	-0,7	-0,2	+0,1	-
Gebrauchsgüter	Index	104,3	105,7	-	106,6	107,0	107,3	-	107,2	107,3	107,3	107,3	107,5	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+1,3	-	+1,1	+1,3	+1,4	-	+1,3	+1,4	+1,3	+1,3	+1,5	-
Verbrauchsgüter	Index	109,0	109,5	-	108,1	108,4	108,3	-	108,3	108,2	108,5	108,4	108,3	-
	gg. Vj. in %	+2,1	+0,5	-	-1,5	-1,4	-1,4	-	-1,5	-1,5	-1,0	-0,5	-0,1	-
Energie	Index	112,0	108,5	-	104,3	104,1	102,3	-	103,5	102,3	101,2	100,3	100,1	-
	gg. Vj. in %	-0,9	-3,1	-	-5,5	-4,3	-5,1	-	-4,1	-5,0	-6,1	-6,5	-7,1	-
Baupreise [6]														
Wohngebäude	Index	107,5	109,4	111,1	110,6	110,9	111,4	111,6	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,8	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	108,9	110,3	111,4	111,1	111,3	111,4	111,6	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,4	+1,3	+1,0	+1,3	+1,2	+0,5	+0,7	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2005 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise





Verbraucherpreise — Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Quelle: Statistisches Bundesamt.

6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2015				2015					
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Weltmarktpreise für Rohstoffe [1]														
Insgesamt	Index	122,5	113,8	66,8	69,2	76,7	64,4	56,9	70,2	61,5	61,5	61,7	57,8	51,1
	gg. Vj. in %	-2,0	-7,2	-41,3	-43,1	-38,2	-45,1	-38,1	-42,7	-47,6	-45,3	-39,9	-38,6	-35,2
Nahrungs- und Genussmittel	Index	109,1	105,9	87,8	92,2	87,6	87,1	84,4	91,5	86,3	83,4	85,7	83,9	83,5
	gg. Vj. in %	-10,9	-2,9	-17,1	-14,7	-25,0	-13,3	-14,3	-11,8	-15,2	-12,7	-12,2	-15,7	-15,1
Industrie-Rohstoffe	Index	93,6	89,0	70,0	76,2	74,2	67,5	62,2	69,2	66,5	66,7	65,1	61,2	60,3
	gg. Vj. in %	-2,7	-4,9	-21,3	-16,4	-17,5	-25,5	-26,4	-24,3	-27,3	-24,7	-24,4	-28,1	-26,7
Energie-Rohstoffe	Index	129,1	119,1	64,7	66,2	76,4	62,3	53,9	68,9	58,9	59,0	59,4	55,3	47,0
(Rohöl und Kohle)	gg. Vj. in %	-1,4	-7,7	-45,7	-48,5	-41,8	-49,7	-42,0	-47,0	-52,3	-50,1	-44,1	-42,1	-38,9
Außenhandelspreise [2]														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	105,9	103,6	-	101,5	102,9	100,6	-	101,8	100,3	99,6	99,3	99,1	-
	gg. Vj. in %	-2,6	-2,2	-	-2,9	-0,9	-3,0	-	-1,7	-3,1	-4,0	-4,1	-3,5	-
Güter der	Index	112,6	111,9	-	113,6	113,7	111,6	-	111,9	111,2	111,7	112,1	111,8	-
Ernährungswirtschaft	gg. Vj. in %	+0,9	-0,6	-	+0,5	+1,3	+0,5	-	+1,1	+0,1	+0,3	+0,7	+0,7	-
Güter der gewerblichen	Index	105,3	102,8	-	100,2	101,8	99,4	-	100,8	99,2	98,3	98,0	97,8	-
Wirtschaft	gg. Vj. in %	-2,9	-2,4	-	-3,3	-1,2	-3,4	-	-2,0	-3,4	-4,7	-4,6	-4,0	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	118,1	109,0	-	91,5	95,8	86,4	-	90,9	85,1	83,2	82,6	80,6	-
	gg. Vj. in %	-6,9	-7,7	-	-19,6	-14,1	-20,8	-	-17,3	-21,6	-23,7	-22,7	-21,8	-
Fertigwaren	Index	101,3	100,9	-	102,9	103,7	103,5	-	103,9	103,5	103,1	102,7	103,2	-
	gg. Vj. in %	-1,4	-0,4	-	+2,4	+3,3	+2,5	-	+3,2	+2,6	+1,9	+1,3	+1,7	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,3	104,0	-	104,8	105,4	105,0	-	105,4	104,9	104,6	104,4	104,5	-
	gg. Vj. in %	-0,6	-0,3	-	+0,8	+1,4	+0,8	-	+1,2	+0,8	+0,3	+0,2	+0,3	-
Terms of Trade	Verhältnis	98,5	100,4	-	103,3	102,4	104,4	-	103,5	104,6	105,0	105,1	105,4	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,9	-	+3,9	+2,4	+3,8	-	+3,0	+4,0	+4,5	+4,4	+3,8	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,33	1,33	1,11	1,13	1,10	1,11	1,09	1,10	1,11	1,12	1,12	1,07	1,09
	gg. Vj. in %	+3,3	+0,1	-16,5	-17,7	-19,4	-16,1	-12,3	-18,8	-16,3	-13,0	-11,3	-13,9	-11,8
in Yen	Kurs	129,7	140,4	134,3	134,2	134,1	135,9	132,9	135,7	137,1	134,9	134,8	131,6	132,4
	gg. Vj. in %	+26,3	+8,3	-4,3	-4,7	-4,2	-1,3	-7,0	-1,5	0,0	-2,6	-1,5	-9,3	-10,0
in Pfund-Sterling	Kurs	0,85	0,81	0,73	0,74	0,72	0,72	0,72	0,71	0,71	0,73	0,73	0,71	0,73
	gg. Vj. in %	+4,7	-5,0	-10,0	-10,2	-11,5	-9,6	-8,5	-10,9	-10,4	-7,6	-7,1	-10,6	-7,9
Effektive Wechselkurse des Euro [3]														
nominal	Index	101,2	101,8	92,3	93,0	91,2	92,7	92,4	91,3	93,0	93,8	93,6	91,1	92,5
	gg. Vj. in %	+3,6	+0,6	-9,3	-10,1	-11,9	-8,4	-6,7	-10,7	-8,4	-6,1	-5,5	-7,9	-6,6
real, auf Basis von	Index	98,2	97,9	88,4	89,2	87,5	88,7	88,3	87,5	89,0	89,7	89,5	87,0	88,3
Verbraucherpreisen	gg. Vj. in %	+3,3	-0,3	-9,7	-10,8	-12,1	-8,7	-7,0	-10,9	-8,7	-6,5	-5,8	-8,4	-6,9
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft [4]														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	98,4	98,5	94,7	95,0	94,5	94,8	94,6	94,4	94,9	95,2	95,1	94,1	94,6
	gg. Vj. in %	+2,5	+0,1	-3,9	-4,1	-4,5	-3,6	-3,1	-4,3	-3,6	-3,0	-2,5	-3,7	-3,1
56 Länder	Index	90,4	91,0	86,4	86,6	85,5	86,9	86,8	85,7	87,1	87,8	87,5	85,9	86,9
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,7	-5,1	-6,1	-6,8	-4,1	-3,2	-5,9	-4,0	-2,4	-2,3	-4,1	-3,3

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010 = 100;

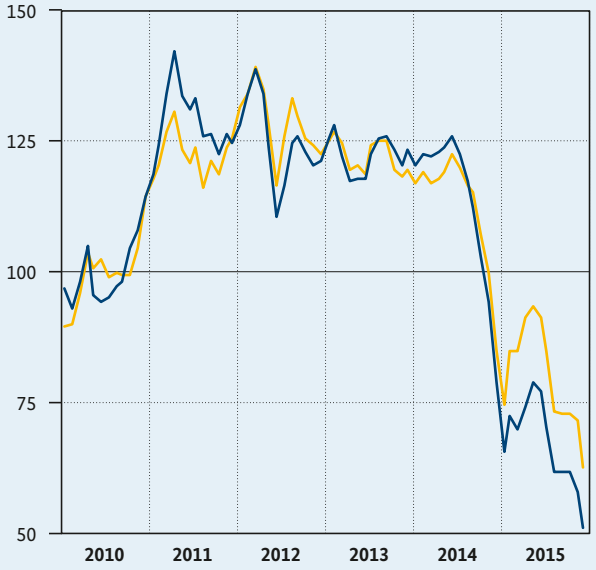
2 Index 2010 = 100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

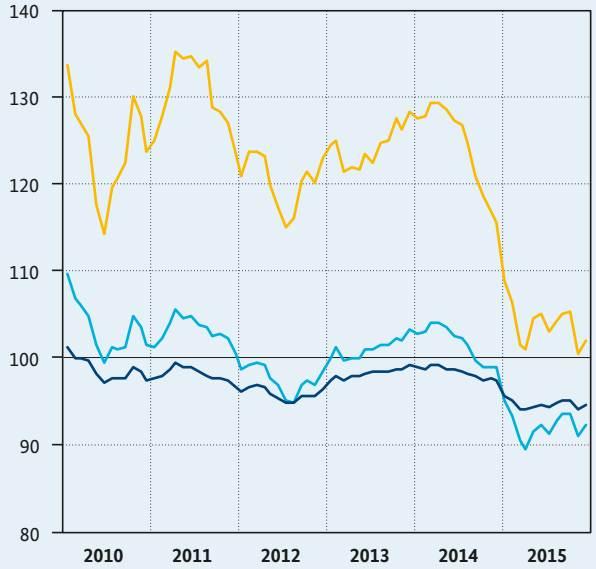
6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro

Index der Weltmarktrohstoffpreise (2010 = 100)



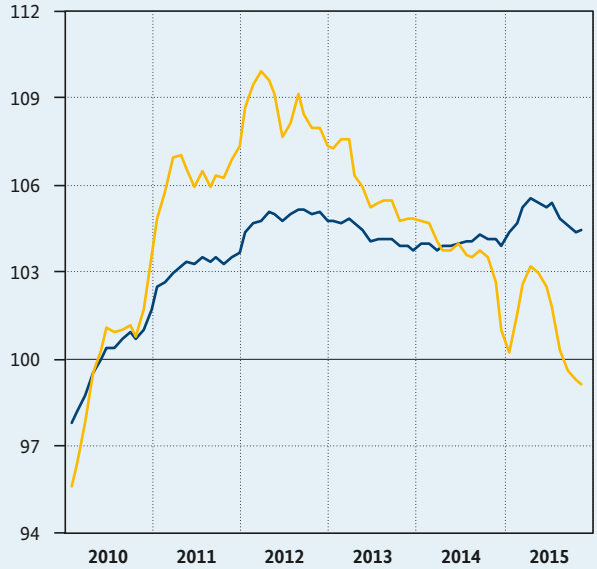
auf Euro-Basis
auf US-Dollar-Basis

Außenwert/Effektiver Wechselkurs des Euro



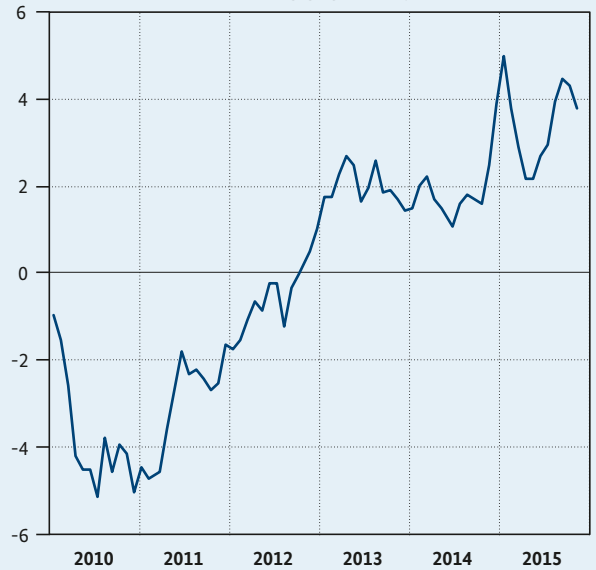
Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro [1]; 1. Quartal 1999 = 100
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit [2]

Außenhandelspreise, Index 2010 = 100



Einfuhrpreise
Ausfuhrpreise

Terms of Trade, Veränderung gegen Vorjahr in %



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;

2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

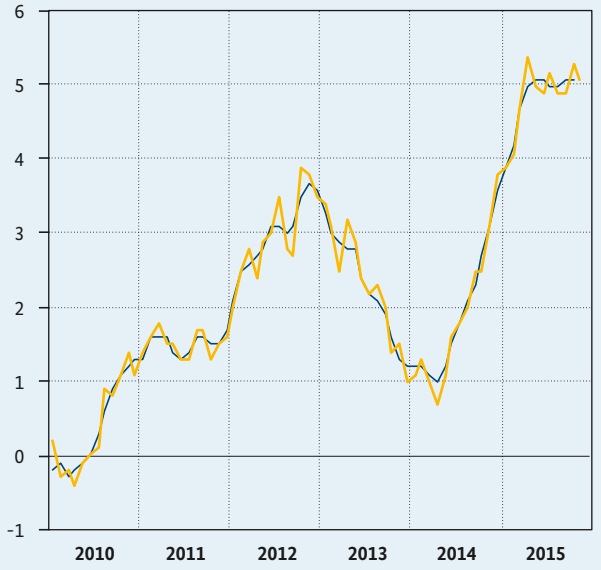
					2015				2015					
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jul.	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz[1]	Zinssatz	-	0,12	-0,13	-0,05	-0,13	-0,15	-0,20	-0,14	-0,16	-0,16	-0,15	-0,18	-0,27
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,22	0,21	-0,02	0,05	-0,01	-0,03	-0,09	-0,02	-0,03	-0,04	-0,05	-0,09	-0,13
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,34	0,31	0,05	0,13	0,06	0,04	-0,01	0,05	0,04	0,04	0,02	-0,02	-0,04
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,54	0,48	0,17	0,26	0,17	0,16	0,09	0,17	0,16	0,15	0,13	0,08	0,06
Differenz 3M-EURIBOR ./. 3M-Repo-Satz[1]	Zinssatz	-	0,09	0,11	0,09	0,12	0,13	0,11	0,12	0,13	0,12	0,09	0,09	0,15
Umlaufsrendite 3–5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,41	0,22	-0,12	-0,14	-0,08	-0,09	-0,19	-0,06	-0,11	-0,09	-0,15	-0,22	-0,20
Umlaufsrendite 5–8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,94	0,64	0,13	0,03	0,17	0,23	0,08	0,28	0,19	0,22	0,10	0,06	0,08
Umlaufsrendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,57	1,16	0,50	0,31	0,49	0,66	0,53	0,71	0,61	0,65	0,52	0,52	0,55
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1[2]	gg. Vj. in %	7,0	6,0	-	9,4	11,3	11,8	-	12,2	11,5	11,7	11,8	11,2	-
Wachstum der Geldmenge M2[2]	gg. Vj. in %	4,0	2,6	-	4,3	5,1	5,2	-	5,4	5,1	5,2	5,4	5,3	-
Wachstum der Geldmenge M3[2]	gg. Vj. in %	2,3	1,9	-	4,2	5,1	5,0	-	5,2	4,9	4,9	5,3	5,1	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt[2]	gg. Vj. in %	2,3	1,9	-	4,3	5,1	5,0	-	5,0	5,0	5,1	5,1	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum[3]	gg. Vj. in %	-0,9	-2,0	-	-0,1	+0,4	+0,9	-	+0,9	+1,1	+0,8	+1,1	+1,3	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	-1,2	-1,6	-	+0,3	+0,8	+1,0	-	+1,1	+1,1	+0,7	+1,1	+1,4	-
an den privaten Sektor in Deutschland[2]	gg. Vj. in %	+0,6	+1,0	-	+2,5	+2,1	+2,9	-	+2,9	+3,0	+2,7	+2,7	+2,8	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+0,6	+0,8	-	+1,9	+1,9	+2,2	-	+2,2	+2,3	+2,2	+2,5	+2,5	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D.[3]	gg. Vj. in %	-0,7	-0,2	-	-0,5	-1,2	-0,9	-	-0,7	-0,9	-1,0	-0,7	-0,6	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-4,5	-2,9	-	+0,7	-1,4	-0,9	-	-1,7	-0,8	-0,3	0,0	-2,3	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-1,2	+1,1	-	+1,1	-2,6	-3,0	-	-2,7	-3,1	-3,2	-3,0	-2,2	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+0,3	+0,3	-	-1,1	-0,9	-0,4	-	-0,2	-0,4	-0,7	-0,4	+0,2	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland[3]	gg. Vj. in %	+1,0	+1,2	-	+1,6	+1,9	+2,3	-	+2,2	+2,3	+2,4	+2,5	+2,6	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+2,3	+2,2	-	+3,0	+3,2	+3,6	-	+3,6	+3,5	+3,7	+3,7	+3,7	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30)[4]	Index	8307	9537	10969	10962	11598	10686	10630	11288	10818	9953	10222	10986	10681
	gg. Vp. in %	+21,1	+14,8	+15,0	+16,2	+5,8	-7,9	-0,5	+0,5	-4,2	-8,0	+2,7	+7,5	-2,8
Dow Jones Euro Stoxx (50)[5]	Index	2793	3145	3445	3438	3624	3385	3335	3545	3444	3165	3275	3440	3288
	gg. Vp. in %	+15,6	+12,6	+9,5	+10,7	+5,4	-6,6	-1,5	+0,7	-2,8	-8,1	+3,5	+5,0	-4,4
Standard & Poor's 500[5]	Index	1642	1931	2061	2064	2102	2026	2053	2093	2040	1943	2025	2081	2054
	gg. Vp. in %	+19,1	+17,6	+6,7	+2,5	+1,8	-3,6	+1,4	-0,3	-2,6	-4,7	+4,2	+2,8	-1,3
Nikkei 225[5]	Index	13540	15475	19166	18173	20032	19422	19037	20385	19919	17961	18377	19553	19182
	gg. Vp. in %	+48,6	+14,3	+23,8	+8,9	+10,2	-3,0	-2,0	-0,1	-2,3	-9,8	+2,3	+6,4	-1,9

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
3 Ursprungszahlen;
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
5 Kurs- bzw. Preisindex.

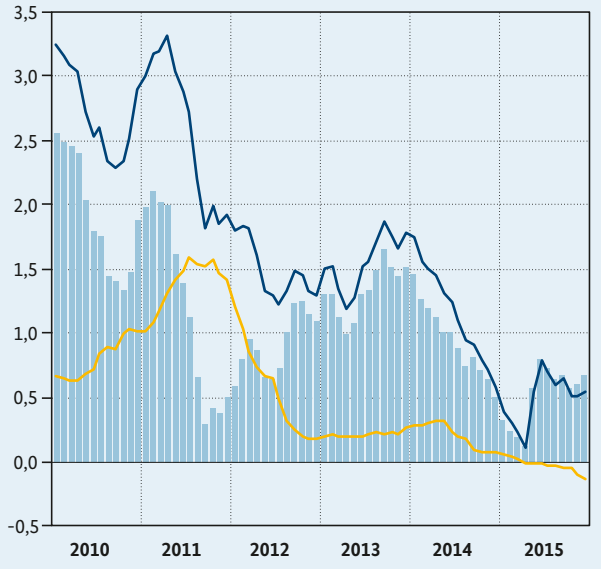
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur

Wachstum der Geldmenge M3 in der EWU



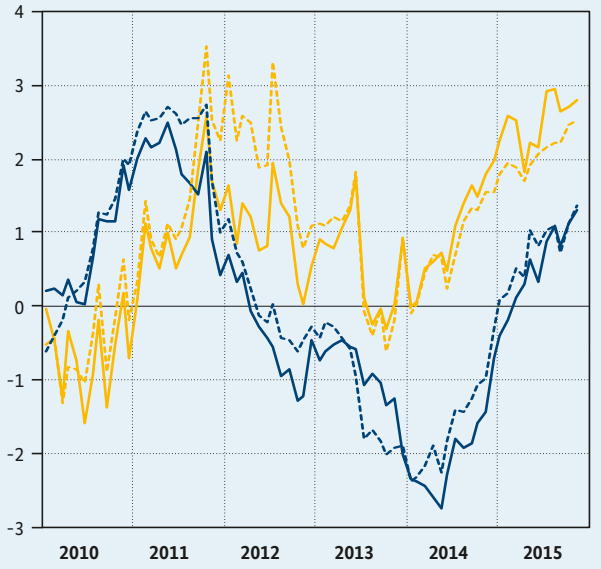
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in % [1]
- monatlich
- gleitender 3-Monatsdurchschnitt

Umlaufsrendite, EURIBOR, in % p.a.



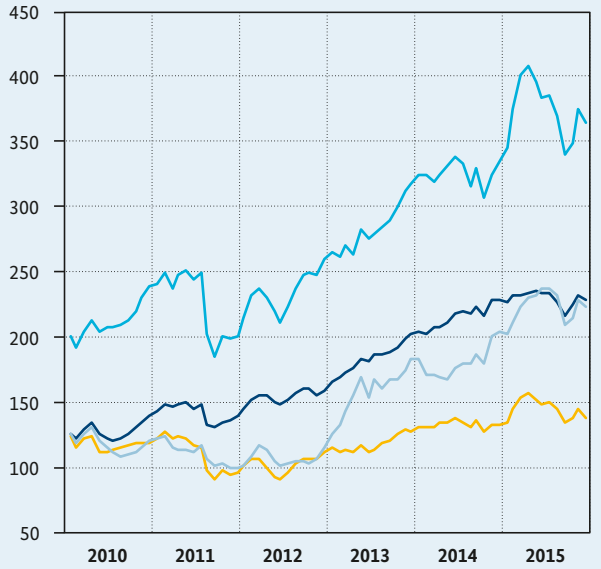
- EURIBOR 3-Monatsgeld [2]
- Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit [2]
- Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR

Kredite an Nichtbanken



Veränderung gegen Vorjahr in %
- Deutschland
- EWU
- Buchkredite Deutschland
- Buchkredite EWU

Aktienindizes



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
- DAX 30 [3]
- Dow Jones Euro Stoxx (50) [4]
- Standard & Poor's 500 [4]
- Nikkei 225 [4]

Quelle: Deutsche Bundesbank.
1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
2 Monatsdurchschnitte;
3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzeltatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obgleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Dr. Astrid Klesse
(Der Jahreswirtschaftsbericht 2016: Zukunftsfähigkeit sichern – Die Chancen des digitalen Wandels nutzen)

Dr. Jens Mundhenke
(Das Klimaschutzabkommen von Paris)

Dorothea Schneider und Katharina Dubel
(Ladestationen für Elektroautos – einfach, sicher, bedarfsgerecht)

Dr. Hasso Rieck und Martin Lutz
(Einigung auf der 10. WTO-Ministerkonferenz)

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
Februar 2015	Der Jahreswirtschaftsbericht 2015 Effekt der kalten Progression: Eine wirtschaftspolitische Analyse Kompass der Energiewende
März 2015	Sinkende Arbeitslosigkeit ist nicht genug Neue Märkte in Subsahara-Afrika – Herausforderungen und Chancen Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Deutschland – eine Bestandsaufnahme Mehr Energieeffizienz bei Staubsaugern
April 2015	Das Momentum für mehr Weitblick in der Europapolitik nutzen Ausschreibung der Förderung erneuerbarer Energien beginnt Partner Indien – Perspektiven 2015 Auf dem Weg zu mehr Forschung und Innovation in Deutschland
Mai 2015	Frühjahrsprojektion 2015 der Bundesregierung: Deutsche Wirtschaft im Aufschwung Stärkung von Investitionen in Deutschland Online-Befragung zeigt großen kommunalen Investitionsbedarf Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Fokus Das Nationale Reformprogramm 2015 Expo Milano 2015
Juni 2015	ZIM – optimiert: Neue Richtlinie für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand Reformierte EU-Kohäsionspolitik 2014 – 2020 Intelligent vernetzt
Juli 2015	Auswirkungen höherer öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die Wirtschaft des Euroraums Durch Vernetzung Energiezukunft gestalten Erneuerbare Energien und Energieeffizienz: Exportschlager „made in Germany“ Elektromobilität mit System G7-Energieminister beschließen „Hamburg Initiative“ für nachhaltige Energiesicherheit
August 2015	Unter Strom: Die Elektroindustrie leistet einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands Mit Mittelstand 4.0 in die digitale Zukunft gehen „Klein, aber fein“ – Neuauflage des Mikrokreditfonds schließt Marktlücke in der Kreditfinanzierung von Kleinstunternehmen
September 2015	Neue Erkenntnisse zu den volkswirtschaftlichen Effekten der Gesundheitswirtschaft Gesundheit – made in Germany Neuer Schwung für eine bessere Rechtsetzung in der Europäischen Union „Versprochen – gehalten“ – Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung in Deutschland Die Stromversorgung bleibt sicher und kostengünstig
Oktober 2015	Wachstumsdynamik und „Kleinteiligkeit“ der ostdeutschen Wirtschaft Stärkung der Berufsaufsicht über die Wirtschaftsprüfer Ein Jahr Digitale Agenda 2014 – 2017

Ausgabe	Fachartikel
November 2015	Herbstprojektion der Bundesregierung vom 14. Oktober 2015 Gemeinsam die Industrie stärken Die Bundesregierung zieht Bilanz: 25 Jahre Deutsche Einheit Kernenergie-Rückstellungen: Unternehmen sind in der Lage, die Verpflichtungen des Kernenergieausstiegs zu tragen Die Zukunft des Mittelstands ist digital: „Mittelstand-Digital“ unterstützt Unternehmen Genossenschaften – modern und zeitgemäß?!
Dezember 2015	Mindestlohn: Bisher keine Nebenwirkungen! Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz Die Europäische Investitionsinitiative – eine Chance auch für kleine und mittlere Unternehmen Netze neu nutzen – Strategie und Initiative Intelligente Vernetzung Technologiespezifische versus technologieoffene Forschungsförderung: Warum beides wichtig ist
Januar 2016	Energieeffizienzstrategie Gebäude Fünf Schaufenster für die intelligente Energieversorgung der Zukunft Modelle für das Energiesystem der Zukunft 9. Nationaler IT-Gipfel 2015 in Berlin: Digitalisierung und Vernetzung weiter ausbauen Keine Beschäftigungsverluste durch Digitalisierung

Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik finden Sie im Internet unter http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht

www.bmwi.de